

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Türkei

Çiğdem Akyol

100 JAHRE REPUBLIK TÜRKEI

Seçkin Söylemez

TÜRKEIWAHLEN 2023
TRANSNATIONAL

Kemal Bozay

DYNAMIKEN DES TÜRKISCHEN
NATIONALISMUS

Gülistan Gürbey

DIE AUßENPOLITIK
DER „NEUEN TÜRKEI“

Günter Seufert

VERFASSUNGSPOLITIK
„TÜRKISCHER ART“

Emine Uçak Erdoğan

ZUR GESCHICHTE
DER TÜRKISCHEN
FRAUENBEWEGUNG

Susanne Güsten

SCHWIERIGER
GEBURTSTAG

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



Türkei

APuZ 40–41/2023

ÇİĞDEM AKYOL

100 JAHRE REPUBLIK TÜRKIEI

Atatürk gründete die Türkei als laizistische Republik und setzte die Modernisierung des Landes autoritär um. Auch Recep Tayyip Erdoğan, der 2023 erneut zum Staatspräsidenten gewählt wurde, ist für die einen ein autoritärer Herrscher, für die anderen ein Architekt der modernen Türkei.

Seite 04–10

SEÇKIN SÖYLEMEZ

TÜRKEIWAHLEN 2023 TRANSNATIONAL

Während Erdoğan und sein Parteienbündnis die Wahlen 2023 für sich gewonnen haben, zeigt sich eine Polarisierung der türkischen Wählerschaft. Die Auslandswahl in Deutschland unterliegt dabei einer besonderen Dynamik zwischen AKP-Treue und Desinteresse.

Seite 11–18

KEMAL BOZAY

DYNAMIKEN DES TÜRKISCHEN NATIONALISMUS

Nationalismus ist tief in die politische Kultur der Türkei eingebettet. Als Säule des Kemalismus ist er Teil der Gründungsideologie der Republik Türkei. Doch auch weitere politische Akteure beziehen sich darauf, darunter Sozialdemokraten, Rechtsextreme und Islamisten.

Seite 19–26

GÜLISTAN GÜRBEY

DIE AUßENPOLITIK DER „NEUEN TÜRKIEI“

Die Türkei setzt in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik auf strategische Autonomie, flexible Allianzen und einen Mix aus politischen und militärischen Mitteln, um ihre strategischen Ziele durchzusetzen. Die Beziehungen zum Westen sind dabei zweitrangig.

Seite 28–34

GÜNTER SEUFERT

VERFASSUNGSPOLITIK „TÜRKISCHER ART“

Erdoğan will den türkischen Staat mittels einer neuen Verfassung umformen. Gesetze und Institutionen sollen der Identität des islamisch-konservativen Teils der Bevölkerung entsprechen. Zur Mobilisierung nutzt er Homophobie und den Topos der Zerstörung der Familie.

Seite 35–40

EMINE UÇAK ERDOĞAN

ZUR GESCHICHTE DER TÜRKISCHEN FRAUENBEWEGUNG

Von kemalistisch bis religiös – die türkische Frauenbewegung ist äußerst heterogen. Frauengruppen agierten lange unabhängig voneinander, solidarisierten sich ab den 1990er Jahren aber zunehmend. Trotz erheblicher Widerstände konnten so Fortschritte erzielt werden.

Seite 41–47

SUSANNE GÜSTEN

SCHWIERIGER GEBURTSTAG

Zum hundertsten Jahrestag der Republik deutet sich kein politischer Kurswechsel in der Türkei an. Erdoğan hat das System auf seine Person zugeschnitten und trotz der verfehlten Wirtschaftspolitik weiß er weiterhin eine Mehrheit hinter sich.

Seite 48–54

KARTE

Seite 27

EDITORIAL

Am 29. Oktober 2023 feiert die Republik Türkei ihr hundertjähriges Bestehen. Aus dem Osmanischen Reich hervorgegangen und im Unabhängigkeitskrieg hart erkämpft, hatte ihr Gründungsvater, Mustafa Kemal Atatürk, einen fortschrittlichen Staat nach westlichem Vorbild vor Augen. Mit einer Politik, die republikanische, nationalistische und laizistische Werte in den Vordergrund stellte, legte er den Grundstein für die rasche Entwicklung der jungen Republik. Doch dieser Weg war nicht frei von Rückschlägen: Regierungen zerbrachen oder wurden durch das Militär weggeputscht und die Gesellschaft erlitt vielfache soziale, kulturelle und religiöse Brüche, die auch gegenwärtig noch bestehen.

Als Recep Tayyip Erdoğan mit seiner Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) 2002 die Parlamentswahlen gewann, weckte er Hoffnungen auf Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwung. Anfangs noch als *Muslim Democrat* bezeichnet, wandte er sich als Minister- und Staatspräsident zunehmend einer autoritären Politik zu und begann, das Regierungssystem zu seinen Gunsten umzubauen. Obwohl das Ergebnis der jüngsten Präsidentschaftswahl nur knapp für Erdoğan ausfiel, konnte er bislang Mehrheiten hinter sich und die AKP vereinen. Die türkische Gesellschaft bleibt indes gespalten: Die einen sehen Erdoğan als Vertreter der gläubigen Bevölkerung und als Architekten einer modernen und starken Türkei, die ihre nationalen Interessen auch global durchsetzen kann. Andere bezeichnen ihn als machtversessenen Autokraten, der die Demokratie im Land mehr und mehr untergräbt.

Zum hundertsten Geburtstag kann die Republik auf eine beeindruckende Geschichte zurückblicken. Dennoch sieht sie sich weiterhin mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert, allem voran einer anhaltenden Wirtschaftskrise, innenpolitischen Spannungen und dem nach wie vor ungelösten Kurdenkonflikt. Während das politische System zunehmend auf die Person des Staatspräsidenten zugeschnitten ist, ist vielleicht unklarer denn je, in welche Richtung sich das Land in den kommenden hundert Jahren entwickeln wird – auch wenn Erdoğan eines Tages nicht mehr im Amt ist.

Jacob Hirsch

100 JAHRE REPUBLIK TÜRKEI

Demokratie mit Höhen und Tiefen

Çiğdem Akyol

Entstanden aus einem untergegangenen Imperium, geboren aus dem Krieg, gewachsen trotz aller Krisen – das ist die heutige Republik Türkei (Türkiye Cumhuriyeti). Wenn die Republik am 29. Oktober 2023 ihr hundertjähriges Bestehen feiert, kann auf eine Erfolgsgeschichte mit einer beeindruckenden Bilanz zurückgeschaut werden. Bei der Staatsgründung hatte das Land 14 Millionen Einwohner, aktuell sind es rund 85 Millionen Menschen. Die Türkei gehört zu den großen Volkswirtschaften der Welt und lag 2022 auf Rang 19 der führenden Industrienationen.⁰¹ Doch bis es so weit kommen konnte, erlebte die Republik zahlreiche politische und gesellschaftliche Krisen, deren Auswirkungen immer noch spürbar sind. Zwar ist das Land demokratischer und freiheitlicher geworden, der autoritäre Zentralismus ist jedoch geblieben. Auch das Kräfteverhältnis hat sich verschoben: Die alte Elite ist in Bedrängnis geraten, die früher Drangsalierten sind seit über zwanzig Jahren an der Macht.

REVOLUTIONEN, REFORMEN, ZWANG

Begründer der modernen Türkei ist Mustafa Kemal Atatürk (1881–1938). Jedes Jahr am 10. November um 9:05 Uhr – dem Zeitpunkt seines Todes – ertönen in der ganzen Türkei Sirenen, und die Menschen halten eine Minute lang inne, um an ihn zu gedenken: an den Kriegshelden, den Schöpfer des neuen Nationalstaates, den ersten Staatspräsidenten der Republik. Noch immer erinnern landesweit Statuen, Denkmäler und Porträts an den Sohn eines einfachen Finanzbeamten. Die Unterschrift Atatürks ist ein beliebtes Motiv für Tätowierungen oder Aufkleber. Auch wenn die Verehrung teilweise abgenommen hat und die Figur mittlerweile durchaus umstritten ist, bleibt Atatürk der „Vater der Türken“.

Als Führer der Nationalbewegung war Atatürk im sogenannten Türkischen Befreiungs-

krieg (Kurtuluş Savaşı) von 1919 bis 1923 gegen die Siegermächte des Ersten Weltkriegs als Gewinner hervorgegangen. Es gelang ihm, den von der Nationalbewegung scharf kritisierten Vertrag von Sèvres zu revidieren, in dem 1920, nach dem Ende des Osmanischen Reiches, die Grenzen der Türkei unter hohen Gebietsabtretungen neu definiert wurden. Gestärkt durch den Triumph verhandelte eine türkische Delegation mit den Siegermächten in der Schweizer Universitätsstadt Lausanne über ein größeres Territorium. Der am 24. Juli 1923 geschlossene Vertrag von Lausanne legt die bis in die Gegenwart geltenden Grenzen des türkischen Staatsgebietes fest. Für viele konservative Türken gilt der Vertrag als Schmach, da dieser unter anderem auch die Souveränität griechischer Inseln nahe der türkischen Küste festschreibt.

Als die Republik am 29. Oktober 1923 ausgerufen wurde, feierten Atatürk und seine Anhänger den Vertrag als Erfolg. Es folgten umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen, die von einer urbanen Elite von oben herab diktiert wurden. Den Menschen wurde in Windeseile aus der neuen Hauptstadt Ankara eine neue nationale Identität übergestülpt – nicht mehr der Osten war entscheidend, der Westen war das Vorbild. Bereits am 1. November 1922 war das Sultanat aufgehoben worden, am 3. März 1924 wurde das Kalifat abgeschafft. Am selben Tag noch wurde das Präsidium für Religionsangelegenheiten, das Diyanet (Diyanet İşleri Başkanlığı), gegründet, eine staatliche Einrichtung zur Verwaltung religiöser Aktivitäten, die heute direkt dem Präsidenten unterstellt ist. Ebenfalls 1924 verabschiedete das Parlament eine neue Verfassung, welche jene von 1876 ersetzte. Ab 1925 galt das sogenannte Hutgesetz, das Männern das Tragen eines Fez verbot, stattdessen mussten sie fortan Hüte westlichen Stils tragen. 1926 folgte ein neues Zivilgesetzbuch, 1928 wurde schließlich der Islam als Staatsreligion aus der Verfassung gestrichen.

1929 wurde durch die Schriftreform das arabische durch das lateinische Alphabet ersetzt, 1934 folgte dann die Verpflichtung zur Annahme von Familiennamen. Zu diesem Zeitpunkt erhielt der Staatspräsident den Namen „Atatürk“. Nachdem bereits 1930 das kommunale Wahlrecht für Frauen eingeführt worden war, wurde es 1934 zum allgemeinen Frauenwahlrecht erweitert. 1937 wurde der Laizismus in der Verfassung verankert.⁰²

Als Atatürk am 10. November 1938 mit 57 Jahren starb, hinterließ er ein Land, das weitreichende Veränderungsprozesse durchlaufen hatte und die Demokratie noch lernen musste. Die enorme Modernisierung wurde zwar teilweise gewaltsam umgesetzt, doch trotz aller Kritik kann man sie rückblickend durchaus als einen beeindruckenden Erfolg bewerten. Denn die Republik Türkei war zum Zeitpunkt ihrer Gründung ein zutiefst armes und unterentwickeltes Land. Die forcierten Reformen ermöglichten es der Türkei, sich zu einem dynamischen Land zu entwickeln – trotz aller Rückschläge. „Alles in allem würde ich die kulturelle Revolution als eine Erfolgsgeschichte bezeichnen. Die Türkei hätte ohne ihn [Atatürk] nicht all die kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen des Landes vollbracht“, sagt der Atatürk-Biograf Klaus Kreiser. „Ohne Atatürk würde es die heutige Türkei so nicht geben.“⁰³

GEBURTSFEHLER DER REPUBLIK

Der Vertrag von Lausanne sollte Frieden bringen, doch für Millionen Menschen bedeutet er das Gegenteil. Denn in Lausanne wurde auch die Zwangsumsiedlung von mehr als eineinhalb Millionen Menschen besiegelt. Ein Großteil der griechisch-orthodoxen Bevölkerung musste Anatolien verlassen, und im Gegenzug mussten etliche Muslime Griechenland den Rücken kehren. Auch die Kurden waren die Verlierer von Lausanne, da durch den Vertrag die Hoffnung auf einen eigenen Staat zunichte gemacht wurde. War im Abkommen von Sèvres noch festgehalten, dass die Kurden in ihren Siedlungsgebieten im Osmanischen Reich Autonomie erhalten, war davon bei

den Verhandlungen in der Schweiz keine Rede mehr. Die Alliierten legten eine Definition von Minderheiten zugrunde, die nur noch zwischen Muslimen und Nichtmuslimen unterschied. Seither ist die Geschichte der Kurden in der Republik von Diskriminierung und blutigen Auseinandersetzungen geprägt. Rund 15 Millionen Kurden leben derzeit in der Türkei. Sie bilden die größte ethnische Minderheit des Landes und mussten sich seit der Republikgründung einer Assimilationspolitik unterordnen. Alleine zwischen 1925 und 1938 kam es deswegen zu 21 Aufständen.⁰⁴ Über Jahrzehnte wurde das „kurdische Problem“ von der Staatsführung weitgehend geleugnet, die Assimilationspolitik stattdessen fortgeführt. Eine politische Lösung versuchte in den 1980er Jahren der damalige Staats- und Ministerpräsident Turgut Özal zu erzielen, indem er beispielsweise 1988 den Gebrauch des Kurdischen bei Gefängnisbesuchen zuließ und 1991 mehr als Hunderttausend kurdische Flüchtlinge aus dem Irak über die Grenzen ins Land kommen ließ. Auch wenn der 1991 amtierende Ministerpräsident Süleyman Demirel den Südosten der Türkei als ein „Land der Kurden und Türken“ bezeichnete, konnte die Situation bis in die Gegenwart nicht befriedet werden.⁰⁵ Der Konflikt ist immer wieder gewaltsam eskaliert. Seit 1984 kämpft die Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkerên Kurdistanê, PKK) mit Waffengewalt erst für einen kurdischen Staat, dann für ein Autonomiegebiet im Südosten der Türkei. Mittlerweile werden zwar weniger Territorialansprüche gestellt, dafür wird meist politische Gleichberechtigung gefordert. Die Türkei, die Europäische Union und die USA haben die PKK als Terrororganisation eingestuft. Der Konflikt zwischen der Guerilla und der türkischen Regierung hat bislang mehr als 40 000 Menschenleben gekostet.⁰⁶

Im März 2013 erklärte die PKK eine Waffenruhe. Als sich die von der PKK unterstützten syrischen Kurden im Syrienkrieg Autonomiegebiete sicherten, sah Ankara jedoch die Einheit der Türkei durch das mögliche Entstehen eines Kurdenstaates an seiner Grenze gefährdet und begann

01 Vgl. Ranking der 20 Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2022, 28. 4. 2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157841>.

02 Vgl. Klaus Kreiser, Atatürk. Eine Biographie, München 2008.

03 Zit. nach Çiğdem Akyol, Die gespaltene Republik. Die Türkei von Atatürk bis Erdoğan, Frankfurt/M. 2023, S. 49.

04 Vgl. Klaus Kreiser, Geschichte der Türkei. Von Atatürk bis zur Gegenwart, München 2012, S. 57.

05 Vgl. Rainer Hermann, Wohin geht die türkische Gesellschaft?, München 2008, S. 206.

06 Vgl. Agence France-Presse (AFP), Der unaufhaltsame Recep Tayyip Erdoğan, 29.5.2023.

Ende Juli 2015 damit, Lager der PKK im Irak zu bombardieren. Seitdem ist der Konflikt wieder entbrannt. Hinzu kam, dass bei der Parlamentswahl im Juni 2015 die prokurdische Demokratische Partei der Völker (Halkların Demokratik Partisi, HDP) den Einzug ins Parlament schaffte. Mit diesem Triumph verhinderte sie eine absolute Mehrheit der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) und zwang diese, einen Koalitionspartner zu suchen. Die Gespräche scheiterten, es kam zu Neuwahlen, aus denen die AKP als Siegerin hervorging. Ehemalige HDP-Spitzenfunktionäre wie Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ sitzen mittlerweile wegen Terrorismusvorwürfen in Haft – laut ihrer Partei jedoch aus politischen Gründen.

INSTABILE KOALITIONEN UND PUTSCHENDE MILITÄRS

Nach Atatürks Tod regierte von 1938 bis 1950 sein einstiger Weggefährte İsmet İnönü die Republik als „Nationaler Führer“ (Millî Şef). Das Einparteiensystem kam zu einem Ende, als 1950 Adnan Menderes von der Demokratischen Partei (Demokrat Parti, DP) als erster demokratisch gewählter Ministerpräsident an die Macht kam. 1960 wurde er nach drei Wahlsiegen vom Militär aus dem Amt geputscht und 1961 von der Junta hingerichtet. Auch in den Jahren 1971, 1980 und 1997 putschte beziehungsweise intervenierte das Militär erfolgreich und teilweise äußerst brutal. Die rasanten gesellschaftspolitischen Entwicklungen trugen zu ideologischen Radikalisierungen und damit zur politischen Instabilität bei, was wiederum die militärische Vormundschaft über zivildemokratische Angelegenheiten ermöglichte. Während die Militärs, die sich als Wächter von Atatürks Erbe betrachteten, die Politik überwachten, gab es vor allem in den 1970er Jahren Gewalt zwischen linken und rechten Gruppierungen auf den Straßen. Gleichzeitig gelang keine politische Einigkeit.

Alleine zwischen 1972 und 1980 wurden 16 Politiker mit einer Regierungsbildung beauftragt. Zwar schaffte es Turgut Özal, die Wirtschaft erfolgreich zu liberalisieren, indem er das Land wie ein Wirtschaftsunternehmen „managte“,⁰⁷ doch der Aufschwung und die damit ein-

hergehende Ruhe waren immer nur von kurzer Dauer. Phasen instabiler Koalitionsregierungen gehörten zum Alltag. Insgesamt gelten die 1990er Jahre als „verlorenes Jahrzehnt“. Das Land befand sich wirtschaftlich in einer dauerhaften Krise. Eine 2001 vom Dachverband der Türkischen Industrie- und Handelskammern (Türkiye Odalar ve Borsalar Birliği) veröffentlichte Studie kam zu dem Ergebnis, dass türkische Politiker in den 1990er Jahren rund 195 Milliarden US-Dollar verschwendet hatten – etwa die Summe des damaligen jährlichen Bruttoinlandsprodukts. Hätte es diese Verluste nicht gegeben, wäre die türkische Wirtschaft mutmaßlich um 9,2 Prozent pro Jahr gewachsen.⁰⁸

AUFSTIEG DES POLITISCHEN ISLAM

Doch dann betrat ein Mann die Bühne, der nach Atatürk die prägendste politische Gestalt der Türkei wurde: Recep Tayyip Erdoğan. Geboren 1954 im Istanbuler Viertel Kasımpaşa, wuchs er in armen Verhältnissen auf. Sein Vater war Seemann, seine Mutter Hausfrau, Erdoğan musste als Kind Lebensmittel auf den Straßen verkaufen, um die Familie zu unterstützen. Schon früh engagierte er sich politisch. So trat er der 1972 gegründeten islamistischen Nationalen Heilspartei (Millî Selamet Partisi, MSP) von Necmettin Erbakan bei und wurde Vorsitzender des Istanbuler Jugendverbandes der Partei. Nachdem die MSP nach dem Militärputsch 1980 verboten worden war, wurde Erdoğan stellvertretender Vorsitzender der aus ihr hervorgegangenen Wohlfahrtspartei (Refah Partisi). 1994 wurde er trotz geringer Erfolgsaussichten zum Bürgermeister von Istanbul gewählt. Wegen seiner effizienten und volksnahen Amtsführung wurde er rasch so populär, dass selbst bürgerliche Schichten mit ihm sympathisierten. Der damit einhergehende Aufstieg des politischen Islam veranlasste die Justiz, gegen Erdoğan vorzugehen. Vor allem eine Rede war es, die den Verlauf von Erdoğan's Leben verändern sollte – und damit auch die Zukunft der Türkei. Bei einer Kundgebung in der südöstlichen Stadt Siirt 1997 trug Erdoğan ein Gedicht des nationalistischen Kultursoziologen Ziya Gökalp (1874–1924) vor: „Unsere Minarette sind Bajonette und die Kuppeln unserer Moscheen Helme, so wie

⁰⁷ Vgl. Udo Steinbach, *Geschichte der Türkei*, München 2003, S. 57.

⁰⁸ Vgl. Hermann (Anm. 5), S. 118.

die Moscheen unsere Kasernen und die Gläubigen unsere Soldaten sind.“⁰⁹ Nachdem schon im selben Jahr sein Mentor Erbakan auf Druck der Armee als Ministerpräsident zurückgetreten war, kam nun Erdoğan an die Reihe. In einem politischen Verfahren wurde er wegen Anstiftung zu religiösem Hass angeklagt, er musste für vier Monate ins Gefängnis und erhielt Politikverbot. Doch die Herabsetzung machte Erdoğan noch populärer. Bei einem Protestmarsch in Istanbul versicherten ihm mehr als 5000 Demonstranten ihre Unterstützung. „Befehl uns zu sterben, wir werden sterben. Befehl uns zu schießen, wir werden schießen“, riefen sie. Erdoğan beklagte, „wir leben in einem repressiven und totalitären System, das die Meinungs- und Pressefreiheit ebenso unterdrückt wie fast alle anderen Menschenrechte“, und prangerte die Inhaftierung von Journalisten und das Verbot von Parteien in der Türkei an.¹⁰ Nach seiner Haft veröffentlichte er sogar eine Langspielplatte mit dem Titel „Dieses Lied endet hier nicht“ („Bu Şarkı Burada Bitmez“). Enthalten waren ausgewählte Gedichte und ein Song. Laut Medienberichten war es mit einer Million verkauften Exemplaren das meistverkaufte Album des Jahres 1999.

Rückblickend war Erdoğan's Haftzeit ein prägendes Erlebnis, welches auch in der offiziellen Biografie auf seiner Webseite prominent erwähnt wird.¹¹ Er verließ das Gefängnis mit verschärftem Groll gegen die Eliten, die seine Frömmigkeit offen verspotteten, sich über seine Herkunft aus der Arbeiterklasse lustig machten und versuchten, ihn aus dem politischen Establishment zu verbannen. Erdoğan erkannte während dieser Zeit auch, dass er mit einer islamisch-konservativen Partei stets das Eingreifen des Militärs fürchten müsste. Als es zum Zerwürfnis zwischen Erdoğan und Mitgliedern der Tugendpartei (Fazilet Partisi), der Nachfolgeorganisation der inzwischen verbotenen Wohlfahrtspartei kam, reichte eine Gruppe von Reformern unter Führung von Erdoğan im August 2001 beim Innenministerium die Gründungspapiere für die AKP ein. Als Parteisymbol wählten sie eine Glühbirne. Zwar duftete Erdoğan bei der Parlamentswahl

im November 2002 wegen seiner Vorstrafe nicht kandidieren, doch war er das prägende Gesicht der AKP im Wahlkampf, die schließlich mit sensationellen 34,3 Prozent der Stimmen die Wahl gewann und die politische Instabilität im Land beendete. Zunächst bekleidete Erdoğan's Parteifreund Abdullah Gül das Amt des Ministerpräsidenten, nach einer Verfassungsänderung übernahm dann Erdoğan im März 2003 den Posten. Er kündigte Reformen an, mit denen die bürgerlichen Rechte und Freiheiten, die Menschenrechte und der Rechtsstaat gestärkt werden sollten. Als Ziele seiner Wirtschaftspolitik nannte Erdoğan unter anderem stabiles Wachstum, Ausgaben disziplin, Schuldenabbau und die Senkung der Inflation. Der zuvor wegen religiösem Hass Verurteilte klang plötzlich wie ein Liberaler. Er respektierte die Rechte von Minderheiten und begann sogar Friedensgespräche mit der PKK. Er ließ Reformen umsetzen, die das Land so dringend brauchte, darunter die Abschaffung der Todesstrafe und die Zulassung kurdischer Medien. Erdoğan's erste Amtsjahre werden von Beobachtern als eine Art Lehrzeit betrachtet, in der er sich darauf konzentrierte, das Vertrauen der Türken und der internationalen Gemeinschaft zu gewinnen.

So verwundert es rückblickend nicht, dass Erdoğan die Parlamentswahlen 2007 und 2011 gewinnen konnte und fortan immer selbstbewusster auftrat. Es gelang ihm, den Staatsapparat immer mehr zu seinen eigenen Gunsten umzuformen. Er trieb gigantische Infrastrukturprojekte voran, die Wirtschaft wuchs. In Verfassungsreferenden 2007 und 2010 wurden die Rechte von Frauen, Kindern und Menschen mit Behinderung ausgebaut, allerdings festigten die Veränderungen zugleich auch die Macht der AKP und leiteten eine Ära des religiösen Konservatismus ein. Es war auch Erdoğan's Engagement, die Türkei in den Klub der europäischen Nationen zu heben, das ihm als Argument dafür diente, die verfassungsmäßigen Beschränkungen seiner Macht aufzuheben. Um den EU-Beitritt der Türkei voranzutreiben, wurden Befugnisse des Militärs beschnitten und es der zivilen Kontrolle unterworfen. Im zweiten Jahrzehnt seiner Herrschaft riss Erdoğan dann verstärkt die Kontrolle über die Medien sowie staatliche Institutionen an sich und wurde immer intoleranter gegenüber Kritikern, was international vor allem während der Gezi-Proteste im Spätsommer 2013 deut-

09 Associated Press (AP), Istanbuler Bürgermeister wegen Volksverhetzung angeklagt, 12.2.1998.

10 Vgl. AFP, Massenproteste in Istanbul gegen Absetzung von Bürgermeister, 24.9.1998.

11 Siehe www.tcgb.gov.tr/en/receptayyip Erdogan/biography.

lich wurde. Die Demonstrationen, die in Istanbul begannen, bevor sie sich über das ganze Land ausbreiteten, wurden mit einem brutalen Vorgehen der Sicherheitskräfte beantwortet. Dennoch wurde Erdoğan 2014 erstmals zum Präsidenten gewählt.

Gleichzeitig wurden Glaube und Religion zu einem weiteren Vehikel, um die eigene Macht zu festigen. Zwar wandelte die Republik seit ihrer Gründung schon immer auf einem schmalen Grat zwischen Religion und Politik. Doch seit der Machtübernahme der AKP hat sich der staatlich geförderte Einfluss der Religion auf das gesellschaftliche Leben deutlich erweitert. Erdoğan hat sich zunehmend vom Laizismus verabschiedet. Besonders sichtbar wird dies an der umstrittenen Debatte um das Kopftuch. Wurde das Tuch von den Kemalisten aus dem öffentlichen Dienst und dem Bildungswesen verbannt, lockerte die AKP das Kopftuchverbot ab 2008 schrittweise und erlaubte die Verschleierung zunächst wieder an den Universitäten und Schulen, dann im öffentlichen Dienst, im Parlament und schließlich auch bei der Polizei und in der Armee. Dass zum hundertsten Geburtstag der Republik eine First Lady mit Kopftuch die Feierlichkeiten begleiten würde, hätte sich Atatürk wohl kaum vorstellen können. Zudem wurde unter der Herrschaft Erdoğan's das Diyanet zu einem mächtigen politischen Akteur ausgebaut. Das 1924 gegründete Präsidium für Religionsangelegenheiten sollte nach dem Ende der osmanischen Herrschaft ein Vakuum füllen. Die Geistlichen waren seitdem Bedienstete der Regierung, Religion wurde dem Staat untergeordnet, Institutionen des Islam wurden in die Bürokratie eingebunden.¹² Das Diyanet ist „nur“ für sunnitische Muslime zuständig, der sunnitische Islam wurde damit zum Staatsglauben aufgewertet. Nicht-Sunniten, von denen die Aleviten die größte Gruppe darstellen, wurden nicht durch das Diyanet vertreten und damit faktisch diskriminiert.¹³ In der Ära Erdoğan wurden der Haushalt der Behörde, ihre Verwaltungskapazitäten und ihre Aufgaben massiv ausgedehnt. Regierungspolitik und religiöse Themen wurden immer enger miteinander verzahnt. Zum Beispiel kam Ali Erbaş, Chef der Diyanet, im September 2021 zur Eröffnung eines neuen Dienstgebäudes

des Obersten Berufungsgerichts und sprach dort öffentlich ein Gebet.¹⁴

Dass Erdoğan am 28. Mai 2021 auf dem symbolträchtigen Taksim-Platz in Istanbul eine Moschee einweihte – auf den Tag genau acht Jahre nach dem Beginn der Gezi-Proteste –, sorgte für vergleichsweise wenig Aufregung. Von dieser Moschee, in der rund 4000 Menschen Platz haben, hatte Erdoğan bereits in den 1990er Jahren zu seiner Zeit als Bürgermeister von Istanbul geträumt. Seither überragt das Gotteshaus das Denkmal der Republik, das Akteure des Unabhängigkeitskrieges mit Atatürk in der Mitte darstellt und das bislang die Hauptattraktion des Platzes war.

Im Juli 2016 geschah dann eine politische Katastrophe: Ein Putschversuch scheiterte – mit gravierenden Folgen bis in die Gegenwart. Nach offiziellen Angaben wurden in jener Nacht mehr als 250 Menschen getötet. Erdoğan machte den in den USA lebenden muslimischen Geistlichen Fethullah Gülen verantwortlich und ließ Zehntausende festnehmen. Mehr als 2500 Menschen wurden zu lebenslanger Haft verurteilt. Zehntausende in Justiz, Militär und Medien wurden entlassen. Es folgte ein zweijähriger Ausnahmezustand, in dem unter anderem kritische Medien geschlossen wurden. Erdoğan etablierte ein Präsidialsystem, das ihm noch größere Macht sichert, und verabschiedete sich mehr und mehr von Rechtsstaatlichkeit und einer wirksamen Gewaltenteilung.

Trotz der desaströsen Inflation, dem verheerenden Erdbeben mit über 50000 Toten im türkisch-syrischen Grenzgebiet im Februar 2023 und einem Katastrophenmanagement, für das Ankara heftig kritisiert wurde, gelang Erdoğan im Mai 2023 die Wiederwahl – obwohl Meinungsumfragen seinen Herausforderer, den Chef der kemalistisch-sozialdemokratischen CHP, Kemal Kılıçdaroğlu, teils klar vorne gesehen hatten. Was dabei im Westen oftmals übersehen wird, ist die Tatsache, dass Erdoğan eine starke Bindung zum größten gesellschaftspolitischen Block der Türkei aufgebaut hat: den religiösen Konservativen. Seine Anhänger sehen in ihm den Verfechter der frommen anatolischen Massen, einen starken Mann, der die Religion wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens gerückt hat, nachdem die türkische

¹² Vgl. Steinbach (Anm. 7), S. 37.

¹³ Vgl. Hermann (Anm. 5), S. 157–164.

¹⁴ Vgl. Nach der Eröffnung des Gebäudes des Obersten Gerichtshofs erfolgte die Eröffnung des Türkevi mit dem Gebet von Erbaş [Türkisch], 20.9.2021, www.cumhuriyet.com.tr/turkiye/1870503.

Bevölkerung jahrzehntelang von westlich orientierten kemalistischen Eliten regiert wurde – und es ist eine Tatsache, dass Erdoğan diesen gläubigen Menschen mehr Teilhabe ermöglicht hat. Zudem gewinnt er Zuspruch mit seiner Erzählung, dass er trotz der vielen Feinde im In- und Ausland die Türkei wieder groß gemacht habe. Das „Jahrhundert der Türkei“ war eines der zentralen Themen in Erdoğan's letztem Wahlkampf. Er bezieht sich damit auf die anstehende Hundertjahrfeier der türkischen Republik, die auch für ihn von besonderer Bedeutung ist: Gegründet von einem Atheisten, der den Glauben kontrollieren wollte, lenkt nun er – ein konservativer Sunnit – das Land. Für die einen ist er ein machtgieriger, autoritärer Herrscher, für die anderen der Architekt einer modernen Türkei. Auf jeden Fall ist er nach seiner Wiederwahl nun weitere fünf Jahre im Amt. Damit wird er voraussichtlich ein Vierteljahrhundert ohne Unterbrechung an der Macht sein – länger als der Republikgründer Atatürk.

AUßENPOLITIK ZWISCHEN OST UND WEST

Hatte Atatürk dem Land noch außenpolitische Neutralität verordnet, wurde dies mit dem Beginn des Mehrparteiensystems nicht mehr aufrechterhalten. Unter Adnan Menderes nahm Ankara 1950 am Koreakrieg teil. Die von Atatürk geforderte kulturelle Westorientierung wurde schließlich durch außenpolitische Bündnisse und Beitritte manifestiert: Seit 1945 ist das Land Mitglied der Vereinten Nationen, 1950 folgte die Mitgliedschaft im Europarat und 1952 der Nato-Beitritt. 1973 wurde die Türkei Gründungsmitglied der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Der Wunsch, die Westorientierung durch einen EU-Beitritt voranzutreiben, besteht schon seit über vier Jahrzehnten. 1999 wurde das Land offizieller Beitrittskandidat der EU – bislang ergebnislos. Von Brüssel enttäuscht, hat sich Ankara außenpolitisch zunehmend vom Westen ab- und Asien und Russland zugewandt. Seit die Türkei unter einer massiven Wirtschaftskrise leidet, sind auch die wohlhabenden Staaten in der Nachbarregion als Geschäftspartner besonders interessant geworden.

„Geografie ist Schicksal“, lautet eine Redewendung, die ganz besonders auf die Türkei zutrifft. Das Land erstreckt sich von Asien nach Europa und grenzt an Griechenland, Bulgarien, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Iran, Irak und an Syrien

– eine Position, die Ankara für sich zu nutzen weiß. Denn trotz der eingefrorenen EU-Beitrittsgespräche ist die Türkei immer noch ein unverzichtbarer Akteur für die europäische Sicherheit und die europäischen Interessen. Das Land stellt die südöstliche Flanke der Nato dar und verfügt nach den USA über die zweitgrößte Armee innerhalb des Bündnisses.¹⁵ Insbesondere in der gegenwärtigen Situation des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, in der die Nato größtmögliche Geschlossenheit anstrebt, ist die Türkei ein wichtiger Bündnispartner. Auch deswegen kann Erdoğan in Bezug auf Russland eine Schaukelpolitik betreiben.

Zwar verurteilt Ankara Russlands Vorgehen in der Ukraine, beteiligt sich aber als einziges Nato-Mitglied nicht an den Sanktionen. Gleichzeitig pflegt Erdoğan enge Beziehungen zum russischen Präsidenten Wladimir Putin, zumal die Türkei abhängig von russischen Rohstoffen ist. Die Türkei nimmt im russisch-ukrainischen Krieg zwar eine aktive, aber neutrale Position ein. Denn auch Kiew und Ankara sind wichtige Handelspartner und haben Abkommen und Vereinbarungen über Waffenverkäufe in Milliardenhöhe unterzeichnet. So setzt die Ukraine Kampfdrohnen ein, die von der Türkei noch vor Ausbruch des Krieges geliefert worden sind.

Zu seinen Nachbarstaaten pflegt Erdoğan ein ambivalentes Verhältnis. Die Beziehungen der Türkei zu Ägypten, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten hatten sich nach den Aufständen des Arabischen Frühlings 2011 verschlechtert, denn Ankara hatte zuvor die dortigen oppositionellen Kräfte unterstützt. Nachdem 2018 der saudische Journalist Jamal Khashoggi im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul getötet worden war, waren die Beziehungen zu Riad zusätzlich belastet. Erdoğan beschuldigte „höchste Ebenen“ der saudischen Regierung, den Befehl dazu gegeben zu haben. Doch nachdem die Inflation nicht enden wollte, startete der Präsident 2021 eine diplomatische Offensive gegenüber den Nachbarstaaten, die zur Verbesserung der Beziehungen und zu Staatsbesuchen und Investitionsvereinbarungen für die türkische Wirtschaft führte. Im Juli 2023 unterzeichneten die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate Verträge im Umfang von mehr als 50 Milliarden US-Dollar. Es handelte sich dabei um

¹⁵ Vgl. Truppenstärke der Streitkräfte der NATO nach Staaten von 1990 bis 2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36914>.

Abkommen beziehungsweise Absichtserklärungen für Erdbebenhilfen, Exportfinanzierung, Energie, Verteidigung und andere Branchen.¹⁶ Auch mit Saudi-Arabien wurden eine Reihe von Absichtserklärungen in verschiedenen Bereichen unterzeichnet. Zudem hat Erdoğan Ambitionen, die Türkei als einflussreiche Großmacht auf der geopolitischen Weltbühne zu platzieren. So wurde auf Erdoğan's Geheiß auch das militärische Engagement Ankaras im Ausland ausgebaut. Unter anderem in Libyen, Katar und Somalia ist das Land ein wichtiger politischer, wirtschaftlicher und militärischer Akteur.

FAZIT

Auch wenn vieles an Erdoğan's Außenpolitik wie ein chaotischer Zickzackkurs erscheinen mag, hat Ankara in seiner Regierungszeit konsequent drei grundlegende außenpolitische Ziele verfolgt: Macht, strategische Unabhängigkeit und Wohl-

¹⁶ Vgl. AP, Türkei schließt mit den Emiraten Milliardenverträge, 20.7.2023.

stand. Angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise und der politischen Spaltung zeigt sich jedoch, dass die Regierung zum hundertjährigen Bestehen der Republik nicht allen ihren Zielen gerecht geworden ist. Wohin sich die Türkei in Zukunft bewegen mag – etwa in ihrer demokratischen Verfasstheit, ihren außenpolitischen Zielen oder in der Kurdenfrage –, bleibt abzuwarten. Sicher ist nur, dass das Land bisher alle Krisen meistern konnte. Auf eine bleierne Zeit folgte immer wieder ein demokratischer Fortschritt. So ist die Türkei eine Erfolgsgeschichte, trotz allem.

ÇİĞDEM AKYOL

ist Journalistin und war Redakteurin bei „taz – die Wochenzeitung“ in Berlin und Türkei-Korrespondentin der Austria Presse Agentur mit Sitz in Istanbul. Als freie Journalistin schreibt sie unter anderem für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die „Neue Zürcher Zeitung“ und „Zeit Online“. 2023 erschien von ihr „Die gespaltene Republik. Die Türkei von Atatürk bis Erdoğan“.

www.cigdemakyol.com

euro|topics

30 Länder – 300 Medien – 1 Presseschau

Die euro|topics-Presseschau: Der tägliche Blick in europäische Kommentare aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur – in drei Sprachen.

www.eurotopics.net

TÜRKEIWAHLEN 2023 TRANSNATIONAL

Ein Blick auf die Türkei und Deutschland

Seçkin Söylemez

Spätestens als Recep Tayyip Erdoğan am Abend des 28. Mai den Balkon der AKP-Parteizentrale in Ankara betritt, steht fest, dass er für weitere fünf Jahre das Amt des Staatspräsidenten bekleiden wird. Seine anschließende Siegesrede vor einer jubelnden Menschenmenge unterscheidet sich jedoch stark von den Ansprachen der Vorjahre. Denn auch Erdoğan weiß in diesem Moment, dass seinem Wahlerfolg ein fader Beigeschmack anhaftet.

Während seine Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) bei den Parlamentswahlen am 14. Mai 2023 mit 35,6 Prozent das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren hatte, musste sich Erdoğan selbst einer Stichwahl stellen, die er mit 52,2 Prozent der Stimmen nur knapp für sich entscheiden konnte.⁰¹ Nach nunmehr 21 Jahren in der Regierungsverantwortung bedeutete dieses Ergebnis – trotz des schlussendlichen Wahlsieges der AKP-geführten Volksallianz bei den Parlamentswahlen mit 49,5 Prozent –, dass Erdoğan und seine Partei nicht mehr ohne Weiteres in der Lage sind, absolute Mehrheiten zu erreichen. Während der designierte Staatschef nach dem Vortrag eines Gedichts des türkischen Poeten Nihat Asya mit den Worten „Oh Gott, lass mein Land, das vom Islam durchdrungen ist, nicht ohne Muslime“⁰² unter Sprechchören die Bühne verließ, steuert die Türkei einer ungewissen Zukunft entgegen. Denn die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von 2023 – mit einer Wahlbeteiligung von 87,1 Prozent im ersten und 84,2 Prozent im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl – zeugen nicht nur von empfindlichen Verlusten für die islamisch-konservative AKP, sondern auch von einer starken Polarisierung der türkischen Gesellschaft. So lässt sich rückblickend festhalten, dass es weit weniger situative politische Inhalte gewesen sind, die den Ausgang der Wahlen bestimmten, als vielmehr die Logik einer Konfrontation zwei-

er weltanschaulicher Lager, die die Gesellschaft der Türkei weiterhin entzweit.

Doch auch außerhalb der Türkei polarisieren die Wahlen, denn seit einer Wahlrechtsreform 2012 besteht auch für Staatsbürger mit Wohnsitz im Ausland die Möglichkeit der Stimmabgabe. Laut der Hohen Wahlkommission (Yüksek Seçim Kurulu) beläuft sich die Zahl der exterritorial Stimmberechtigten auf 3,4 Millionen, was 5,3 Prozent der Gesamtwählerschaft entspricht. Die Bundesrepublik Deutschland stellt dabei mit knapp über 1,5 Millionen Wahlberechtigten den größten Auslandswahlkreis der Türkei dar. In der deutschen Debatte geht es in diesem Zusammenhang vor allem um die öffentliche Problematisierung des Wahlverhaltens der in Deutschland lebenden Türkeistämmigen. Ausschlaggebend sind dabei die bisherigen Wahlergebnisse, die durchweg klare Mehrheiten für den amtierenden Präsidenten und seine Partei demonstrieren. Beispielsweise stimmten 2017 im Rahmen des Verfassungsreferendums 63,1 Prozent der Wähler in Deutschland für die Einführung des Präsidentsystems, während es in der Türkei nur 51,4 Prozent waren. So kritisiert nicht nur die türkische Opposition, dass die AKP ihre Kontrolle über institutionelle Strukturen wie das Amt für Auslandstürken und den Moscheeverband DİTİB dazu nutzt, die Wählerschaft in Deutschland gezielt für sich zu vereinnahmen. Auch seitens der deutschen Innenpolitik stellt sich die Frage, inwiefern das Wahlverhalten von Teilen der türkeistämmigen Community als Zeichen einer politischen Außendurchdringung seitens Ankaras oder wachsender Desintegration gedeutet werden kann.⁰³ Vor dem Hintergrund der Ergebnisse aus Deutschland, in denen sich mit 63,2 Prozent erneut eine überdurchschnittlich hohe Unterstützung für die AKP und mit 65,5 Prozent im ersten Wahlgang und 67,2 Prozent in der Stichwahl für Präsident Erdoğan zeigte, wird im Folgenden das Wahlverhalten in der

Türkei und Deutschland rund um die jüngsten türkischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen analysiert.

BÜNDNISBILDUNG UND WAHLKAMPFNARRATIVE

Bereits seit seiner Zeit als Oberbürgermeister von Istanbul von 1994 bis 1998 zeichnet sich Erdoğan in seiner politischen Außenkommunikation immer wieder durch einen Hang zu historischen Querverweisen aus. Als der Präsident am 23. Januar 2023 die Vorziehung der für den 28. Juni angesetzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auf den 14. Mai ankündigte, kann auch dieser Schritt im Sinne einer historisch rekursiven Logik verstanden werden. So markiert der 14. Mai 1950 mit den ersten freien Wahlen in der Geschichte der türkischen Republik vor allem den Sieg der Demokratischen Partei (Demokrat Parti) unter Adnan Menderes und das Ende der bis dahin geltenden kemalistischen Ein-Parteien-Herrschaft. Mit dieser strategischen Setzung entstand zu Beginn des Wahlkampfs 2023, parallel zum Narrativ des hundertjährigen Jubiläums der Staatsgründung unter Mustafa Kemal Atatürk 1923, eine konservative Gegenerzählung um die Absetzung der Republikanischen Volkspartei (Cumhuriyet Halk Partisi, CHP).

Volksallianz

Aus Sicht der AKP ging es im Vorfeld der Wahlen vor allem darum, ein mögliches Abwandern der konservativen Stammwählerschaft zur Opposition zu verhindern. In diesem Sinne begann auch die Bündnissuche der Regierungspartei zunächst im islamisch-konservativen Parteienspektrum. Das seit Februar 2018 von der AKP geführte

Wahlbündnis⁰⁴ Volksallianz (Cumhur İttifakı), bestehend aus der ultranationalistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) und der Partei der Großen Einheit (Büyük Birlik Partisi), konnte zunächst die Neue Wohlfahrtspartei (Yeniden Refah Partisi, YRP) für sich gewinnen. Die Bündnispolitik der AKP ging mit der Zusicherung eigener Listenplätze an die potenziellen Unterstützerparteien einher. Auch wenn die Sperrklausel bereits 2022 – auf Drängen der MHP – von 10 auf 7 Prozent herabgesetzt wurde,⁰⁵ garantierte die AKP ihren Partnern so einen sicheren Einzug in die Nationalversammlung. Eine ähnliche Taktik verfolgte die AKP im März, als sie Mitgliedern der Partei der Freien Sache (Hür Dava Partisi, Hüda Par) Abgeordnetenplätze zusagte. Obwohl Hüda Par als politischer Ableger der verbotenen kurdischen Hizbullah gilt und die Kooperation zunächst Missmut in Teilen der MHP hervorgerufen hatte, konnten interne Streitigkeiten durch die Präsidentschaftskandidatur Erdogans überdeckt werden. Folgerichtig war der Wahlkampf der Volksallianz in vielerlei Hinsicht auf die Person des amtierenden Staatspräsidenten zugeschnitten, welcher sich als Garant innen- und außenpolitischer Stabilität präsentierte. Im Bewusstsein darüber, dass eben jene Stabilität ins Wanken geraten war, konzentrierten sich die öffentlichen Auftritte Erdogans hauptsächlich auf die Verunglimpfung der Opposition. Seinen Einfluss auf die Medienlandschaft nutzend, setzte der Präsident dabei zum Beispiel auf eine Gleichsetzung der HDP-Nachfolgepartei Grüne Linke Partei (Yeşil Sol Parti, YSP) mit der kurdisch-separatistischen PKK und auf die Darstellung der CHP als Marionette türkeifeindlicher Außenmächte.

Bündnis der Nation

Dem gegenüber stand das ebenfalls seit 2018 existierende Bündnis der Nation (Millet İttifakı), das neben der CHP auch die Demokratische Partei (Demokrat Parti), die MHP-Abspaltung Gute Partei (İyi Parti, İYİ) und die islamisch-konservative Partei der Glückseligkeit (Saadet

01 Alle nachfolgenden Zahlen in Bezug auf die Wahlergebnisse stammen aus den offiziellen Berichten der Hohen Wahlkommission. Siehe www.ysk.gov.tr/tr/secim-i%CC%87statistikleri/ 78318.

02 Für die Rede Erdogans siehe Rede auf der Külliye nach der Wahl [Türkisch], 28. 5. 2023, www.tccb.gov.tr/konusmalar/353/147335/secimin-ardindan-kulliye-de-yaptiklari-konusma.

03 Vgl. Sinem Adar, Eine Neubetrachtung der politischen Einstellungen türkischer Migranten in Deutschland: Analyse des Wahlverhaltens jenseits von „Loyalität gegenüber der Türkei“ und „Mangel an demokratischer Kultur“, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 6/2020, www.swp-berlin.org/publikation/eine-neubetrachtung-der-politischen-einstellungen-tuerkischer-migranten-in-deutschland.

04 Seit einer Reform vom März 2018 erlaubt das türkische Wahlrecht den Zusammenschluss von Parteien zu Wahlbündnissen.

05 Vgl. Türkei führt 7-Prozent-Hürde ein, 31.3.2022, www.sueddeutsche.de/1.5558754.

Partisi) vereint. Im Februar 2022 bildete sich mit dem sogenannten Tisch der Sechs (Altılı Masa) eine Erweiterung des Bündnisses um die Partei für Demokratie und Fortschritt (Demokrasi ve Atılım Partisi) unter dem ehemaligen AKP-Minister Ali Babacan und die Zukunftspartei (Gelecek Partisi) unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten und AKP-Vorsitzenden Ahmet Davutoğlu. Die Zusammenarbeit mit ehemaligen AKP-Akteuren wurde im linken Flügel der CHP zwar offen kritisiert, konnte aber von der Parteiführung um Kemal Kılıçdaroğlu durchgesetzt werden. Dessen Präsidentschaftskandidatur hingegen führte Anfang März 2023 fast zum Zerfall des Bündnisses, nachdem sich die İYİ-Vorsitzende Meral Akşener gegen Kılıçdaroğlu ausgesprochen hatte. Die Krise konnte wenige Tage später nach Zugeständnissen hinsichtlich der Vergabe von Vizepräsidentenposten im Falle eines Wahlsiegs beigelegt werden. Obwohl die finale Zusammenstellung des Oppositionsbündnisses darauf abzielte, CHP-ferne Wählerschichten anzusprechen, zeichnete sich ihre Kampagnenführung zunächst durch einen klaren links-republikanischen Einschlag aus. Hierbei ging es in erster Linie um Themen wie Rückschritte bei der Rechtsstaatlichkeit unter der AKP und die verheerenden Folgen der von ihr praktizierten Vetternwirtschaft für die heimische Ökonomie. Ein Novum stellte dabei Kılıçdaroğlus Social-Media-Strategie dar: In Kurzvideos sprach der Oppositionskandidat verschiedene Alltagsthemen an, darunter auch seinen eigenen alevitischen Hintergrund. Das Video generierte binnen kürzester Zeit Aufrufe in Millionenhöhe.

Bündnis für Arbeit und Freiheit

Unterstützt wurde die Kandidatur Kılıçdaroğlus vom Bündnis für Arbeit und Freiheit (Emek ve Özgürlük İttifakı). Ursprünglich von der Demokratischen Partei der Völker (Halkların Demokratik Partisi, HDP) initiiert, übernahm aufgrund eines seit 2021 laufenden Verbotsverfahrens die YSP die Führung. Neben kleineren Mitgliedern wie der Partei der Arbeit (Emek Partisi), der Demokratischen Partei der Regionen (Demokratik Bölgeler Partisi), der Partei der Arbeiterbewegung (Emekçi Hareket Partisi), der Bürgerlichen Freiheitspartei (Toplumsal Özgürlük Partisi) und der Föderation Sozialistischer Versammlungen

(Sosyalist Meclisler Federasyonu) war die sozialistische Arbeiterpartei der Türkei (Türkiye İşçi Partisi, TİP) dabei das wohl wichtigste Standbein des Linksbündnisses in den westlichen Metropolregionen.

Ahnenbündnis

Im klaren Kontrast dazu stand das rechtsnationale Ahnenbündnis (Ata İttifakı) unter der Führung des Ex-MHP- und İYİ-Abgeordneten Ümit Özdağ. Neben seiner Partei des Sieges (Zafer Partisi) gehörten dem Bündnis die Gerechtigkeitspartei (Adalet Partisi), die Heimatpartei (Ülkem Partisi) und die Türkei-Bündnis-Partei (Türkiye İttifakı Partisi) an. Obwohl der Zusammenschluss über keine gefestigten Wählerstrukturen verfügte, konnte das Bündnis mit einer populistisch-flüchtlingsfeindlichen Kampagne großen Einfluss auf das spätere Wahlkampfgeschehen erlangen. So verpasste das Ahnenbündnis zwar den Einzug ins Parlament, sein Präsidentschaftskandidat Zafer Oğan wurde jedoch zum „Königsmacher“ in der anschließenden Stichwahl, indem er seiner Wählerschaft eine Wahlempfehlung für einen der verbliebenen Kandidaten aussprach – letztlich für Erdoğan.

Den vierten Präsidentschaftskandidaten stellte mit Muharrem İnce die von ihm gegründete Heimatpartei (Memleket Partisi). Als CHP-Präsidentschaftskandidat von 2018 startete er nach seinem Bruch mit Kılıçdaroğlu als Einzelkämpfer, zog seine Kandidatur jedoch drei Tage vor der Wahl zurück.

INLANDSWAHLEN: KNAPPER SIEG IN ZWEI AKTEN

Parlamentswahlen

Bereits mit den ersten Hochrechnungen vom 14. Mai 2023 zeichnete sich ab, dass sich die Volksallianz die Parlamentsmehrheit sichern würde. Insgesamt erreichte sie 49,5 Prozent der Stimmen, was einen leichten Rückgang im Vergleich zu ihrem Ergebnis von 2018 mit 53,7 Prozent bedeutete. Obwohl die AKP mit 35,6 Prozent erneut als stärkste Partei aus den Wahlen hervorging, gelang es ihr lediglich, 268 Abgeordnetensitze zu sichern, von denen neun an Hüdar Par und YRP gingen. Damit erzielte die AKP ihr schlechtestes Ergebnis seit ihrer Antrittswahl 2002, als es ihr noch wegen des Scheiterns aller anderen angetretenen Parteien an der damals gültigen Sperrklau-

sel von 10 Prozent – mit Ausnahme der CHP – gelang, mit einem Ergebnis von 34,3 Prozent 363 Abgeordnete nach Ankara zu schicken und sich so beinahe eine Zweidrittelmehrheit in der Nationalversammlung zu sichern.⁰⁶ Die MHP verzeichnete bei der Mai-Wahl nur einen leichten Rückgang auf 10,1 Prozent, was den Verlust eines Parlamentssitzes zur Folge hatte. Die Auswertung der Ergebnisse zeigt, dass die AKP vor allem in westlichen Metropolregionen wie Antalya, Bursa, Izmir und Konya erhebliche Verluste hinnehmen musste. Gleiches gilt für konservativ-national geprägte Städte entlang der Schwarzmeerküste. Trotz eines leichten Rückgangs von knapp 4 Prozentpunkten für die Volksallianz blieb aber ein Großteil der Stammwählerschaft dem AKP-Bündnis treu.

Das Bündnis der Nation konnte mit 35 Prozent einen knappen Anstieg um etwa einen Prozentpunkt verzeichnen. Dieser Zuwachs war hauptsächlich der CHP zu verdanken, die erneut als stärkste Kraft in den Küstenregionen des Westens herausstach. Die İYİ kam unter minimalen Verlusten auf 9,7 Prozent der Stimmen. Die Parteien der ehemaligen AKP-Minister, die Partei für Demokratie und Fortschritt und die Zukunftspartei, schafften es somit aber nicht, AKP-Stammwähler abzuwerben. Laut dem Politologen Kerem Öktem liegt es nahe, dass die weltanschauliche Distanz der AKP-Wähler zur CHP die Unterstützung konservativer Parteien innerhalb des Wahlbündnisses verhindert hat.⁰⁷ Bemerkenswert ist, dass die CHP, nach ihrem Sieg bei den Kommunalwahlen 2019 in Ankara und Istanbul, bei den Wahlen 2023 in beiden Städten der AKP unterlag. In Istanbul gelang es der AKP sogar, einen Vorsprung von 8 Prozentpunkten gegenüber der Partei des amtierenden Oberbürgermeisters aufzubauen.

Als dritte Allianz zog das linke Bündnis für Arbeit und Freiheit mit 10,6 Prozent ins Parlament ein. Die YSP erreichte dabei 8,8 Prozent,

was einen Verlust von 2,9 Prozentpunkten gegenüber dem vorangegangenen HDP-Ergebnis bedeutet. Der Bündnispartner TİP konnte jedoch mit 1,7 Prozent einen Teil dieser Stimmen auffangen. Obwohl der wichtigste Wählerpool des Bündnisses weiterhin die mehrheitlich kurdisch bevölkerten ostanatolischen Provinzen bleiben, zeigte sich im Westen, dass im geringen Umfang Stimmen zur CHP abwanderten.

In Bezug auf die Parlamentswahlen lässt sich damit Ähnliches konstatieren wie vor vier Jahren: Die Volatilität der Wähler blieb auf einem kaum beachtenswerten Niveau, sodass von einem bündnisübergreifenden Wählerverhalten nicht die Rede sein kann. Die 2,4 Prozent des ultranationalistischen Ahnenbündnisses zeigen derweil, dass die Position Özdağs – zumindest im Kontext der Parlamentswahlen – keine Alternative zu den großen Parteienbündnissen darstellte. Laut einer Analyse des Meinungsforschungsunternehmens Konda zeichnen die Wahlergebnisse somit erneut ein polarisiertes Bild der Türkei. In Städten mit dem höchsten sozioökonomischen Entwicklungsstand ist demnach die Neigung zum Bündnis der Nation stärker, während mit dem Absinken dieses Niveaus Stimmen für die Volksallianz zunehmen.⁰⁸ Die Wahlergebnisse zeigen, dass das bereits in den 1970er Jahren durch den Soziologen Şerif Mardin beschriebene Zentrum-Peripherie-Gefälle⁰⁹ zwischen städtischen und ländlichen Bevölkerungsteilen in der Türkei weiterhin wirkmächtig bleibt.

Präsidentchaftswahlen

Dieses Gefälle spiegelt sich auch im Kontext der Präsidentchaftswahlen wider, bei denen der rechtsnationale Kandidat Oğan mit einem Ergebnis von 5,2 Prozent die zweite Wahlkampfphase einläutete. Obwohl Erdoğan in der Endauszählung einen Stimmenanteil von 49,5 Prozent erreichte, musste er in Städten wie Istanbul mit 46,7 Prozent und Ankara mit 46 Prozent sensible Verluste hinnehmen. Der Handlungslogik

06 Die Wahl von 2002 stellt somit in der jüngeren parlamentarischen Geschichte der Türkei eine Zäsur dar. Denn sie markiert nicht nur das Scheitern des in den 1990er Jahren koalitionsorientierten Parteiensystems und den damit einhergehenden Sieg der AKP, sondern auch die Rückkehr der CHP als größte oppositionelle Formation der Folgejahre.

07 Für die Bewertung Öktems siehe Merve Kara-Kaska, An welche Parteien gingen die Stimmen, die die AKP verloren hat? [Türkisch], 16.5.2023, www.bbc.com/turkce/articles/crgelpzl-97mo.

08 Für den Bericht siehe Konda, 14. und 28. Mai 2023. Allgemeine Abgeordneten- und Präsidentchaftswahlen. Analyse der Wahlurnen [Türkisch], Istanbul 2023, <https://konda.com.tr/uploads/2305-mayis-barometre-142-sandikanalizi-9101b8f522e771836b2c48eb6f2539dfc55075dc-83850b9111aeb1984479dc0.pdf>.

09 Vgl. Şerif Mardin, Center-Periphery Relations: A Key to Turkish Politics?, in: *Daedalus* 1/1973, S. 169–190.

folgend, dass die Zustimmung für Oğan in den Großstädten auf die dortige Sichtbarkeit von Geflüchteten zurückzuführen sei und es in der Stichwahl vor allem um die Gunst nationalistisch gesinnter Wähler gehe, wurde die zweite Wahlkampfphase durch den Umgang der Kandidaten mit der Migrationsfrage dominiert. Dieses Gelegenheitsfenster nutzend, folgte in den Tagen vor der Stichwahl ein reger Verhandlungsaustausch, bei dem Özdağ und Oğan eine unterschiedliche Strategie führten: So sprach sich Oğan am 22. Mai für die Wiederwahl Erdoğan's aus, während Özdağ auf einer Pressekonferenz Kılıçdaroğlu die Unterstützung zusicherte.

Letztendlich gewann Kılıçdaroğlu in der Stichwahl am 28. Mai lediglich 2,9 Prozentpunkte hinzu. Erdoğan konnte mit 52,2 Prozent aller Wahlstimmen somit zum dritten Mal in Folge die Präsidentschaftswahl für sich entscheiden. Die Ergebnisse verdeutlichen nicht nur, dass sich der Rückgang der Wahlbeteiligung vom ersten zum zweiten Wahlgang von rund 87 Prozent auf 84,2 Prozent zuungunsten des Oppositionskandidaten auswirkte, sondern auch, dass dessen Rechtsruck im Vorfeld der Stichwahl kurdische Wählergruppen verunsichert zu haben schien, was sich in Stimmenverlusten in den südöstlichen Provinzen widerspiegelte. Erdoğan konnte wiederum bei seiner Stammwählerschaft deutliche Mehrheiten erzielen – zum Beispiel in der Schwarzmeerregion mit 65 Prozent. Höhere Ergebnisse erreichte der Präsident lediglich in Auslandswahlkreisen, wo sich beispielsweise in Deutschland zwei Drittel der Wähler für Erdoğan aussprachen.

AUSLANDSWAHLEN: ZWISCHEN REGIERUNGSTREUE UND DESINTERESSE

Wie auch in den Jahren zuvor erwies sich Deutschland beim jüngsten Wahlgang als eine Hochburg Erdoğan's und der AKP. Dabei unterschied sich die Kampagnenführung der Regierungspartei grundlegend von ihren Aktivitäten der Vorjahre. Ein zentraler Einschnitt ist dabei die seit dem 30. Juni 2017 geltende Richtlinie des Auswärtigen Amtes, nach der Wahlkampfveranstaltungen mit Beteiligung ausländischer Amtsträger nicht nur einer Genehmigungspflicht unterliegen, sondern grundsätzlich weniger als drei Monate vor dem Abstimmungstermin verboten

sind.¹⁰ Während vor dem Verfassungsreferendum von 2017 noch mindestens 13 türkische Minister Deutschlandbesuche zu „ausschließlich oder teilweise nicht offiziellen Zwecken“¹¹ unternahmen und Ankara 2018 auf eine Aufhebung des Wahlkampfverbotes drängte,¹² verzichtete die AKP zuletzt auf einen personellen Auslandswahlkampf. Stattdessen stützt sie sich verstärkt auf ihren ab 2008 etablierten Diaspora-Diskurs.

Ähnlich wie in der Türkei folgt die Regierung dabei einem national-religiösen Identitätsverständnis und konstruiert die türkeistämmige Community in Deutschland als „Geschwister“ im Ausland, die trotz politischer Schikanen und rassistischer Angriffe standhaft an ihrer nationalen und religiösen Herkunftsidetität festhalten. Erdoğan selbst stilisiert sich dabei zum Hüter dieses Identitätsbildes und wichtigen Vertreter der Diaspora.¹³ In konservativen Kreisen der türkeistämmigen Community, vor allem bei jenen mit Wurzeln in den türkischen AKP-Hochburgen, fand diese – wenn auch nur verbale – Wertschätzungspolitik deutlichen Anklang und kann als Nährboden späterer Wahlerfolge angesehen werden. Für die Opposition ist Deutschland damit von Anfang an ein schwieriges Terrain gewesen. Als am 27. April die Stimmabgabe begann, zeigte sich, dass sie auch hinsichtlich der Wählermobilisierung weit hinter der Volksallianz lag. So organisierten zum Beispiel AKP-nahe Akteure – meist in Kooperation mit lokalen Moscheevereinen – kostenlose Shuttle-Services zu Wahllokalen.

Kurz nach dem Ende der Stimmabgabe am 9. Mai zeigte sich, dass die Wahlbeteiligung in Deutschland mit 48,7 Prozent zwar im Vergleich zu 2018 mit 44,6 Prozent zugenommen hatte, jedoch weiterhin unter der 50-Prozent-Marke geblieben war. Die AKP erhielt 50,5 Prozent der Stimmen. Dies bedeutet zwar eine Einbuße von 5 Prozentpunkten gegenüber 2018, die Volks-

¹⁰ Vgl. Rundnote des Auswärtigen Amtes zu Wahlkampfauftritten ausländischer Amtsträger in Deutschland, 30.6.2017, www.auswaertiges-amt.de/291076.

¹¹ Wahlkampfauftritte ausländischer Politikerinnen und Politiker in Deutschland, Bundestagsdrucksache 18/12067, 25.4.2017, S. 5.

¹² Vgl. Türkei drängt auf Wahlkampfauftritte in Deutschland, 21.5.2018, www.zeit.de/politik/ausland/2018-05/recep-tayyip-erdogan-tuerkei-wahlkampf-auftrittsverbot.

¹³ Vgl. Kerem Öktem, *Turkey's New Diaspora Policy: The Challenge of Inclusivity, Outreach and Capacity*, Istanbul Policy Center, Istanbul 2014.

allianz konnte dies jedoch durch das Ergebnis der YRP mit ihren 1,2 Prozent sowie das der MHP ausgleichen, die ihren Stimmenanteil von 8,4 auf 12,6 Prozent steigerte. Somit verblieben, wie auch in der Türkei, nahezu alle AKP-Verluste innerhalb des eigenen Bündnisses.

Den verhältnismäßig größten Stimmenrückgang erlebte die YSP, die von ihren 14,8 Prozent 2018 auf 8,7 Prozent abstürzte. Teilweise wanderten diese Stimmen zur CHP ab, welche ihren Stimmenanteil von 15,6 Prozent 2018 auf 19,2 Prozent steigern konnte. Die übrigen Parteien verblieben dabei durchweg unter 5 Prozent. Das Wählerpotenzial der Volksallianz von 65 Prozent spiegelte sich derweil deckungsgleich im Stimmanteil Erdogans im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl. Somit votierten knapp 475 000 Personen in Deutschland für eine dritte Amtszeit des Präsidenten. Kılıçdaroğlu erreichte derweil 32,5 Prozent, wobei sich Oğans Stimmenanteil knapp über einem Prozent bewegte.

Noch am Abend des Bekanntwerdens der Endergebnisse des ersten Wahlgangs verbreiteten sich in verschiedenen deutsch-türkischen Social-Media-Kanälen Aufrufe zur Mobilisierung für die Stichwahl zugunsten Erdogans. Diese schnelle Reaktion ist ein Beweis dafür, dass die primär auf freiwilliger Mitarbeit basierenden Auslandsstrukturen der AKP eine hohe politische Handlungsbereitschaft zeigen. Am 20. Mai, als die Wahllokale in Deutschland für die Stichwahl öffneten, berichtete unter anderem der türkische Staatssender TRT von einem Rekordanstieg der Wahlbeteiligung.¹⁴ Bewahrheiten konnte sich diese Einschätzung nicht, denn mit dem Ende der Auslandsstimmabgabe am 24. Mai zeigte sich nur ein leichter Anstieg der Wahlbeteiligung auf 50 Prozent.

Im zweiten Wahlgang konnte Erdoğan seinen Stimmanteil in Deutschland auf 67,2 Prozent steigern, während sein Gegenkandidat Kılıçdaroğlu mit 32,8 Prozent nahezu stagnierte. Die im Vergleich zur Türkei überproportional hohen Ergebnisse für Erdoğan sind derweil Ausgangspunkt einer Re-Intensivierung der innenpolitischen Debatten um die türkischen Auslandswahlen in Deutschland.

14 Vgl. Rekordbeteiligung aus Deutschland bei der Präsidentschaftswahl im zweiten Wahlgang [Türkisch], 22.5.2023, www.trthaber.com/haber/dunya/cumhurbaskanligi-2-tur-secimine-almanyadan-rekor-katilim-769040.html.

AUSLANDSWAHLEN UND DEUTSCHE INTEGRATIONSDEBATTE

Ausgehend von einem „Unverständnis“ gegenüber dem Mehrheitswahlverhalten der türkeistämmigen Community beziehungsweise der Frage, wie Personen aus einem freiheitlich-demokratischen Kontext heraus für ein zunehmend autoritäres Regime votieren können, entfaltete sich spätestens ab dem 14. Mai ein umfassender Diskurs um die türkischen Auslandswahlen. Während die Kritik an den politischen Entwicklungen in der Türkei, wie zum Beispiel an der Einschränkung bürgerlicher Freiheiten und der regelrechten Demontage der Rechtsstaatlichkeit, durchaus berechtigt sind, fußen die aus den Wahlergebnissen gezogenen integrationspolitischen Schlussfolgerungen zumeist auf entkontextualisierten und pauschalisierenden Interpretationslogiken.¹⁵

Zunächst ist festzuhalten, dass die Konstruktion einer herkunftsorientierten Kollektivität unter den Türkeistämmigen in Deutschland im Widerspruch zur bisherigen Wahlbeteiligung steht. Diese lag in Deutschland stets unter der 50-Prozent-Marke, angefangen bei den Präsidentschaftswahlen von 2014 mit 8,2 Prozent über die Parlamentswahlen im Juni 2015 mit 34,4 Prozent und die anschließenden Neuwahlen im November mit 40,7 Prozent bis zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von 2018 mit 45,2 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nur die Hälfte der knapp drei Millionen in Deutschland lebenden Menschen mit familiären Wurzeln in der Türkei¹⁶ auch die türkische Staatsbürgerschaft besitzen und somit stimmberechtigt sind. Insofern repräsentieren die Wahlergebnisse lediglich die politische Neigung eines Viertels der gesamten türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland. Von diesen wiederum stimmten zuletzt gerade einmal 65 Prozent für Erdoğan beziehungsweise die aktuelle Regierungskonstellation.

15 Für eine Analyse der bisherigen Diskursführung um die Auslandswahlen siehe Seçkin Söylemez, *The Understanding of Democracy as a Measure of Integration: An Examination of the Change in Integration Discourse Around the Democracy Debate Based on the Case of the Turkish Diaspora in Germany*, in: *Turkish Journal of Diaspora Studies* 1/2023, S. 1–23.

16 Vgl. Susanne Schührer, *Türkeistämmige Personen in Deutschland: Erkenntnisse aus der Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2015“*, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Working Paper 81, Nürnberg 2015, S. 5.

Verkürzt erscheint in diesem Kontext auch die Deutung, dass besonders viele junge Menschen in Deutschland in besonderer Weise mit Erdoğan sympathisieren. Zumindest auf Basis der Auslandswahlergebnisse lässt sich eine solche Annahme nur schwer bestätigen. So zeigt eine Anfrage der CHP an die Hohe Wahlkommission vom April 2023, dass die Anzahl der in Deutschland geborenen Wähler mit 209394 nur einen geringen Anteil der hiesigen Gesamtwählerschaft ausmacht.¹⁷ Faktisch besitzen damit über 85 Prozent der 1,5 Millionen türkeistämmigen registrierten Wähler in Deutschland eine unmittelbare Migrationserfahrung, wodurch sie, je nach Kontext, der ersten oder zweiten Migrationsgeneration zugerechnet werden können.

Eine dritte Misskonzeption besteht in der weit verbreiteten Darstellung, dass eine Stimmabgabe für Erdoğan mit einer grundsätzlichen Ablehnung politischer Strukturen der deutschen Aufnahmegesellschaft einhergeht. Vielmehr zeigen die jüngsten Ergebnisse der Mehrthemenbefragung zur Integration und Partizipation türkeistämmiger Zugewanderter in Nordrhein-Westfalen des Essener Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung, dass die Interessenvertretungsfunktion deutscher Institutionen jener der türkischen Regierung in nichts nachsteht. Die Befunde aus Nordrhein-Westfalen sind dabei nicht nur interessant, weil hier etwa ein Drittel der türkeistämmigen Bevölkerung Deutschlands lebt, sondern auch, weil die AKP in dortigen Wahllokalen zuletzt Zustimmungswerte von durchschnittlich 70 Prozent verzeichnete. So zeigen die Umfragewerte von 2019, dass Migrantenorganisationen und Bürgermeister aus Sicht türkeistämmiger Menschen in Nordrhein-Westfalen mit je 42 Prozent an erster Stelle stehen, wenn es um die Wahrung ihrer Interessen geht. Deutsche Parteien und die türkische Regierung rangieren mit je 39 Prozent auf dem dritten Platz. Im Vergleich zu den Befragungsergebnissen von 2017 lässt sich sogar ein Rückgang von 14 Prozentpunkten für den Stellenwert der türkischen Regierung innerhalb der türkeistämmigen Community Nordrhein-Westfalens erkennen. Weitaus wichtiger erscheint jedoch, dass

die Zuweisung der Interessenvertretungsfunktion an die türkische Regierung nicht zwangsläufig im Widerspruch zum Vertrauen in deutsche Institutionen stehen muss. So konstatiert die Politikwissenschaftlerin Martina Sauer, dass Personen, die sich durch die türkische Regierung vertreten sehen, auch überdurchschnittlich häufig die Bundesregierung oder deutsche Parteien als wichtige Instanzen der Vertretung ihrer Interessen angeben.¹⁸ Entgegen der Annahme einer wachsenden Distanzierung türkeistämmiger Menschen von der „deutschen“ Gesellschaft und deren Institutionen zeigt sich damit vielmehr, dass die Realitäten türkeistämmigen Lebens in Deutschland durch transnationale Logiken geprägt sind, welche keinen strikten Trennungen zwischen Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft folgen.

FAZIT

Als Erdoğan und die AKP im Vorfeld des Verfassungsreferendums vom 12. September 2010 – damals noch unter dem Label ihrer progressiv-demokratischen Agenda – die Etablierung liberal-demokratischer Elemente in der Türkei beschworen, wurden sie in Teilen des politikwissenschaftlichen Diskurses noch als sogenannte *Muslim Democrats* gefeiert.¹⁹ Knapp zehn Jahre später nutzt Erdoğan zwar immer noch den Begriff der Demokratie, sein politischer Kurs hingegen entfernt sich dabei immer weiter von einem liberalen Verständnis der Volkssouveränität. Auch im Zuge der jüngsten Wahlen geht es allem voran um den Machterhalt. Kennzeichnend hierfür ist nicht zuletzt die Fluidität der Argumentation Erdoğan im Wahlkampf. Während zunächst islamische Narrative dominierten, schaltete er im weiteren Verlauf kurzerhand auf ultranationalistische Positionen um. Auch scheint es seine Stammwählerschaft nicht zu irritieren, dass der Präsident, der der Opposition vorwirft, mit kurdischen Separatisten zu kooperieren, selbst dem nicht minder separatistischen Ableger der kurdischen Hizbullah ins Parlament verhilft.

¹⁷ Vgl. Wie viele im Ausland geborene Wähler werden am 14. Mai wählen? [Türkisch], 8. 4. 2023, <https://tr.euronews.com/2023/04/08/14-mayis-secimlerinde-oy-kullanacak-suriye-ve-afghanistan-kokenli-secmen-sayisi-kac>.

¹⁸ Vgl. Martina Sauer, 20 Jahre Mehrthemenbefragung: Integration und Partizipation türkeistämmiger Zugewanderter in Nordrhein-Westfalen 1999 bis 2019, Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung, Essen 2020, S. 52.

¹⁹ Vgl. Jocelyne Cesari, *The Awakening of Muslim Democracy: Religion, Modernity, and the State*, Cambridge 2014.

Der Rechtsruck der CHP hingegen bedeutete zwar einen leichten Stimmenzuwachs für den Oppositionsblock, aber auch einen immer deutlicher werdenden Bruch mit ihren sozialdemokratischen Prägungen der 1970er Jahre unter Bülent Ecevit. Damit verpasste Kılıçdaroğlu einmal mehr die Möglichkeit, einen überzeugenden Gegendiskurs links von AKP und MHP zu etablieren, sondern ließ sich auf das Spiel des Nationalismus ein. Der stille Sieger dieser Wahlen ist damit das rechtspolitische Lager, das sich insbesondere in der zweiten Wahlkampfphase als tonangebende Instanz etablieren konnte.

In Deutschland wiederholt sich derweil die Geschichte. Erneut sind mit dem Ausgang der Auslandswahlen Debatten über Desintegration aufgekommen. Trotz der nunmehr 60-jährigen Geschichte türkeistämmigen Lebens in Deutschland stellt die pauschale Zuschreibung einer Herkunftsorientierung gegenüber türkeistämmigen Menschen weiterhin einen vitalen Mechanismus

der mehrheitsgesellschaftlichen „Fremd“-Konstruktion dieser „Gruppe“ dar. Was dabei oft übersehen wird, sind die kontextuellen Bedingungen der Türkei-Wahlen in der Bundesrepublik. Denn weit wichtiger als das letztendliche Ergebnis sind die Beweggründe der hiesigen Wähler. Dies umfasst nicht nur die Frage, warum knapp ein Viertel der türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland für Erdoğan stimmt, sondern auch, warum ein Großteil der Menschen von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch macht oder sich bewusst gegen eine Stimmabgabe zugunsten der Regierung entscheidet.

SEÇKİN SÖYLEMEZ

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen.
 seckin.soylemez@uni-due.de

Zum Weiterlesen.



2022
Bestell-Nr. 10808



2017
Bestell-Nr. 10009



2016
Bestell-Nr. 1679

DYNAMIKEN DES TÜRKISCHEN NATIONALISMUS

Kemal Bozay

Die jüngsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Mai 2023 markierten eine Verschärfung des türkischen Nationalismus und des politischen Islam in der Türkei. Gerade in den vergangenen zwei Jahrzehnten, unter der Regierung Recep Tayyip Erdoğans, haben sich nationalistische und autoritäre Grundgedanken, begleitet von neo-osmanischen Fantasien, tief in das soziale Gefüge und die politische Landschaft der Türkei eingepreßt.

Die Ursprünge des türkischen Nationalismus gehen auf das frühe 20. Jahrhundert zurück, kurz vor dem Ende des Osmanischen Reiches. Während dieser Zeit propagierte die jungtürkische Bewegung die Vorstellung eines extremen Nationalismus. Eine bedeutende Figur in dieser Entwicklung war Mustafa Kemal Atatürk, der spätere Gründungsvater der türkischen Republik. Unter seiner Führung wurde die Ideologie des kemalistischen Staatsnationalismus etabliert, der gegenwärtig unter Erdoğan und seiner Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) eine starke Demontage erlebt.

HISTORISCHE ENTWICKLUNGEN

In seiner mehr als sechshundert Jahre anhaltenden Geschichte durchlief das Osmanische Reich bedeutende ideologische Veränderungen, die seine Transformation wie seinen Niedergang stark beeinflussten. Während die religiöse Einheit unter dem Dach des Islam hergestellt war, blieb der Turkismus als Grundpfeiler des türkischen Nationalismus lange im Schatten, fand jedoch nach der Jungtürkischen Revolution von 1908 seinen institutionell-politischen Rahmen. Die einst dominierende Ideologie des Osmanismus, die auf einer multiethnischen und -religiösen Identität basierte, verlor mit der Zeit an Bedeutung. Der Niedergang des Osmanischen Reiches läutete eine neue

Ära ein und ebnete gleichsam den Weg für die Verbreitung des Turkismus und des türkischen Nationalismus. Dessen Kern bestand zunächst darin, einen zentralisierten türkischen Staat zu gründen, der auf türkische Normen, Werte, Traditionen, Kultur und Erziehung basierte und von Türken dominiert werden sollte.⁰¹

Unter dem Einfluss turkistischer Ideologien gründeten Mitglieder der jungtürkischen Bewegung 1908 den Türkischen Verein (Türk Derneği) und 1911 den Verein der Türkischen Heimat (Türk Yurdu Derneği), der 1912 in Türkisches Heim (Türk Ocağı) umbenannt wurde.⁰² In ihrer ideologischen Grundausrichtung strebte die turkistische Bewegung die Gründung eines „Großtürkischen Reiches“ an und verfolgte das Ziel, jene Länder zu erobern, in denen Turkvölker lebten, wie zum Beispiel auf dem Balkan und in Zentralasien. Um dies zu erreichen, beteiligte sich das Osmanische Reich unter der Führung der jungtürkischen Bewegung und ihrer ab 1913 turanistisch ausgerichteten Partei für Einheit und Fortschritt (İttihat ve Terakki Fırkası) am Ersten Weltkrieg an der Seite Deutschlands.

Der Begriff „Turanismus“ wird dabei in zwei unterschiedlichen Bedeutungen genutzt: Einerseits wird er synonym zu „Panturkismus“⁰³ im Sinne einer Vereinigung aller turksprachigen Völker verwendet. Andererseits beinhaltet er das „Streben nach einer Annäherung der ‚turanischen Völker‘“,⁰⁴ zu denen noch weitere Volksgruppen zählen, beispielsweise die finno-ugrischen. Die erstmalige Verwendung des Begriffs erfolgte 1839 in Ungarn, das seinerzeit nach seiner Identität suchte und sich zwischen dem Pangermanismus und dem Panslawismus bewegte. Die grundlegende Idee hinter dem Turanismus war die Vorstellung, dass unter anderem das ungarische Volk, das finnische Volk und die Turkvölker ursprünglich aus demselben Stamm hervorgingen, der in einem Raum namens „Turanland“ gelebt haben soll. Dieses Territorium erstreckte sich vom Pa-

zifik bis zur Wolga. Der Soziologe Ziya Gökalp vertrat dagegen eine andere Lesart des Turanismus, die eher dem Panturkismus entspricht. Seiner Vorstellung nach umfasste der Turanismus ausschließlich die sogenannten Oğuz-Türken, also die Türken in Anatolien sowie Aserbaidschaner, Tataren, Yakuten, Kirgisen, Usbeken und Kiptschaken. Hingegen schloss er Finnen, Mongolen und Magyaren aus seinem Turan-Konzept aus.⁰⁵

Die „turanistische Romantik“ im Osmanischen Reich wurde zunächst literarisch ausgedrückt, vor allem in Dramen und Gedichten. Doch innerhalb kürzester Zeit entwickelte sich diese romantische Strömung zu einer führenden Ideologie, die von der jungtürkischen Bewegung übernommen wurde. Vor allem in der jungtürkischen Partei sowie im Komitee für Einheit und Fortschritt setzten sich ab 1908 vermehrt autoritäre, nationalistische und panturkistische Ideologien durch. Als neue herrschende Elite im Osmanischen Reich, die während der Balkankriege (1912/13) eine Niederlage erlitten hatte, suchte sie nach einer Ideologie, die den damaligen nationalen Interessen entsprach – und fand sie in der aggressiv-expansiven Ideologie des Turanismus.

In der Formulierung des Soziologen Eugen Lemberg kann der Turanismus als eine Ausprägung des Integralen Nationalismus betrachtet werden. Diesem geht in der Regel „eine Krise des nationalen Selbstbewusstseins voraus, eine außerordentliche Bedrohung von außen, eine wirkliche Gefahr für die nationale Existenz“.⁰⁶ Dieses Phänomen tritt typischerweise auf, wenn eine Nation eine schwerwiegende politische und/oder

militärische Niederlage erlitten hat, die ihr Selbstwertgefühl verletzt und in der Folge die für den Fortbestand der Nation unentbehrliche Integrationskraft schwinden lässt. Lemberg sieht diese Faktoren im Zustand des Osmanischen Reiches und der jungtürkischen Partei für Einheit und Fortschritt um 1912/13 bestätigt. Die Jungtürken, die mit dem Ziel der „Reichsrettung“ an die Macht gekommen waren, verloren innerhalb von sechs Jahren mehr Territorium als Sultan Abdülhamid II. in 30 Jahren, was ihr Selbstbewusstsein stark verletzte und sie immer mehr in das „turanistische Abenteuer“ drängte.

Im Zuge dessen trat die regierende Partei für Einheit und Fortschritt mit dem Ziel in den Ersten Weltkrieg ein, die im Westen verlorengangenen Gebiete durch eine Vereinigung aller Türken im „Land Turan“ im Osten zu kompensieren. Die nicht-türkischen Völker in diesem Raum stellten nach Auffassung der Machthaber allerdings ein Hindernis bei der Verwirklichung dieses Plans dar, weshalb sie schon während des Krieges mit der „Ausräumung“, „Ausrottung“ und Türkisierung anderer Völker begannen. So kam es während des Ersten Weltkrieges zum Völkermord an den Armeniern, der unter der Herrschaft der jungtürkischen Bewegung und des Komitees für Einheit und Fortschritt begangen wurde. Die Periode der Massaker und erzwungenen Todesmärsche gegen Armenierinnen und Armenier erstreckte sich hauptsächlich über die Jahre 1915 und 1916. Die geschätzte Opferzahl variiert je nach Quelle zwischen 300 000 und über 1,5 Millionen Menschen.⁰⁷ Der Historiker Edgar Hösch schreibt dazu: „Der Traum von der Errichtung eines nationalen Großreiches war nur auf Kosten der unmittelbaren Nachbarn zu verwirklichen und hat die Atmosphäre in den gegenseitigen Beziehungen vergiftet.“⁰⁸

Kulturnationalismus

Einen großen politischen und konzeptionellen Einfluss auf den türkischen Nationalismus übte der Soziologe Ziya Gökalp (1876–1924) aus.⁰⁹

01 Vgl. Fatma Müge Göçek, Die Entstehung des türkischen Nationalismus im Osmanischen Reich: Eine soziologische Betrachtung [Türkisch], in: Politisches Denken in der modernen Türkei: Nationalismus [Türkisch], Bd. 4, Istanbul 2008, S. 63–76.

02 Vgl. Günay Göksu Özdoğan, Vom „Turan“ zum „Grauen Wolf“. Der Turkismus in der Ein-Parteien-Phase (1931–1946) [Türkisch], Istanbul 2001, S. 26 ff.

03 Zum Begriff „Panturkismus“ vgl. Jacob M. Landau, Panturkism: From Irredentism to Cooperation, Istanbul 1995.

04 Vladimir Minorsky, „Türán“, in: Enzyklopaedie des Islam. Geographisches, Ethnographisches und Biographisches Wörterbuch der Mohammedanischen Völker, Bd. IV, Leiden–Leipzig 1934, S. 954.

05 Vgl. Ziya Gökalp, Die Grundzüge des Turkismus [Türkisch], Istanbul 1990 [1923], S. 29 ff.

06 Zit. nach Peter Alter, Nationalismus. Dokumente zur Geschichte und Gegenwart eines Phänomens, München–Zürich 1994, S. 51.

07 Vgl. Taner Akçam, Armenien und der Völkermord. Die Istanbul Prozesse und die türkische Nationalbewegung, Hamburg 2004².

08 Edgar Hösch, Geschichte der Balkanländer, Stuttgart u. a. 1968, S. 10.

09 Vgl. Ziya Gökalp, Turkish Nationalism and Western Civilization. Selected Essays of Ziya Gökalp, hrsg. v. Niyazi Berkes, New York 1959; Kerem Ünüvar, Ziya Gökalp, in: Politisches Denken in der modernen Türkei: Nationalismus (Anm. 1), S. 28–36.

Gökalp übernahm das Konzept der „organischen Gesellschaft“ von Émile Durkheim und übertrug es auf den Begriff „Nation“ im Osmanischen Reich. Demnach könne ein Staat nur dann fortbestehen, wenn er sich auf eine Nation stützt. So seien die Staaten, die sich anstelle einer nationalen Idee auf religiöse oder andere Elemente stützen, zum Zusammenbruch verurteilt. Anstelle einer Rettung des Osmanischen Reiches vertrat Gökalp die Auffassung, dass ein neues Staatskonzept auf der Grundlage der türkischen Nation als „organische Gesellschaft“ entwickelt werden sollte.¹⁰

Seine wissenschaftlichen Arbeiten wurden stark beeinflusst von nationalen Bewegungen auf dem Balkan, Studien über Türken und die türkische Sprache und seiner Neigung zu Literaten und Historikern, die Ideen der kulturellen und sprachlichen Verwandtschaft beziehungsweise der Einheit der Turkvölker vertraten. Gökalp koppelte diesen „kulturellen Turkismus“ an die Idee der Einheit der Turkvölker und reicherte dieses Konzept politisch-ideologisch an. Im Rahmen des türkischen Nationsverständnisses wandelte er die unpolitische kulturelle Einheit (Kulturvolk) in eine politische Form (Staatlichkeit) um.

Gökalp verstand die Nation als eine Gemeinschaft von Individuen, die in gleicher Weise erzogen wurden und deren Sprache, Religion, Moral und Ästhetik gemein sind. Weder „Rasse“, „Stamm“, „Geografie“, „Politik“ noch „individuelle Selbstentscheidung“ prägen den Inhalt jenes türkischen Nationalverständnisses. Von zentraler Bedeutung ist die Herausbildung einer Kultur, die einem Individuum von Kindheit an vermittelt wird.¹¹

Der Grund für Gökalps Anlehnung an das von Durkheim entwickelte Konzept der Kulturturnation liegt in erster Linie an der Enttäuschung über die jahrelang vorherrschende Idee des Osmanismus.¹² Entgegen der Auffassung Gökalps hat der Osmanismus die kulturell-ethnischen Identifikationsmerkmale der im Osmanischen Reich lebenden Ethnien verdrängt und das Hauptaugenmerk auf die gemeinsame Staatlichkeit gelegt. Zugleich hat Gökalp auch Gemeinsamkeiten zwischen der deutschen Zerrissenheit

vor der Reichsgründung 1871 und der Zerrissenheit der Turkvölker erkannt. Wie einst die Deutschen durch gemeinsame Sprache und Kultur geeint worden waren, sollten nun auch die Türken den gleichen Weg gehen. Jedoch hat Gökalp die vielfältigen geografischen und kulturell-sprachlichen Differenzen der Turkvölker untereinander nicht berücksichtigt.

Einen wichtigen Diskurs prägte Gökalp mit seinem 1918 erschienenen Buch „Türkisierung, Islamisierung, Modernisierung“ („Türkleşmek, İslamlaşmak, Muasırlaşmak“). Unter Berücksichtigung nationaler und religiöser Traditionen sowie westlicher Ideen entwickelte er darin eine Synthese zwischen turkistischen, osmanisch-islamischen und westlichen Bewegungen. Er wollte damit die Idee eines „zeitgenössischen islamischen Türkentums“¹³ festigen. Seine Synthese, die ideologisch auf Kernelementen von Islam und Türkentum fußte, sollte zugleich ein Konzept für die 1923 gegründete türkische Republik werden. Rückblickend kann man feststellen, dass Gökalps Ideen auch starken Einfluss auf das in den 1970er und 1980er Jahren entwickelte Konzept der Türkisch-islamischen Synthese (Türk-Islam Sentezi) gehabt haben.¹⁴ Deren Kerngedanke besteht darin, die Vorstellung der Untrennbarkeit von türkisch-nationalen und islamischen Bestandteilen in der türkischen Geschichte als Staatsauffassung zu manifestieren.

Kemalistischer Nationalismus

Nach dem Sieg der Türkischen Nationalbewegung im Befreiungskrieg wurde am 29. Oktober 1923 die souveräne Republik Türkei ausgerufen und Mustafa Kemal Atatürk zu ihrem ersten Staatspräsidenten gewählt. „Zu Anfang orientierte sich der kemalistische Staat nicht an irgendeinem ökonomischen, politischen oder ideologischen System. Der Kemalismus entwickelte sich erst mit der Verwirklichung der kemalistischen Reformen, etwa in der Mitte der Ära Atatürk, zu einer eigenen Ideologie.“¹⁵ Atatürk strebte danach, das Gesellschaftssystem grundlegend zu verändern. Seine Reformen basierten auf den ak-

¹⁰ Vgl. Gökalp (Anm. 5), S. 10 ff.

¹¹ Vgl. ebd., S. 21 ff.

¹² Vgl. Erol Güngör, Die türkische Kultur und der Nationalismus [Türkisch], Istanbul 1999.

¹³ Vgl. Ünüvar (Anm. 9), S. 31.

¹⁴ Vgl. Dagmar Zeller-Mohrlok, Die Türkisch-Islamische Synthese. Eine Strategie zur Kanalisierung innen-politischer und wirtschaftlicher Konflikte der Türkei in den 80er Jahren, Bonn 1992.

¹⁵ Zit. nach Emre Kongar, Die Struktur der Türkei vom Imperium bis heute [Türkisch], Istanbul 1976, S. 106 f.

tiven Reformbestrebungen der osmanischen *Tanzimat*-Periode zwischen 1839 und 1876.¹⁶

Atatürks Ziel bestand darin, die Türkei zu einer modernen, säkularen und westlich orientierten Nation zu entwickeln, die auf einer starken nationalen Einheit und Identität basiert. Seinen ideologischen Bezugsrahmen hatte das damals neugegründete Staatswesen in den sogenannten sechs Grundprinzipien, auf denen die späteren Reformen Atatürks beruhten und unter denen sich die Türkei entwickeln sollte: Reformismus, Republikanismus, Etatismus, Laizismus, Populismus und Nationalismus. Populismus bezieht sich, anders als die gegenwärtige Begriffsverwendung, hier auf das Prinzip der Einparteienherrschaft der von Atatürk gegründeten Republikanischen Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP). Dagegen förderte sein Staatsnationalismus sowohl die nationale Unabhängigkeit der Türkei als auch die Vereinigung der darin lebenden Turkvölker. Andererseits wurde damit auch die Existenz von ethnischen Minoritäten wie Kurden oder Armeniern im Lande missachtet.¹⁷ Die türkische Sprache wurde zur Haupt- und Verwaltungssprache erklärt, und die Förderung der türkischen Kultur stand im Mittelpunkt der nationalen Politik Atatürks.

Damit konnte sich der kemalistische Nationalismus als herrschende türkische Staatsauffassung etablieren. Das grundlegende Ziel Atatürks war die Errichtung eines homogenen Nationalstaates und eines gemeinsamen Nationalbewusstseins, geeint durch eine gefestigte kulturelle und nationale Identität.

Völkischer Nationalismus

Mit seinen radikal völkisch-nationalistischen Ansichten und als Vordenker der extremen Rechten in der Türkei gewann Hüseyin Nihâl Atsız (1905–1975) Anfang der 1930er Jahre ebenfalls Einfluss auf die politischen Bewegungen.¹⁸ Als Schriftsteller, Historiker, Dichter und Aktivist galt Atsız als einer der wichtigen Vertreter des Turanismus. Er glaubte an die Schaffung eines großtürkischen Reiches, das sich von Anatolien bis nach Zentralasien

erstrecken sollte. Dabei vertrat er neben rassistischen Positionen eine homogene ethno-kulturelle Definition der türkisch-nationalen Identität und betonte die kulturelle und sprachliche Verbindung der Türken über geografische Grenzen hinweg.

In seiner völkisch-nationalistischen Ideologie betonte Atsız nicht nur die türkische Kultur, sondern auch die türkische „Rasse“. Andere ethnische Gruppen sah er als minderwertig an. Diese Überzeugungen spiegelten sich in seinen Beiträgen und Gedichten wider, die er teilweise in von ihm selbst veröffentlichten Zeitschriften und Romanen publizierte.

Als überzeugter Verfechter der Überlegenheit der türkischen „Rasse“ befürwortete Atsız den Turkismus als Vorstellung einer Überlegenheit des Türkentums über alle anderen Völker. Für seine rassistische Position wurde er 1945 im sogenannten Rassismus- und Turanismusverfahren angeklagt und wich in seiner Verteidigungsrede nicht von seiner Auffassung ab:

„Ich sage es zum Schluss ganz offen: Turkismus ist Nationalismus. Rassismus und Turanismus gehören dazu. Entweder wird das Land sich auf diesen beiden Termini erheben oder untergehen. Rassismus und Turanismus widersprechen nicht der Verfassung. Da ich Rassist und Turanist bin, wird eine mögliche Verurteilung wegen Rassismus und Turanismus die größte Ehre meines Lebens darstellen.“¹⁹

Atsız war zwar parteipolitisch nicht aktiv, wirkte aber in verschiedenen nationalistischen Bewegungen und Vereinen mit. Er pflegte enge Beziehungen zu dem 1997 verstorbenen Führer der Partei der Nationalistischen Bewegung (*Milîyetçi Hareket Partisi*, MHP), Alparslan Türkeş, mit dem er 1945 im Rahmen des Rassismus- und Turanismusverfahrens angeklagt wurde. Die Beziehungen brachen ab, als Türkeş das islamische Element in der MHP stärker betonte. Zuvor veröffentlichte er 1965 die „Neun-Strahlen-Doktrin“,²⁰ in der er die Grundlagen und Ziele einer nationalistischen Türkei formulierte. Die wichtigste Bedeutung der Doktrin lag jedoch in der Festigung der Autorität von Türkeş. Die Poli-

¹⁶ Vgl. Matthes Buhbe, *Türkei. Politik und Zeitgeschichte. Studien zur Politik und Gesellschaft des Vorderen Orients*, Opladen 1996, S. 13f.

¹⁷ Vgl. Kemal Bozay/Hasan Kaygısız, *Der neue Sultan. Die Türkei zwischen Repression und Widerstand*, Köln 2017, S. 31f.

¹⁸ Vgl. Güven Bakirezer, Nihal Atsız, in: *Politisches Denken in der modernen Türkei: Nationalismus* (Anm. 1), S. 352–361.

¹⁹ Übersetzung aus dem Türkischen nach Cenk Saraçoğlu, *Nihal Atsız's World-View and its Influences on the Shared Symbols, Rituals, Myths and Practices of the Ülkücü Movement*, Leiden 2004.

²⁰ Vgl. Alparslan Türkeş, *Neun Strahlen* [Türkisch], Istanbul 1995 [1965].

tikwissenschaftler Karl Binswanger und Fethi Sipahioğlu stellen fest, dass „Diktion und Inhalt (...) in der Tat an Hitlers ‚Mein Kampf‘ erinnern“.²¹ Anfang 1969 gründete Türkeş schließlich die MHP als militantes Sammelbecken des Rechtsextremismus in der Türkei. Trotz des Bruchs mit Türkeş wird Atsız noch immer innerhalb extrem rechter Parteien und Bewegungen hochgeschätzt, und seine politischen Texte werden weiterhin verbreitet.

GEGENWÄRTIGE FORMEN UND VERFLECHTUNGEN

In der Türkei ist Nationalismus historisch verankert. Seit der Gründung der Republik bildet er als grundlegendes kemalistisches Prinzip eine tragende Säule der Staatspolitik. Daher wird der Nationalismus in der türkischen Öffentlichkeit und unter politischen Eliten bis heute überwiegend positiv gesehen. Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, die gegenwärtigen Formen des Nationalismus in der Türkei in fünf Typen zusammenzufassen.²² Diese verschiedenen Ausprägungen des Nationalismus sind nicht isoliert voneinander, es gibt spezifische Anknüpfungspunkte und fließende Übergänge zwischen ihnen. Durch die Verschmelzung zu einem nicht gefestigten, aber starken Konglomerat der Nationalismen werden einzelne nationalistische Ausprägungen mitunter von einem umfassenden Chauvinismus überlagert. Davon profitiert insbesondere der radikale Rechtsnationalismus, der versucht, an andere nationalistische Diskurse anzudocken.

Kemalistischer Staatsnationalismus

Der kemalistische Nationalismus stützt sich auf den Personenkult um Mustafa Kemal Atatürk und konzipiert den Nationalismus-Begriff im Rahmen der Diskurse um Aufklärung und Laizismus. Daher war der Hauptgegenstand des Atatürk-Nationalismus bislang der Staat, der diesem Konzept verpflichtet ist.²³ Die Ausrichtung

dieses Nationalismus schwankt zwischen einem Selbstverständnis als Staatsnation und als Kultur-nation. Im „Normalzustand“ der Republik überwiegt die Idee der Staatsnation. Insbesondere in Krisensituationen kann jedoch leicht die Auffassung der Kulturnation dominieren.

Die gegenwärtigen Entwicklungen zeigen, dass die kemalistischen Grundpfeiler seit der Machtübernahme von Erdoğan und seiner AKP schrittweise demontiert werden. Auch lässt sich eine enge Verflechtung zwischen Staatsnationalismus und dem islamischen Nationalismus beobachten. Gerade das Bündnis mit der rechtsextremistischen MHP führt dazu, dass die AKP in ihrer Rhetorik nationalistischer und auch verstärkt mit dem Konstrukt der Türkisch-islamischen Synthese agiert.

Sozialdemokratischer Nationalismus

Der sozialdemokratische Nationalismus kann als eine Blüte des offiziellen kemalistischen Staatsnationalismus angesehen werden. Der wichtigste Träger dieses Nationalismus-Konzepts ist die Republikanische Volkspartei CHP. Im Gegensatz zu anderen westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien ist die CHP nicht aus der Geschichte der Arbeiterbewegung entstanden, sondern verkörperte seit der Republikgründung die Tradition einer Staatspartei. Bis in die 1990er Jahre bestand ihre soziale Basis aus Militärs, der Staatsbürokratie und der Intelligenz. Erst Anfang der 1970er Jahre erfolgte eine Hinwendung der CHP zu sozialdemokratischem Ideengut. Der türkischen Sozialdemokratie sind gegenwärtig Teile ihrer Anhänger- und Wählerschaft weggebrochen. Grund dafür war insbesondere die Koalition mit konservativ-nationalistischen Parteien Mitte der 1990er Jahre. Doch auch die Unterstützung für die Kriegspolitik in den kurdischen Gebieten und die gegenwärtig feindliche Politik gegenüber Geflüchteten waren dafür mitverantwortlich.

Mit dem 2010 gewählten Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu hat die CHP einen politischen Richtungswechsel eingeschlagen, der elektorale Durchbruch blieb jedoch aus. Im Vorfeld der Wahlen 2018 gründete die CHP zusammen mit der Guten Partei (İyi Parti, İYİ), der Demokratischen Partei (Demokrat Parti), der Partei für Glückseligkeit (Saadet Partisi), der Partei für Demokratie und Fortschritt (Demokrasi ve Atılım Partisi) und der Zukunftspartei (Gelecek Partisi)

²¹ Karl Binswanger/Fethi Sipahioğlu, *Türkisch-islamische Vereine als Faktor deutsch-türkischer Koexistenz*, München 1988, S. 65.

²² Vgl. Tanıl Bora, *Der schwarze Frühling des Nationalismus* [Türkisch], Istanbul 1995, S. 101 ff.

²³ Vgl. Baskın Oran, *Der Nationalismus Atatürks* [Türkisch], Ankara 1988.

das Bündnis der Nation (Millet İttifakı). Dieses zeigte sich als Zweckbündnis, das sowohl konservativ-nationale als auch rechtspopulistische und islamistische Parteien miteinbezog. Eine Spaltung erlitt die CHP durch ihren ehemaligen parlamentarischen Fraktionsvorsitzenden Muharrem İnce, der aus der Partei austrat und im Mai 2021 die Gründung der Heimatpartei (Memleket Partisi) bekanntgab. Die Heimatpartei ist der kemalistisch-nationalistischen Linie zuzuordnen und tritt größtenteils mit einer populistischen Rhetorik auf. Unbedeutend im sozialdemokratischen Lager blieb die Demokratische Linkspartei (Demokratik Sol Parti), die zwar von 1997 bis 2002 an der Regierung beteiligt war, aber bei den Parlamentswahlen 2015 unter einem Prozent blieb. Marginal bei den Wahlen blieb auch die links-nationalistische und prorussische Vaterlandspartei (Vatan Partisi). Unter Doğu Perinçek versteht sie sich als eurasische Bewegung, die einen antieuropäischen und antiamerikanischen Kurs verfolgt. Sie besteht als ultrakemalistische Partei besonders aus Angehörigen des Militärs.²⁴

Bürgerlich-liberaler Nationalismus

Die bürgerlich-liberale Form des Nationalismus stützt sich auf die großstädtische Mittelklasse, Großunternehmer und die Besitzer von Medienmonopolen. Die Inszenierung und Idealisierung einer modernen, nach westlichem Vorbild entwickelten Lebensweise dominieren den liberalen Nationalismus. Dabei wird der Nationalstolz insbesondere aus der westlichen Lebensweise und der ökonomischen Leistung des Landes geschöpft.²⁵

Dieser kulturelle Essenzialismus, der auf der Verherrlichung dieser Lebensweise basiert, mündet in einer stark pro-westlichen Haltung. Die Protagonisten dieses sogenannten bürgerlich-liberalen Nationalismus sehen sich selbst als „Euro-Türken“, ihr Nationalstolz wird auf Verwestlichungsleistungen bezogen. Daher existiert im bürgerlich-liberalen Nationalismus nicht nur ein Klassismus gegenüber aus „unterentwickelten“ und „marginalisierten“ Teilen kommende Menschen, sondern beispielsweise auch ein verdeckter Rassismus gegenüber „unzivilisierten“

Kurden. Mit dem bürgerlich-liberalen Nationalismus hat sich die nationalistische Ideologie zu einem modernen städtischen Ideal entwickelt.

Islamischer Nationalismus

Der türkische Islam und seine unterschiedlichen Bewegungen sind im Kern nicht getrennt vom türkischen Nationalismus zu betrachten. Das Regionalmachtstreben des türkischen Nationalismus fasziniert auch den Islam und seine regionalen Bewegungen. Deren panislamische Losungen fußen auf dem Kernland Türkei, das als hegemoniales Zentrum der islamischen Welt angesehen wird. Die Glorifizierung der osmanischen Zeit, die gegenüber dem Republikanismus beziehungsweise Laizismus und dem geschichtlichen Verlauf des Turkismus hervorgehoben wird, spiegelt auch diese hegemoniale Utopie wider.

Die Mystifizierung der ökonomischen Entwicklung und die Befürwortung einer autarken Nationalökonomie sind Aspekte des Nationalismus der AKP, aber auch der islamistischen SP und der Neuen Wohlfahrtspartei (Yeniden Refah Partisi). Bei den Parlamentswahlen 2018 und 2023 hat sich unter Vorhut der AKP die Volksallianz (Cumhur İttifakı) gebildet, die auch Ergebnis einer engen Koalition mit der rechtsextremen MHP und der nationalistisch-islamistischen Großen Einheitspartei (Büyük Birlik Partisi, BBP) ist.²⁶

Im islamischen Nationalismus zeigen sich nicht nur feindliche Positionen gegenüber Armeniern und Kurden, sondern auch antisemitische Haltungen und rassistische Einstellungen gegenüber nicht-muslimischen Minoritäten wie Aleviten, Aramäer, Christen oder Jesiden.

Radikal turkistischer und rechter Nationalismus

Der radikal turkistische und rechte Nationalismus hat in den vergangenen Jahren an Dynamik gewonnen. Dieser Typus stützt sich auf die historische rassistisch-panturkistische Ideologie und ist Sprössling des offiziellen Nationalismus in seiner radikal turkistischen und rechtsextremen Variante.²⁷ Bislang wurde der turkistische

²⁴ Vgl. Burak Çopur, Die Türkei im Nahen Osten – mit dem Eurasismus ins nächste Abenteuer?, 14.3.2018, www.bpb.de/265912.

²⁵ Vgl. Bora (Anm. 22), S. 110.

²⁶ Vgl. Kemal Bozay, Von der „defekten“ Demokratie zur Autokratie. Das politische System in der Türkei und sein Einfluss in Deutschland, in: Bürger & Staat 1–2/2023, S. 21–33, hier S. 27 f.

²⁷ Vgl. Bora (Anm. 22), S. 120 f.

und rechte Nationalismus stark von Parteien wie der MHP und der BBP vertreten. Ihre Mitglieder sind insbesondere unter dem Schlagwort „Graue Wölfe“ bekannt. Doch aufgrund ihrer Koalition mit der AKP sowie durch unterschiedliche Flügelkämpfe erlitt vor allem die MHP als Mutterpartei des türkischen Rechtsextremismus eine tiefe Spaltung. Das ideologische Fundament der MHP bilden gegenwärtig die Vision eines Großtürkischen Reiches (Turan) und der „idealistische Nationalismus“ (Ülkücülük), mit einem ausgeprägten Rassismus und Antisemitismus sowie einer antidemokratischen Grundhaltung. Nach dem Tod des MHP-Führers Türkeş 1997 übernahm Devlet Bahçeli die Parteispitze. Mit ihm begann eine Neustrukturierung der MHP – auch in ihrer Politik gegenüber der AKP unter Erdoğan. Die Annäherung Bahçelis an Erdoğan löste innerhalb der MHP große Widerstände aus, darunter den Austritt führender Köpfe wie Meral Akşener, Sinan Oğan, Ümit Özdağ und Koray Aydın. Unter Vorsitz von Akşener, die zwischen 1996 und 1997 auch Innenministerin der Türkei war, wurde im Oktober 2017 die İYİ gegründet, die derzeit mit 44 Abgeordneten im Parlament vertreten ist. Die İYİ ist eine konservativ-nationalistische Partei, die dem rechtspopulistischen Spektrum zugeordnet werden kann. Kurz nach Gründung der İYİ kam es zu einer erneuten Abspaltung unter Führung von Ümit Özdağ. Dieser gründete im August 2021 die Partei des Sieges (Zafer Partisi, ZP), die in ihrer Programmatik ein Bündel an rechtspopulistischen und völkisch-nationalen Auffassungen vertritt. Bekannt wurde Özdağ auch mit seiner nationalistischen Stimmungsmache gegen Geflüchtete in der Türkei.²⁸ Die ZP hat im Vorfeld der Parlamentswahlen 2023 gemeinsam mit der Gerechtigkeitspartei (Adalet Partisi), der Partei unseres Landes (Ülkem Partisi) und der Partei des Türkei-Bündnisses (Türkiye İttifakı Partisi) das Wahlbündnis Ahnenbündnis (Ata İttifakı) geschlossen, dessen Präsidentschaftskandidat der ehemalige MHP-Abgeordnete Sinan Oğan war. Im zweiten Wahlgang erklärte Oğan seine Unterstützung für Erdoğan, wogegen Özdağ zur Wahl von Kılıçdaroğlu aufrief.

28 Vgl. Gregor Scheu/Tim Morgenstern/Dayan Djajadisastra, „Türkischer Björn Höcke“: Wie ein rechtsextremer Politiker die Katastrophe nutzt, um gegen Flüchtlinge zu hetzen, 15.2.2023, www.stern.de/33200618.html.

DIASPORA-NATIONALISMUS

Nachdem die AKP in den 2000er Jahren als Wahlsiegerin hervorgegangen war, begann sie unter Führung von Ahmet Davutoğlu, von 2014 bis 2016 AKP-Vorsitzender und Ministerpräsident der Türkei, mit der Umsetzung eines aktiven Konzepts der türkischen „Diaspora-Politik“, das sich vor allem auf Deutschland und Westeuropa konzentrierte. Dieses Konzept baute auf Soft-Power-Strategien auf und verfolgte eine neue außenpolitische Vorgehensweise. AKP und MHP nutzten dabei gezielt ihre parlamentarische Mehrheit, um das Wahlgesetz zu ändern, um sogenannten Auslandstürk*innen zum ersten Mal die Möglichkeit zu geben, über die türkische Politik mitzuzentscheiden, ohne dafür in die Türkei reisen zu müssen.²⁹

Die Wahlergebnisse von 2018 und 2023 haben gezeigt, dass die Mehrheit der türkeistämmigen Wähler*innen in Deutschland für Erdoğan und das Wahlbündnis von AKP und MHP gestimmt haben. Dabei erhielten Erdoğan und seine Volksallianz insgesamt 64,6 Prozent der Stimmen.³⁰ Der entscheidende Faktor für die Wahlerfolge der AKP und der MHP in Deutschland war die politisch-religiöse Einflussnahme durch Lobbyorganisationen, Netzwerke und religiöse sowie ultranationalistische Dachverbände. Diese Organisationen trugen maßgeblich zur Vernetzung und Mobilisierung der Interessen von AKP und MHP hierzulande bei, im Sinne eines strategisch ausgerichteten Diaspora-Nationalismus.³¹ Dennoch lassen sich die Ursachen für diesen Diaspo-

29 Vgl. Sinem Adar, Eine Neubetrachtung der politischen Einstellungen türkischer Migranten in Deutschland. Analyse des Wahlverhaltens jenseits von „Loyalität gegenüber der Türkei“ und „Mangel an demokratischer Kultur“, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 6/2020.

30 Vgl. Stimmverteilung der Deutschtürken bei den Parlamentswahlen in der Türkei am 14. Mai 2023, 17.5.2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1382792>.

31 Der Begriff „Diaspora-Nationalismus“ bezieht sich auf einen rigiden Nationalismus, der insbesondere von migrantisierten Gruppen fern von der „Heimat“ entwickelt wird. Diese Form des Nationalismus wird oft von der sogenannten Diaspora geprägt und kann politische, soziale sowie kulturelle Elemente umfassen, die die Verbindung zur Herkunftsidentität und zu vermeintlichen nationalen Gemeinschaften stärken. Es ist von Bedeutung, dass der Begriff des Diaspora-Nationalismus nicht auf die gesamte Gruppe der Menschen mit Türkeibezug übertragen werden kann, da eine homogene Charakterisierung nicht zutreffend wäre. Vgl. Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt/M. 2005.

ra-Nationalismus nicht ausschließlich durch die aktuellen Ergebnisse der türkischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen erklären.

Neben den AKP-nahen Strukturen, wie der Union Internationaler Demokraten und Moscheegemeinden wie DİTİB oder die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş, ist auch der Einfluss rechtsextremer türkischer Organisationen seit den 2000er Jahren stärker geworden. Mehr als 300 Vereine und Gemeinden sind bundesweit im Umfeld rechtsextremer und ultranationalistischer Dachverbände entstanden, die als Selbsthilfeorganisationen, Moscheegemeinden, Eltern- und Kulturvereine sowie Jugendorganisationen Einfluss auf das soziale Leben von Menschen mit Türkeibezug nehmen. In diesem Lager haben sich mit der Zeit rechtsextreme Dachverbände wie die Türk Federasyon, die Türkisch-Islamische Union Europa und die Europäisch-Türkische Union herausgebildet, die gegenwärtig in Deutschland etwa 18 500 Mitglieder zählen.³² Sie haben sich zum Ziel gesetzt, das „Europäische Türkentum“ politisch zu mobilisieren und ihnen extrem rechte Ideologien nahezubringen.³³ Im Sinne einer konsequenten Bekämpfung von Rechtsextremismus in Deutschland hat der Bundestag im November 2020 unter dem Motto „Nationalismus und Rassismus die Stirn bieten – Einfluss der Ülkücü-Bewegung zurückdrängen“ einem parteiübergreifenden Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt. Darin wurde eine Reihe von Maßnahmen der politischen Bildung und Aufklärung angekündigt, jedoch auch die Prüfung eines Verbots der Vereine der „Ülkücü“-Bewegung in Deutschland.³⁴

Fasst man diese Entwicklungen zusammen, wird deutlich, dass innerhalb der Migrationsgesellschaft ein Diaspora-Nationalismus herangewachsen ist. Dieses Phänomen geht auf vielfältige

auslösende Faktoren zurück und stellt somit eine Herausforderung für die politische Bildung und ihre Institutionen dar.

Zum 100. Jahrestag der Republikgründung ist es wichtig, die Komplexität des türkischen Nationalismus und seiner unterschiedlichen Formen zu begreifen und dabei einen kritischen Blick zu bewahren. Eng geknüpft an neo-osmanische und islamische Handlungsformen gewinnen nationalistische Ideen ein immer stärkeres Gewicht in der türkischen Gesellschaft. Bewertung und Umgang dieser Entwicklung erfordern weitere Analysen darüber, mit welchen Narrativen und Konstruktionen der türkische Nationalismus präsentiert wird und welchen Einfluss er auf die Gesellschaft, die Politik und die internationalen Beziehungen hat.

32 Vgl. Kemal Bozay, *Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland – die Grauen Wölfe. Antisemitisch, rassistisch und demokratiefeindlich*, Berlin 2021.

33 Vgl. ders., „Europäisches Türkentum“ als Mobilisierungsfaktor. Erscheinungsformen und Aktivitäten des türkischen Ultranationalismus in Deutschland, in: Lobna Jamal/Yaşar Aydın (Hrsg.), *„Graue Wölfe“ – Türkischer Ultranationalismus*, Bonn 2022, S. 84–106.

34 Vgl. Bundestagsdrucksache 19/24388, 17.11.2020, *Nationalismus und Rassismus die Stirn bieten – Einfluss der Ülkücü-Bewegung zurückdrängen*, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/243/1924388.pdf>.

KEMAL BOZAY

ist Professor für Sozialwissenschaften und Soziale Arbeit an der IU Internationale Hochschule in Köln und Mitglied im dortigen Zentrum für Radikalisierungsforschung und Prävention.

kemal.bozay@iu.org

Türkei – Physische Übersicht und Verkehr



DIE AUßENPOLITIK DER „NEUEN TÜRKEI“

Zwischen hegemonialem Anspruch und Anpassungsdruck

Gülistan Gürbey

Präsident Recep Tayyip Erdoğan und seine seit November 2002 regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) propagieren das „Jahrhundert der Türkei“⁰¹ und die „Neue Türkei“. Innenpolitisch wollen sie sich von der kemalistisch-säkularen „alten“ Türkei abgrenzen und das Land nach außen als neue Führungsmacht in der Region und als einen globalen Akteur definieren. Die strategische Vision für 2023, entwickelt anlässlich des bevorstehenden 100. Jahrestages der Gründung der türkischen Republik im Oktober 2023, sieht vor, dass die Türkei als eine liberale Präsidialdemokratie zu den zehn größten Volkswirtschaften der Welt aufsteigt, die Vollmitgliedschaft in der EU anstrebt und die Beziehungen zu den USA stärkt. Allerdings zeigt die aktuelle Lage das Gegenteil. Die Türkei kämpft mit einer Wirtschafts- und Währungskrise, und die Beziehungen zum Westen sind angespannt. In den vergangenen zehn Jahren hat die türkische Außenpolitik eine aggressivere und stärker militarisiertere Ausrichtung angenommen. Nach seinem Wahlsieg im Mai 2023 kündigte Erdoğan jedoch an, die Beziehungen zum Westen zu stärken, außenpolitische Spannungen zu reduzieren und die Zusammenarbeit mit regionalen Nachbarn auszubauen. Dies unterstreicht die seit 2021 erkennbare Tendenz zur Abkehr von einer konfrontativen Außenpolitik.

Im Folgenden soll ein kursorischer Überblick über die Außenpolitik der AKP-Regierung gegeben werden. Dabei sollen sowohl die strategischen Ziele und Antriebskräfte der türkischen Außenpolitik ermittelt als auch die aktive Einflussnahme in verschiedenen Regionen untersucht werden. Außerdem wird der Wandel in der Außenpolitik unter Berücksichtigung von internen und externen Faktoren skizziert.

HEGEMONIE UND STRATEGISCHE AUTONOMIE

Die konfrontative Außenpolitik der Türkei seit 2011 ist geprägt durch einen verstärkten militä-

rischen Einsatz und die Besetzung fremder Territorien. Sie resultiert aus zwei Hauptmotivationen: erstens dem Streben nach mehr strategischer Autonomie in der Außen- und Sicherheitspolitik und zweitens der Nutzung der Außenpolitik für innenpolitische Ziele und die Konsolidierung der Macht. Die Türkei unter Erdoğan will außenpolitisch selbstständiger sein und die Abhängigkeit vom Westen – also von Nato, USA und EU – verringern, aber nicht vollständig brechen. Sie möchte gemäß eigenen Prioritäten und Zielen eigenmächtig entscheiden, mit wem sie Partnerschaften oder Allianzen eingeht und welche außen- und sicherheitspolitischen Mittel sie ergreift.

Strategische Autonomie ist ein Mittel zur Stärkung der eigenen Handlungsfähigkeiten, um Außen- und Sicherheitspolitik zu gestalten und effektiv Einfluss zu nehmen. Sie ist eine Reaktion auf den Wandel der internationalen Nachkriegsordnung, der den Druck zur Anpassung außenpolitischer Strategien erhöht hat und eine stete Neubewertung der jeweiligen außen- und sicherheitspolitischen Lage und der Handlungsoptionen erfordert. Angesichts der Perzeption, dass globale Machtverschiebungen zu einem Rückzug des Westens, zur Schwächung bestehender multilateraler Institutionen und zur Entstehung neuer Machtzentren führen werden, betrachtet die Regierung Erdoğan strategische Autonomie als unverzichtbar. Denn diese ermöglicht es, flexibel auf geopolitische Herausforderungen zu reagieren und neu entstandene geopolitische Spielräume im Sinne der eigenen nationalen Interessen effektiv zu nutzen und Einflussphären auszudehnen.

Das Interesse an strategischer Autonomie ist jedoch nicht alleine das Ergebnis von äußeren Einflüssen, sondern wird auch von inneren Machtdynamiken, ideologischen Überzeugungen und strategischen Zielen geprägt. Es ist integraler Bestandteil des geostrategischen Konzepts der „strategischen Tiefe“,⁰² das vom ehemaligen türkischen Außen- und Premierminister Ahmet

Davutoğlu entwickelt wurde und das als ideologische Grundlage für die Außenpolitik der Türkei dient. Das Konzept verfolgt eine proaktive und multidimensionale Ausrichtung der türkischen Außenpolitik, basierend auf neo-osmanischen und panislamischen Ideologien.⁰³ Diese umfassen eine dezidierte Rückbesinnung auf die imperiale Größe des Osmanischen Reiches, aus der der Anspruch abgeleitet wird, den Machtradius der Türkei durch strategische Autonomie auf ehemals osmanisch beherrschte Gebiete auszudehnen, die für sie von strategischem und nationalem Interesse sind. Prioritäres Ziel ist es, die Türkei zu einer unumgehbaren Führungsmacht in den angrenzenden Regionen – inklusive Europa, Nordafrika, dem Mittelmeerraum, dem Kaukasus, Westasien und dem Nahen Osten – und zu einem globalen Akteur zu machen.⁰⁴

Auch gilt es, die Türkei als Wirtschafts- und Energiezentrum zu etablieren und als Energiedrehkreuz zu positionieren, um die strategische Dominanz in diesen Bereichen zu festigen, die Energiesicherheit durch eine Diversifizierung von Energiequellen und -routen zu erhöhen und wirtschaftliche Vorteile als Transitland zu erzielen. Die Versorgung mit Energie ist eine Achillesferse der Türkei. Angesichts eines Mangels an eigenen Energiereserven ist das Land darauf angewiesen, einen Großteil seines Energiebedarfs aus Russland, Iran und Aserbaidschan zu importieren.

01 Vgl. Präsident Erdoğan präsentierte die Vision für das „Jahrhundert der Türkei“ [Türkisch], 28. 10. 2022, www.youtube.com/watch?v=w3FnLirKw4; Präsidentsamt der Republik Türkei, 2023, unsere neue Vision ist der Beginn des Jahrhunderts der Türkei [Türkisch], 18. 1. 2023, www.tccb.gov.tr/haberler/410/142559-2023-yeni-vizyonumuz-turkiye-yuzyili-nin-baslangicidir-; siehe auch die offizielle Projektseite „Jahrhundert der Türkei“ unter <https://turkiyeyuzyili.com>.

02 Vgl. Ahmet Davutoğlu, *Strategische Tiefe. Die internationale Position der Türkei* [Türkisch], Istanbul 2007.

03 Die ideologischen Hauptströmungen Panislamismus, Neo-Osmanismus und Panturkismus können je nach innerer Akteurskonstellation und äußerer Rahmenbedingungen als ideologische Faktoren die türkische Außen- und Sicherheitspolitik beeinflussen. Panislamische und neo-osmanische Triebkräfte traten nach dem Kalten Krieg stärker hervor. Der Politikwissenschaftler Behlül Özkan bezeichnet Davutoğlu als Panislamisten und seine Außenpolitik als panislamistisch im Sinne einer expansionistischen Außenpolitik, die auf einer islamistischen Ideologie basiert und die Dominanz der Türkei im Nahen Osten, dem Balkan und im Kaukasus beansprucht, um neuen „Lebensraum“ zu schaffen. Vgl. Behlül Özkan, *Turkey, Davutoglu and the Idea of Pan-Islamism*, in: *Survival* 4/2014, S. 119–140.

04 Vgl. Gülistan Gürbey, *Türkische Außenpolitik unter der AKP-Regierung*, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 2/2010, S. 16–27.

Unter Präsident Erdoğan sind der Anspruch, die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Gestaltung der internationalen Politik deutlich gewachsen. Dies äußert sich in einem verstärkten Interesse an internationaler Präsenz, einer offensiveren Einflussnahme in internationalen Fragen, den Bestrebungen nach regionaler und globaler Macht, in der Auswahl außenpolitischer Mittel sowie im politischen Stil. Der ideologische Mix aus (Hyper-)Nationalismus, (Pan-)Islamismus und Neo-Osmanismus spiegelt sich in der Zusammensetzung des Regierungsblocks wider, der islamistische und ultranationalistische Kräfte vereint. Diese Regierungskonstellation ist eine treibende Kraft hinter den Großmachtambitionen der Türkei, sei es als Führungsmacht in der islamischen Welt oder unter den turksprachigen Völkern und Staaten. Die Rückbesinnung auf die imperiale Größe des Osmanischen Reiches enthält zugleich eine antiwestliche Komponente und äußert sich in der Vorstellung, dass externe Mächte, einschließlich des Westens, die Einheit der Türkei untergraben wollen und daher die nationale und territoriale Einheit des Landes in Gefahr sei. Dieses Narrativ speist sich aus der historischen Erfahrung des Zerfalls des Osmanischen Reiches und verursacht eine ambivalente Haltung gegenüber dem Westen. Erdoğan, aber auch Regierungsmitglieder bedienen sich dieses Narratives, um außenpolitisches Handeln zu legitimieren und innenpolitische Unterstützung zu generieren. Diesem Zweck dient auch Erdoğan's Rhetorik, die hypernationalistisch, sunnitisch-islamistisch, neo-osmanisch, aber auch antikurdisch unterfüttert ist.

POLITIKMIX UND FLUIDE ALLIANZEN

Die Türkei verfolgt unter Erdoğan eine äußerst flexible Strategie zur Erreichung ihrer strategischen Ziele. Eckpfeiler sind eine Mischung aus einer fluiden Allianzenpolitik sowie politische und militärische Mittel, einschließlich einer wachsenden Bereitschaft zur militärischen Gewaltanwendung. Je nach Bedarf und Interessenlage sucht sie Allianzen mit verschiedenen Akteuren, wobei die Beziehungen zur EU und den Nato-Verbündeten zwischenzeitlich als zweitrangig betrachtet werden. Diese flexible Strategie ermöglicht es, die eigene Manövrierfähigkeit zu erweitern und die eigene Handlungsfähigkeit zu stärken.

In den vergangenen 20 Jahren wurden die Grundlagen für aktive Einflussnahme und eine ei-

genständigere Außenpolitik institutionell gestärkt, insbesondere durch eine stark personalisierte Außen- und Sicherheitspolitik, die Aufwertung des türkischen Geheimdienstes und den Ausbau der Militärtechnik und der Rüstungsindustrie. Mit dem Übergang zum Präsidialsystem 2018 ist die Außen- und Sicherheitspolitik endgültig zur Domäne Erdoğan geworden, da sie nun primär von seinen Direktiven abhängig ist. Zudem ist die Loyalität zum Präsidenten zu einem entscheidenden Kriterium für die Rekrutierung von Personal geworden. Unter Hakan Fidan, einem engen Vertrauten Erdoğan und dem neuen Außenminister, wurden die operationellen Fähigkeiten und Kapazitäten des türkischen Geheimdienstes erheblich gestärkt. Dieser spielt eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung strategischer Ziele und hat sich als operativer Wegbereiter in verschiedenen Konflikten erwiesen, darunter in Syrien, Libyen und Irakisch-Kurdistan. Diese geheimdienstlichen Einsätze trugen maßgeblich dazu bei, die Ausgangs- und Verhandlungsposition der Türkei erheblich zu stärken und eigene Interessen umzusetzen. In seiner Position als Geheimdienstchef spielte Fidan eine oft unsichtbare, aber äußerst einflussreiche Rolle bei den globalen Aktivitäten und strategischen Manövern der Türkei. Seine Ernennung zum Außenminister betont die enge Verknüpfung zwischen Geheimdiensttätigkeiten und politischer Führung und markiert einen bedeutenden Schritt in der türkischen Außenpolitik. Fidans umfangreiche Erfahrung in verschiedenen Bereichen verschafft der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik einen Wettbewerbsvorteil. Gleichzeitig stellt seine Ernennung jedoch eine Herausforderung für westliche Partner dar, da sie auch die Dynamik der türkischen Außenpolitik verändert.

In der Rüstungspolitik setzt die Regierung auf den permanenten und raschen Ausbau der Militärtechnologie und der Rüstungsindustrie, um die Entwicklung eigener Waffensysteme – Raketen, Panzer – und sogar eines eigenen Raumfahrtprogramms voranzutreiben. Auch sollen die operativen Fähigkeiten und Kapazitäten der Luft-, Land- und Seestreitkräfte gezielt gestärkt und die rüstungspolitische Abhängigkeit vom Westen reduziert werden.⁰⁵ Besonders in der Drohentechnologie erzielte die Türkei einen Durch-

bruch und erreichte Weltniveau.⁰⁶ So werden türkische Drohnen auf vielen Kriegsschauplätzen erfolgreich eingesetzt, erprobt und kontinuierlich weiterentwickelt, unter anderem in Syrien oder Libyen, bei Erkundungen im Streit um umstrittene Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer, aber auch in der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak gegen die militante Arbeiterpartei Kurdistan (Partiya Karkerên Kurdistanê, PKK). Zusätzlich steigerte die Türkei ihre militärstrategischen Kapazitäten und Fähigkeiten durch den Ausbau von mehr als zehn Militärstützpunkten in verschiedenen Teilen der Welt, darunter in Albanien, Aserbaidschan, der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak, Bosnien-Herzegowina, Katar, Kosovo, Mali, Nordzypern, Somalia und Sudan.

REGIONALE EINFLUSSNAHME UND ZIELKONFLIKTE

Unter Präsident Erdoğan dehnte sich der regionale Einflussbereich der Türkei erheblich aus. Die Regierung knüpfte an die proaktive und multidimensionale Außenpolitik an, die nach dem Ende des Kalten Krieges in der Amtszeit von Turgut Özal als Staatspräsident (1989–1993) begonnen hatte. Bis zum sogenannten Arabischen Frühling, den Protesten, die 2011 in der arabischen Welt gegen die dortigen autoritären Regime ausbrachen, nutzte die AKP-Regierung politische, wirtschaftliche, diplomatische und kulturelle Mittel als Soft Power, um ihren Einfluss im Nahen Osten, auf dem Balkan, im Kaukasus und in Afrika auszubauen. Geleitet vom Prinzip der sogenannten „Null-Problem-Politik“⁰⁷ mit den Nachbarn sollte die Türkei durch eine konstruktive Politik in der Region und weltweit an Respekt gewinnen und daraus ihren internationalen Einfluss ziehen. So investierte

06 Baykar Defense, geführt von Selçuk Bayraktar, dem Schwiegersohn von Staatspräsident Erdoğan, ist der wichtigste türkische Hersteller von Drohnen, die unter anderem an die Ukraine und Katar geliefert werden. Vgl. <https://baykardefense.com>; Hay Eytan Cohen Yanarocak/Joel D. Parker, Turkey's Giant Leap: Unmanned Aerial Vehicles, in: *Turkeyscope* 6/2020, S. 1–10, <https://dayan.org/file-download/download/public/17099>.

07 Die „Null-Problem-Politik“ ist ein Prinzip des breiteren Konzepts der strategischen Tiefe und geht auf Ahmet Davutoğlu zurück. In seiner Rolle als außenpolitischer Berater, Außenminister und Premierminister von 2002 bis 2016 prägte er die Politik der „Null-Probleme“ mit Nachbarn und deren Umsetzung. Vgl. Davutoğlu (Anm. 2).

05 Vgl. Präsidialamt der Republik Türkei, Kommunikationsabteilung, Tweet vom 31.8.2020, <https://twitter.com/iletisim/status/1300378372112101378/photo/1>.

die Regierung in die Verbesserung ihrer historisch angespannten Beziehungen zu Irak, Iran, Russland und Syrien und startete Initiativen zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Armenien – die letztlich jedoch gescheitert sind. Sie agierte auch als Vermittlerin in verschiedenen Konflikten, darunter im Gaza-Krieg von 2008/09. Besonderes Augenmerk richtete die Regierung auf die Neuausrichtung ihrer Beziehungen zu Syrien, das zuvor als „Feind“ betrachtet wurde. Dies geschah vor allem in den Jahren 2003 bis 2009 durch militärische und wirtschaftliche Abkommen; 2004 wurde Visafreiheit eingeführt und 2009 eine Freihandelszone geschaffen. Syrien diente als wichtiges Tor zu den lukrativen Märkten Ägyptens, Jordaniens und der Golfstaaten. Diese Annäherung half auch dabei, die strategische Rivalität mit dem Iran einzudämmen und dessen Unterstützung für die kurdische PKK zu unterbinden, wodurch die Türkei ihre Kontrolle über die regionale Dimension der Kurdenfrage behielt. Die Bekämpfung der PKK, die Eindämmung kurdischer Selbstbestrebungen und die Verhinderung der Entstehung eines kurdischen Staates beziehungsweise kurdischer Autonomie sind traditionell wichtige Ziele der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik, die bis heute durch Kontinuität unter Einsatz von militärischer Gewalt gekennzeichnet sind.

Vor allem in Afrika, auf dem Balkan und in Zentralasien wurde die Türkei unter Erdoğan zu einem bedeutenden Akteur. Nach ihrer Machtübernahme 2002 weitete die Regierung im Laufe der Jahre ihr diplomatisches Netzwerk aus und erhöhte die Zahl der Flugverbindungen. Sie verfolgte eine umfassende Agenda, die von wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Handel, Investitionen und Entwicklungshilfe über Gesundheitsdienste, Bildung, kulturelle Zusammenarbeit, religiöse und zivilgesellschaftliche Aktivitäten bis hin zu Rüstungs- und Militärkooperation reichte.⁰⁸ Die einstige Verbündete, die islamisch-nationalistische Fethullah-Gülen-Bewegung⁰⁹ un-

terstützte dabei die Regierung bis 2012 in diesen Regionen aktiv durch ihre vielfältigen Netzwerke. Mit dieser vielschichtigen Regionalpolitik bediente die Regierung die ökonomischen Interessen islamisch-konservativer Unternehmer in der Türkei – die sogenannten „Anatolischen Tiger“ –, diversifizierte ihre wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen und präsentierte sich als regionaler wie globaler Akteur. Ab Mitte der 2000er Jahre baute die Regierung ihre Beziehungen zu den turksprachigen Staaten in Zentralasien, darunter Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan, insbesondere in den Bereichen Handel, Energie und Sicherheit aktiv aus. Strategisches Ziel ist es, eine türkische Einflusssphäre von der Adria bis nach China zu schaffen und die Gemeinschaft der Turkvölker unter türkischer Führung als Machtfaktor in Eurasien zu etablieren. Infolge dieser Kooperationen entstand 2009 der sogenannte Türkische Rat, der 2021 in Organisation der Turkstaaten umbenannt wurde. Mitglieder sind neben der Türkei Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan, während Ungarn und Turkmenistan den Status als Beobachter haben.

Die auf Soft Power setzende Außenpolitik der Regierung Erdoğan verlagerte sich im Zuge des Arabischen Frühlings 2011 und parallel zur innenpolitischen Autokratisierung immer mehr in Richtung einer aggressiven und konfrontativen Politik unter Einsatz von Hard Power. Die regionalen Entwicklungen – wie der Krieg in Syrien und der Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) – sowie die angesprochenen, ideologisch geleiteten neo-osmanisch-hegemonialen Machtprojektionen beförderten diesen Trend. Dies schlug sich auch in flexiblen Allianzen, insbesondere mit Russland, nieder, um einerseits konkrete geopolitische, wirtschaftliche, sicherheits- und energiepolitische Interessen verfolgen, andererseits aber auch darüber hinausreichende hegemoniale Machtambitionen durchsetzen zu können. So wurden nicht nur der Irak und Syrien, sondern auch Libyen, das östliche Mittelmeer und der aserbaidshanisch-armenische Konflikt in Bergkarabach Schauplätze, auf denen die Türkei ihre Interessen mit militärischen Mitteln durchzusetzen suchte.

Im Syrien-Konflikt verfolgten Erdoğan und seine Regierung eine pro-islamisch-sunnitische und antikurdische Politik, um die regionale Vormachtstellung der Türkei zu stärken und mit den

⁰⁸ Vgl. Hüracan Aslı Aksoy/Salim Çevik/Nebahat Tanrıverdi Yaşar, *Visualizing Turkey's Activism in Africa*, 3.6.2022, www.cats-network.eu/topics/visualizing-turkeys-activism-in-africa.

⁰⁹ Die Fethullah-Gülen-Bewegung war einst eine bedeutende Verbündete von Erdoğan und seiner AKP-Regierung. Zu Beginn arbeiteten die Regierung und die Gülen-Bewegung eng zusammen. Ab 2012 nahmen jedoch machtpolitische Rivalitäten zu. Im Juli 2016 beschuldigte die Regierung die Gülen-Bewegung des gescheiterten Putschversuchs und seitdem wird sie als Terrororganisation (Fethullahçı Terör Örgütü, FETÖ) verfolgt.

Folgen des Krieges umzugehen. Neben der Bewältigung der Flucht von rund vier Millionen Menschen in die Türkei war und ist es ein ausdrückliches Ziel, die Entstehung einer kurdischen Autonomie oder eines kurdischen Staates zu verhindern und entlang der türkisch-syrischen Grenze eine „kurdenfreie“ Sicherheitszone zu etablieren. In diesem Kontext bekämpft das türkische Militär dort auch die syrisch-kurdische Partei der Demokratischen Union (Partiya Yekîtiya Demokrat, PYD), die als Ableger der PKK in Syrien gilt, sowie deren bewaffneten Arm, die Volksverteidigungseinheiten (Yekîneyên Parastina Gel, YPG), und das von ihnen kontrollierte Selbstverwaltungsgebiet „Rojava“ (Kurdisch: Westkurdistan). Die USA unterstützen hingegen die YPG militärisch im Kampf gegen den IS, was ein Dorn im Auge Ankaras ist. Angesichts des russischen Eintritts in den Syrien-Krieg im September 2015 suchte Erdoğan schnell die Zusammenarbeit mit Russland und dem Iran, um seinen Handlungsspielraum im Konflikt zu erweitern und gleichzeitig Druck auf die USA auszuüben, damit diese ihre Unterstützung für die kurdische YPG beenden. Das türkische Militär marschierte gemeinsam mit ihren radikal-islamistischen und ultranationalistischen Milizen, der sogenannten Syrisch-Nationalen Armee, mehrmals völkerrechtswidrig in die kurdischen Gebiete in Nordsyrien ein und besetzte weite Gebiete, die seither als De-facto-Protectorate unter türkischer Hoheit und Verwaltung stehen und von ihren Söldnertruppen kontrolliert werden, etwa in der mehrheitlich kurdisch besiedelten Region Afrin, die infolge des völkerrechtswidrigen militärischen Einmarsches im März 2018 eingenommen wurde.¹⁰ Nicht zuletzt führte die energie- und rüstungspolitische Kooperation mit Russland, insbesondere der Kauf der russischen S-400 Raketensysteme im September 2017, zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Türkei und den USA.

Im Konflikt mit Griechenland und Zypern über die Ausbeutung von Erdgasfeldern und die Festlegung maritimer Interessensgebiete im öst-

lichen Mittelmeer setzte die türkische Regierung seit der Entdeckung größerer Erdgasvorkommen Ende der 2000er Jahre auf eine Strategie der Eskalation, um den Einflussbereich der Türkei gemäß ihrer Militärdoktrin „Blaues Heimatland“ („Mavi Vatan“)¹¹ als führende Seemacht im Schwarzen Meer, der Ägäis und im Mittelmeer auszudehnen. Diese Doktrin legt ebenfalls fest, dass die Türkei ihre nationalen Interessen in einer erweiterten Einflusszone einschließlich des Horns von Afrika und des Persischen Golfs, auch unter Einsatz militärischer Mittel, verfolgt. Die EU sah die Erdgasbohrungen in den umstrittenen Meeresgebieten, begleitet von Kriegsschiffen und die damit einhergehende Eskalation, wie zum Beispiel im Mai 2020, als eine militärische Provokation und reagierte mit Teilsanktionen, darunter Kürzungen von EU-Finanzmitteln und Sanktionen gegen Personen und Unternehmen, die an den Bohrungen beteiligt waren. Daraufhin drohte die Türkei, die Zusammenarbeit mit der EU in der Flüchtlingsfrage zu beenden, die seit der Flüchtlingsvereinbarung vom März 2016 besteht. Im März 2020 öffnete die Türkei für Flüchtlinge vorübergehend ihre Grenze zu Griechenland, was Griechenland und die EU unter erheblichen Druck setzte.

In Libyen unterstützten Erdoğan und seine Regierung das international anerkannte Regime mit Waffenlieferungen und der Entsendung von pro-türkischen Söldnergruppen aus Syrien.¹² Im November 2019 wurde ein umstrittenes bilaterales See- und Militärabkommen zwischen der Türkei und Libyen geschlossen.¹³ Dieses Abkommen, das von Griechenland, Zypern, Ägypten und der EU als völkerrechtswidrig angesehen wird, war eine Reaktion auf die Gründung des East Mediterranean Gas Forums durch Ägypten, Griechenland, Israel und Zypern im Januar 2019. Das bilaterale Abkommen sichert Libyen militärische Unterstützung zu

¹⁰ Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Völkerrechtliche Aspekte der türkischen Militäroperation „Friedensquelle“ in Nordsyrien, 116/2019, www.bundestag.de/resource/blob/663322/fd65511209aad5c6a6eae95eb779fcb/WD-2-116-19-pdf-data.pdf.

¹¹ Vgl. Cihat Yaycı, Ergebnisse und Wirkungen des AWZ-Abkommens zwischen der Türkei und Libyen [Türkisch], in: Kriterienjournal [Türkisch] 1/2020, S. 34–37.

¹² Vgl. Tomas Avenarius, Die Türkei ist auf dem Vormarsch in Libyen, 6.7.2020, www.sueddeutsche.de/1.4958431.

¹³ Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Seevölkerrechtliche Bewertung der türkisch-libyschen Vereinbarung über die Abgrenzung ihrer maritimen Interessenssphären im östlichen Mittelmeer, 143/19, www.bundestag.de/resource/blob/678992/e6247b1311a73d6058a5d50ea7eb2682/WD-2-143-19-pdf-data.pdf.

und legt gleichzeitig eine gemeinsame exklusive Wirtschaftszone beider Staaten fest, die sich von der Türkei bis Nordafrika erstreckt. Auf diese Weise konnte Ankara einen erheblichen Teil des östlichen Mittelmeeres für sich beanspruchen, in dem reiche Erdgasvorkommen vermutet werden. Innerhalb dieses Seegebiets liegen aber auch griechische Inseln wie Karpathos, Kasos, Kreta und Rhodos.

Im Bergkarabach-Konflikt leistete die türkische Regierung ihrem „Bruderstaat“ Aserbaidschan im Herbst 2020 militärische Unterstützung, unter anderem mit Drohnen und Söldnern. Aserbaidschan ist traditionell ein enger Verbündeter und wichtiger Erdöl- und Erdgaslieferant. Mithilfe der türkischen Unterstützung eroberte Aserbaidschan Bergkarabach zurück. Dieser Sieg schuf die Grundlage für die Verwirklichung des sogenannten Zangezur-Korridors.¹⁴ Diese Route verbindet die Türkei mit Aserbaidschan über armenisches Territorium und eröffnet die Möglichkeit, in Richtung Zentralasien und China zu expandieren. Sie verschafft der Türkei Zugang zu den Energieressourcen in der Kaspischen Region und ermöglicht es ihr, Europa direkt und ohne Umweg über Russland und Iran mit Energie zu versorgen.

Die Folgen der militärischen Eskalationsstrategie und der neo-osmanischen Machtprojektionen sind zwiespältig. Einerseits konnte die türkische Regierung erheblichen Einfluss in der Region gewinnen und sich strategische Vorteile verschaffen. Andererseits führte diese Politik zu einer wachsenden Isolation der Türkei unter ihren unmittelbaren Nachbarn und westlichen Partnern. Mit sämtlichen Anrainerstaaten, darunter Ägypten, Griechenland, Israel, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabische Emirate, geriet die Regierung zunehmend in Konflikt, und der Westen wurde sogar mehr und mehr zum Feindbild und Hindernis auf dem Weg zur aufstrebenden Regionalmacht.

Die gegenwärtig anhaltende Wirtschaftskrise und die Entwicklungen im regionalen Machtgefüge machten schließlich jedoch einen Kurswechsel erforderlich. Seit 2021 ist die Regierung bemüht, die belasteten Beziehungen zu ihren Nachbarländern wieder zu verbessern, um die

Türkei in der sich neu ordnenden Region nicht weiter zu isolieren, insbesondere vor dem Hintergrund der seit 2020 gestärkten Allianzen zwischen Israel und den Golfstaaten. Gleichzeitig sucht die Türkei potenzielle Investoren aus Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten, um die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen. Die Annäherung an das syrische Regime erfolgte auch vor dem Hintergrund einer wachsenden Bereitschaft in der Region, diplomatische Beziehungen mit dem wieder gestärkten Assad-Regime aufzunehmen, wie es beispielsweise 2021 die Vereinigten Arabischen Emirate und im Mai 2023 die Arabische Liga getan hatten.

Nicht zuletzt konnte sich Präsident Erdoğan im Kontext des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine seit Februar 2022 als starker Anführer auf der internationalen Bühne inszenieren. Er positionierte sich als unverzichtbarer Vermittler und trug gemeinsam mit den Vereinten Nationen erfolgreich zur Vermittlung des Getreideabkommens zwischen Russland und der Ukraine bei. Zugleich nutzte Erdoğan seine Vermittlerposition innerhalb der Nato als Druckmittel, indem er bis März 2023 den Beitritt Finnlands und bis Juli 2023 den Beitritt Schwedens blockierte. Ziel war es, kurdenpolitische und rüstungspolitische Zugeständnisse zu erzwingen, auch hinsichtlich der Lieferung von F-16-Kampffjets der USA an die Türkei. Auch wenn die westlichen Bündnispartner diese Vermittlerrolle unterstützen, sind die zentralen Probleme in den Beziehungen, die insbesondere durch den Kauf russischer S-400 Raketensysteme und die türkische Nichtbeteiligung an den Sanktionen gegen Russland entstanden sind, nicht überwunden.

AUSBLICK

Ob der aktuelle außenpolitische Kurs, der auf eine Neujustierung der konfrontativen Strategie in der Region und im Verhältnis zum Westen abzielt, vorübergehend ist oder nachhaltig sein wird, bleibt vorerst abzuwarten. Fakt ist jedoch, dass dieser Kurs auf den doppelten Anpassungsdruck zurückzuführen ist, der sowohl von regionalen als auch von inneren, insbesondere wirtschaftlichen Zwängen ausgeht. Die prekäre wirtschaftliche Lage ist eine Schwachstelle der Türkei und erfordert eine Verbesserung der an-

¹⁴ Vgl. Umut Shokri, Why Iran Opposes Azerbaijan's Zangezur Corridor Project, 28.9.2022, <https://gulfif.org/why-iran-opposes-azerbaijans-zangezur-corridor-project>.

gespannten Beziehungen, insbesondere zu westlichen Partnern. Allerdings bedeutet dies nicht zwangsläufig eine Abkehr von der bisherigen außenpolitischen Autonomie und den flexiblen Bündnissen, insbesondere jenem mit Russland. In einer instabilen multipolaren Weltordnung werden nach wie vor eigene strategische Interessen, geopolitische Positionierungen und Machtprojektionen das außenpolitische Handeln prägen, was zwangsläufig geopolitische Spannungen und außenpolitische Zielkonflikte mit sich bringen wird. Trotz der geostrategischen Bedeutung der Türkei als Schlüsselakteur in der von den USA angeführten Strategie zur Eindämmung von Russland und China sowie zur Verhinderung eines Bündnisses zwischen Russland, China und Iran dürften die Beziehungen zum Westen weiterhin kompliziert bleiben. Gleichzeitig eröffnet diese Strategie der Türkei Handlungsspielräume

und stärkt ihre geopolitische Position. Präsident Erdoğan und seine Regierung werden weiterhin bestrebt sein, diese Spielräume maximal und autonom auszuschöpfen und gleichzeitig Spannungen mit dem Westen in einem kontrollierten Rahmen zu halten, um eine vollständige Entfremdung zu vermeiden.

GÜLISTAN GÜRBEY

ist habilitierte Politikwissenschaftlerin und Privatdozentin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Friedens- und Konfliktforschung, Autoritarismus, Defekte Demokratien, De-facto-Staaten und Internationaler Minderheitenschutz mit regionalem Fokus auf Nahost, die Türkei, Zypern und Kurdistan.
guerbey@zedat.fu-berlin.de

Zum Weiterlesen.



Die moderne Türkei feiert 100-jähriges Bestehen!

Alles Wissenswerte zur Türkei – knapp, klar, kompakt. Pünktlich zum Jubiläum erscheint Mitte Oktober 2023 das neue Heft der IzpB mit einem 8-seitigen Kartenbeihänger.

Mehr erfahren unter www.bpb.de/izpb



VERFASSUNGSPOLITIK „TÜRKISCHER ART“

Verfassungsänderungen als Mittel des Machtgewinns und Machterhalts in der Türkei

Günter Seufert

Wer gehofft hatte, die Türkei würde nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Mai 2023 innenpolitisch in ruhigeres Fahrwasser gleiten, hat sich getäuscht. Zwar ist mit dem Sieg von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan, seiner Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) und ihres Bündnisses mit kleineren nationalistischen und islamistischen Parteien die Machtfrage wohl längerfristig geklärt. Denn das Bündnis der Opposition ist zerfallen und die Hauptoppositionspartei von einem gnadenlosen Richtungs- und Führungskampf gebeutelt. Trotzdem bläst die Regierungsfrente weiter zur Attacke.

Ihr Angriff ist auf zwei Ziele gerichtet: Kurzfristig möchte Erdoğan bei den für März 2024 angesetzten Kommunalwahlen die Rathäuser von Istanbul und Ankara sowie von Antalya, Adana und Mersin zurückerobern, die seine Partei bei den vorhergehenden Lokalwahlen 2019 verloren hat. Gegenwärtig werden fünf der sechs größten Städte der Türkei, ihre wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zentren, von Widersachern Erdoğan regiert. Dem soll ein Ende gesetzt werden. Trotzdem bläst die Regierungsfrente weiter zur Attacke.

Das zweite Ziel der Regierung ist längerfristig angelegt und von grundsätzlicher Art. Zum hundertsten Jahrestag der Republik am 29. Oktober 2023 will Erdoğan den institutionellen und politischen Umbau des Staates abschließen, den er – nach dem fehlgeschlagenen Putschversuch 2016⁰¹ – mit der vollständigen Entmachtung des Militärs und 2018 mit der Einführung eines Präsidialsystems „türkischer Art“ begonnen hat.⁰²

Staatsgründer Kemal Atatürk hatte 1923 die Republik als strikt säkularen Staat organisiert. Atatürks Republik wurde von einer nach Europa ausgerichteten Elite regiert, die der frommen

Mehrheit der Bevölkerung politisch, wirtschaftlich und kulturell sehr enge Grenzen setzte. Der heutige türkische Präsident will den Staat so umformen, dass dessen Gesetze und Institutionen die Weltsicht, die Sittlichkeit und die Moral, kurz die Identität des islamisch-konservativen Teils der Bevölkerung widerspiegeln.

Formal soll dieses Ziel durch eine neue Verfassung erreicht werden. Um die dafür notwendige politische Dynamik herzustellen, hetzt die Regierung den frommen Teil der Gesellschaft gegen den säkularen auf und lässt es gleichzeitig zu, dass militante konservative Gruppen den säkularen Teil der Bevölkerung einschüchtern.

HOMOPHOBIE ALS INSTRUMENT

Ein Anzeichen dafür, wie weit dieser Prozess fortgeschritten ist, ist die Lage der LGBTI+ Community. Im Juni 2013 konnten in Istanbul noch fast 100 000 Menschen unbehelligt an der jährlichen Pride-Parade teilnehmen. Im Juni 2023 dagegen war der zentrale Taksim-Platz zur Verhinderung der Pride weiträumig abgesperrt, bewacht von Tausenden Polizisten, darunter Abteilungen der Anti-Terror-Einheit, bestückt mit halbautomatischen Gewehren.

In den vorangegangenen Monaten hatte der Präsident im Wahlkampf Homosexuelle und Transpersonen als zentrale Bedrohung für Nation und Staat gebrandmarkt und sie immer wieder in einem Atemzug mit der Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkerên Kurdistanê, PKK) und der Organisation des im US-Exil lebenden Predigers Fethullah Gülen genannt, die in der Türkei unter der Bezeichnung „FETÖ“ auf der Terrorliste steht.⁰³ Bereits im Jahr davor war für Erdoğan's damaligen Innenminister Süleyman Soylu die

„Finanzierung der LGBTI+ Bewegung durch westliche Staaten“ ein noch gefährlicherer Vorstoß zur Schwächung und Zerstörung der Türkei als die von Soyly behauptete Unterstützung des Westens für die PKK und „FETÖ“. ⁰⁴ In der heißen Phase des Wahlkampfes übernahm Erdoğan diese Rhetorik und behauptete nun ebenfalls, die Bewegung sei ein weiteres Instrument globaler westlicher Unterminierung. Sie sei Gift für die Institution der Familie, die die Grundlage von Staat und Nation darstelle. Nur das Regierungslager schütze die türkische Familie. Alle anderen Parteien betrieben die Propaganda der Homosexuellen, weshalb die Wähler sich zwischen dem Schutz der Familie und der Parteinahme für „die Perversen“ entscheiden müssten. ⁰⁵

Wie das Vorgehen gegen die Pride-Parade zeigt, ist die Kampagne gegen die LGBTI+ Community längerfristig angelegt und war nicht nur ein Mittel, um die Wahlen zu gewinnen. So nahm die Polizei in der ersten Juniwoche in Istanbul-Kadıköy vorübergehend Zuschauer des britischen Films „Pride“ von 2014 fest, der Solidaritätsaktionen von Homosexuellen mit streikenden Minenarbeitern zeigt. In diesem Zusammenhang stellte der Gouverneur Istanbuls, Davut Gül, auf Twitter klar, dass künftig keinerlei Aktivitäten mehr geduldet würden, die die Institution der Familie bedrohten. ⁰⁶

Aggressivem Vorgehen islamistisch-nationalistischer Kreise begegnen die Behörden dagegen mit Unbekümmtheit, wenn nicht gar mit

Wohllöben. So konnte am 17. Juni 2023 in Izmir eine Gruppe von islamistischen und nationalistischen Aktivisten Homosexuelle und Transpersonen bedrohen, die sich im Garten der örtlichen Rechtsanwaltskammer versammelt hatten. ⁰⁷ Am 9. Juli versuchte in Istanbul-Fatih eine Gruppe agitierter Männer und Frauen, eine Ausstellung der Istanbuler Stadtverwaltung zu stürmen. Die Ausstellung, die die einhundertjährige Entwicklung der türkischen Kunst seit der Staatsgründung thematisierte, fördere Perversität und vertrage sich nicht mit der moralischen Textur der nationalen türkischen Kultur, so die Demonstranten. ⁰⁸ Tags darauf verteidigte der Fraktionssprecher der AKP im Istanbuler Stadtrat die Aktion. Die Ausstellung „störe das Empfinden des durchschnittlichen Türken und seiner Familie“. ⁰⁹ Mit ihr „werde Politik gemacht“, und sie „vertiefe die gesellschaftlichen Bruchlinien“. Sie sei nicht nur für den betreffenden Stadtteil untragbar, in dem eine besonders religiöse Atmosphäre herrsche. Vielmehr bilde Istanbul „mit all seinen materiellen und geistigen Schätzen eine Einheit, und wir [die Regierungspartei] sind im Namen unserer Nation entschlossen, diese Einheit zu schützen“. Das bedeutet, dass die Regierung das Monopol auf legale politische Betätigung beansprucht. Sie bestimmt, was den Türken Sitte und Moral sind, und ein besonderer kultureller Charakter Istanbuls gibt ihr das Recht, ihre Vorstellung von Sitte und Moral für die ganze Stadt – und wohl auch für das Land – verpflichtend zu machen.

Die übersteigerte Empörung über die LGBTI+ Community ist freilich nur ein Mittel dafür, eine Hegemonie konservativer Moral zu errichten, dadurch die Spielräume von Andersdenkenden einzuschränken und so die politische Herrschaft des Regierungslagers langfristig zu sichern.

Ein weiterer Schauplatz der Auseinandersetzungen sind Konzerte und Festivals, besonders die Auftritte von Frauen. Seit die Sängerin Melek Mosso einen ihr zugesprochenen Preis als

01 Vgl. Günter Seufert, Anatomie eines Putsches, 11.8.2016, <https://monde-diplomatique.de/artikel/15313962>.

02 Vgl. Erdinç Celikkan, Ein Verfassungsmodell türkischer Art [Türkisch], 29.1.2016, www.hurriyet.com.tr/gundem/turk-tipi-anayasa-modeli-millet-hazir-40046600.

03 Die PKK ist auch in den USA und der EU als Terrororganisation eingestuft. Neben der Türkei betrachtet auch das mit Ankara verbündete Aserbaidschan „FETÖ“ als Terrororganisation. Ihr wird die zentrale Rolle im fehlgeschlagenen Putschversuch von 2016 zugesprochen.

04 Vgl. Für Soyly sind die LGBTI+ gefährlicher als Terrororganisationen und Drogenhändler [Türkisch], 21.1.2022, <https://te1.com.tr/soyly-lgbtleri-teror-ve-uyusturucu-orgutlenden-bile-tehlikeli-buldu-549931>.

05 Vgl. In 11 Tagen schießt sich Erdoğan [bei Reden] in 14 Städten und zwei Fernsehübertragungen 14 Mal auf die LGBTI+ Community ein [Türkisch], 13.5.2023, www.gazeteduvar.com.tr/erdogan-11-gun-icinde-14-sehir-ve-2-yayinda-lgbtli-hedef-gosterdi-haber-1618095.

06 Vgl. Auch in Zukunft Verbote, so das Signal des neuen Istanbuler Gouverneurs [Türkisch], 16.6.2023, www.diken.com.tr/lgbti-etkinlikleri-yeni-istanbul-valisinden-yasaklar-surecek-sinyali.

07 Vgl. Versuchter Angriff auf das Pride-Frühstück der Rechtsanwaltskammer Izmir [Türkisch], 17.6.2023, www.gazeteduvar.com.tr/izmir-barosunun-onur-kahvaltisi-etkinligine-saldiri-girisimi-haber-1624223.

08 Vgl. entsprechende Videoaufnahmen auf YouTube, 9.7.2023, www.youtube.com/watch?v=SY69PXOIawM.

09 Diese und die folgenden Zitate nach: Die Fes-Fabrik soll heilig sein [Türkisch], 10.7.2023, www.diken.com.tr/feshane-kut-salmis-akp-ibbye-yargi-sopasini-gosterdi.

len Frauen widmete, die „in dieser Gesellschaft seit Jahrhunderten aufgrund ihres Frauseins (...) verurteilt, herumgestoßen und marginalisiert worden sind“,¹⁰ wurden nahezu alle ihre öffentlichen Auftritte verboten. Wegen einer missinterpretierten Textstelle in einem ihrer Lieder drohte Erdoğan der türkischen Pop-Ikone Sezen Aksu bereits 2022 damit, ihr die „Zunge auszureißen“,¹¹ und die Sängerin Gülşen wurde wegen einer lockeren Bemerkung über religiöse Schulen zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt.

Ausgelöst durch Beschwerden konservativer Gruppen wurden seit dem Frühjahr 2022 eine ganze Reihe von Festivals und Freiluftkonzerten von AKP-Stadtverwaltungen oder Provinzgouverneuren der Zentralregierung verboten. Am 7. Juli 2021 schließlich forderte im westanatolischen Balıkesir eine „Zivilgesellschaftliche Plattform“, der unter anderem der konservative Unternehmerverein MÜSIAD angehört, ein generelles Verbot von Festivals und Popkonzerten in der bisherigen Form. Die Veranstaltungen verleiteten die Jugend dazu, „unsittliche und von der Religion verbotene Beziehungen“ zu knüpfen, weshalb die Zuschauer nach Geschlecht getrennt werden müssten.¹²

Für die Regierungspartei eskalierte der neu ernannte Minister für Bildung und Erziehung, Yusuf Tekin, den Streit, indem er forderte, reine Mädchenschulen zu eröffnen. Dies entspreche dem Wunsch vieler Eltern und sei deshalb ein Schritt zu mehr Freiheit und Demokratie.¹³ Prompte Unterstützung erhielt der Minister von Mustafa Destici, Vorsitzender der radikal-islamisch-nationalistischen Partei der Großen Einheit (Büyük Birlik Partisi), einem der Bündnispartner Erdoğan. Er forderte, nicht nur Schulen, sondern auch Universitäten und Krankenhäuser zu eröffnen, die Frauen vorbehalten

sind. Kritiker solcher Vorstellungen erklärte er unumwunden zu „Feinden des Glaubens und der Religion“.¹⁴ Destici kann sich der Solidarität von zwei islamistischen Parteien sicher sein, die Erdoğan vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Mai 2023 in sein Bündnis integriert hat – die Neue Wohlfahrtspartei (Yeni Den Refah Partisi) und die prokurdische Partei der Freien Sache (Hür Dava Partisi), deren Abkürzung *Hüda Par* sich als „Partei Gottes“ lesen lässt. Beide verlangen Änderungen des Zivilgesetzbuchs zum „Schutz der Familie“, die sich zum Nachteil der Frauen auswirken würden. Die *Hüda Par* fordert, Ehebruch und Homosexualität unter Strafe zu stellen. Dies diene dem Erhalt der Menschheit und sei die „Erfüllung eines Menschenrechts“.¹⁵

NEUE VERFASSUNGSKAMPAGNE 2023

Vor Diskursen dieser Art sind die Ankündigungen des Regierungslagers zur Einführung einer neuen Verfassung zu verstehen. Erdoğan's juristischer Chefberater, Mehmet Uçum, kündigte eine Verfassung an, die „dem Willen und den Forderungen des Volkes“ entspricht und nicht den Interessen der Eliten. Die neue Verfassung soll „sowohl individuelle als auch kollektive Rechte und Freiheiten“ garantieren und die „materielle und moralische Existenz des Staates“ schützen. Das „Volk“ soll ein Recht auf Gesetzesinitiativen haben und an juristischen Prozessen mitwirken können.¹⁶

Wie für den Staatspräsidenten bildet „das Volk“ auch für Uçum eine in sich geschlossene sittlich-moralische Einheit. Diese Einheit steht in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den säkularen, „verwestlichten“ Eliten, die nicht länger als legitime politische Akteure zählen. Beteiligt

10 Zit. nach Oya Baydar, Melek Mosso und Abdülülfi Şener als Schlüssel zum Verständnis der Türkei [Türkisch], 19.6.2023, <https://t24.com.tr/yazarlar/oya-baydar/melek-mosso-ve-abdullatif-sener-uzerinden-bir-turkiye-okuması,40481>.

11 Erdoğan nimmt sich Sezen Aksu vor [Türkisch], 21.1.2022, www.karar.com/guncel-haberler/erdogan-sezen-aksuyu-hedef-aldi-o-dili-koparmak-bizim-gorevimiz-1648232.

12 MÜSIAD und andere NGOs fordern ein Verbot von Festivals [Türkisch], 7.7.2023, <https://t24.com.tr/haber/musiad-ve-islamci-stk-lar-festivallerin-yasaklanmasini-talep-etti,1118842>.

13 Vgl. Der Minister will Mädchenschulen eröffnen und ruft Empörung hervor [Türkisch], 12.7.2023, www.diken.com.tr/kiz-okullari-da-acabilmeliyiz-diyen-egitim-bakani-infial-yaratti.

14 Der Minister für Nationale Bildung, der gesagt hat, „Wenn es notwendig ist, sollten wir auch Mädchenschulen eröffnen können“, erhält Unterstützung von Destici, der meint: „Wir sollten auch Frauenuniversitäten und Frauenkrankenhäuser eröffnen“ [Türkisch], 14.7.2023, <https://t24.com.tr/haber/destici-den-gerekirse-kiz-okullari-acabilmeliyiz-diyen-milli-egitim-bakani-nadestek-kadin-universiteleri-ve-hastaneleri-de-acmaliyiz,1119916>.

15 Vgl. Aus dem Programm der Hüda Par [Türkisch] 29.3.2023, <https://t24.com.tr/haber/secime-akp-listesinden-girecek-olan-huda-par-in-parti-programindan-karma-egitimden-vazgecmeliza-suc-sayilmali,1101183>.

16 Vorstoß von Erdoğan's Chefberater Uçum für eine neue Verfassung [Türkisch], 9.6.2023, www.cumhuriyet.com.tr/2089044.

sich ein so imaginiertes Volk an der Gesetzgebung und an der Urteilsfindung von Gerichten, wird die Gewaltenteilung ausgehebelt. Es braucht sie nicht mehr, denn alle staatlichen Institutionen sind vom selben Geist durchdrungen.

Auch Devlet Bahçeli, der Vorsitzende der rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) und Erdoğan's wichtigster Bündnispartner, hält wenig von Gewaltenteilung. Er fordert ebenfalls eine neue Verfassung. Für ihn soll sie primär dazu dienen, die Kompetenzen des Verfassungsgerichts zu beschneiden. Denn den Verfassungsrichtern mangle es gegenwärtig an nationaler Gesinnung und an Liebe zum Vaterland.¹⁷

Die größte Resonanz bei muslimisch-konservativen Wählern versprechen freilich Homophobie sowie der Topos von der Zerstörung der Familie, weshalb der Staatspräsident für die Notwendigkeit einer neuen Verfassung direkt auf diese Themen Bezug nimmt.¹⁸ Erdoğan's Verfassungskampagne schmiedet die mittlerweile fünf Parteien des Regierungslagers zusammen und stellt gleichzeitig die drei religiös-konservativen Parteien,¹⁹ die zur Opposition zählen, vor eine Zerreißprobe. Gelingt es der Regierung, eine neue Verfassung durchzusetzen, wird sie die konservative Moral allgemeinverpflichtend machen und die Exekutive, die Legislative und die Judikative daran binden. Die Verfassung wird den legalen politischen Spielraum für die Opposition weiter einschränken und damit der Festigung der Macht der jetzigen Regierung dienen.

Hinsichtlich der ideologischen Gesichtspunkte wäre eine Verfassungsänderung im Sinne Erdoğan's eine dramatische Veränderung für die Türkei. Doch die Methode, Verfassungsänderungen als Mittel zur Festschreibung von Machtverhältnissen zu nutzen, ist in der Türkei seit Langem wohlbekannt.

17 Vgl. Bahçeli: Wie brauchen eine neue Verfassung, die dem Verfassungsgericht Form geben soll [Türkisch], 20.6.2023, www.dha.com.tr/2269557.

18 Vgl. Präsident Erdoğan: „Wir werden der Nation unsere Vorschläge für eine Verfassungsänderung unterbreiten“ [Türkisch], 7.6.2023, www.orduolay.com/cumhurbaskani-erdogan-anayasa-degisikligi-teklifimizi-meclisin-takdirine-sunacagiz.

19 Gemeint sind die Zukunftspartei (Gelecek Partisi) des ehemaligen Außenministers Ahmet Davutoğlu, die Demokratie- und Fortschrittspartei (Demokrasi ve Atılım Partisi) des früheren Wirtschaftsministers Ali Babacan und die Glückseligkeitspartei (Saadet Partisi) von Temel Karamollaoğlu.

VERFASSUNGSÄNDERUNG 2017: PRÄSIDIALSYSTEM

Mit seiner gegenwärtigen Initiative versucht Erdoğan nun bereits zum dritten Mal, das Instrument der Verfassungsänderung zur Konsolidierung und zum Ausbau seiner Macht zu nutzen. Die bisher letzten Schritte in diese Richtung waren seine Kampagne für die Einführung des Präsidialsystems und das für ihn erfolgreiche Verfassungsreferendum vom 16. April 2017. Schon damals stand der Widerspruch zwischen dem gläubigen Volk und einer ihm entfremdeten Elite im Mittelpunkt der Propaganda des Staatspräsidenten. Bereits in jenen Tagen behauptete Erdoğan, die Gewaltenteilung sei ein Mittel, das gläubige Volk von der Macht fernzuhalten. Die säkulare Elite schränke das Handeln der vom Volk gewählten konservativen Regierung ein und nutze dazu die von ihr gestaltete Verfassung, die von ihr gemachten Gesetze und die von ihr beherrschten Institutionen, primär das Militär und die Justiz. Die Lösung liege in der Einführung eines Präsidialsystems, in dem ein vom Volk direkt gewählter Präsident, der die Identität und die Anliegen des Volkes verkörpert, mit großer Machtfülle dem Volkswillen zum Durchbruch verhilft und so Demokratie schafft.²⁰

Die Realität des türkischen Präsidialsystems kommt diesem Modell erschreckend nahe. Durch den exzessiven Gebrauch von Verordnungen mit Gesetzeskraft unterminiert der Präsident das Gesetzgebungsmonopol des Parlaments. Das Budgetrecht der Abgeordneten und ihre Möglichkeiten zur Kontrolle der Regierung sind stark eingeschränkt. Der Staatspräsident hat direkten Einfluss auf die Zusammensetzung der höchsten Gerichte und auf den Rat der Richter und Staatsanwälte, der die Ernennung und Beförderung der Richterschaft bestimmt. Die Folge sind eine hochgradig politisierte Justiz und große Rechtsunsicherheit, die auch daher rührt, dass sich niedere Gerichte und staatliche Institutionen weigern, Entscheidungen des Verfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte umzusetzen. Der Staatspräsident ernennt ohne Mitwirkungsrechte anderer die oberen Ränge aller staatlichen Institutionen.

20 Vgl. Sinem Adar/Günter Seufert, Turkey's Presidential System after Two and a Half Years, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Research Paper 2/2021, S. 7 ff.

Das hat zu einer Verschmelzung von Partei und Staatsapparat, zu großflächiger Korruption²¹ und zum Verlust von rechtsgebundenem und vorhersehbar handelnden staatlicher Institutionen geführt. Die Zentralbank hat ihre Unabhängigkeit verloren, und die Angaben des Statistischen Amtes gelten weithin als geschönt. Der Staatliche Rundfunkrat agiert als Kontrollinstrument im Sinne der Regierung, und der Hohe Wahlrat setzt sich in seinen Entscheidungen über explizit formulierte Vorschriften der Verfassung hinweg.²²

VERFASSUNGSÄNDERUNG 2007: DIREKTWAHL DES STAATSPRÄSIDENTEN

Es waren die türkischen Generäle, die selbsternannten Hüter des türkischen Laizismus, die Erdoğan den Weg zum Präsidialsystem geebnet haben, freilich ohne es zu wollen. Im Vorfeld der Wahl des damaligen AKP-Außenministers Abdullah Gül zum Staatspräsidenten drohte der Generalstab im April 2007 mit dem Eingreifen der Armee. Die Republikanische Volkspartei (Cumhuriyet Halk Partisi, CHP), heute Oppositionsführerin, stellte sich damals bedingungslos hinter das Militär und unterstützte Großdemonstrationen, auf denen die Generäle aufgefordert wurden, die Macht zu übernehmen. Darüber hinaus focht die CHP die Wahl Güls vor dem Verfassungsgericht an. Dieses annullierte einen entscheidenden Wahlgang und interpretierte dabei die Statuten des Parlaments auf abenteuerliche Weise.

Zwar galt Gül als ein gemäßigter Politiker, doch war er vorher prominent in der später verbotenen islamistischen Wohlfahrtspartei (Refah Partisi) tätig gewesen, und seine Frau trug Kopftuch. Die säkulare Elite geriet angesichts seiner Kandidatur in Panik. Denn bereits vor Einführung des

Präsidialsystems war der Präsident in der Türkei mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet. Das Amt funktionierte als Scharnier zwischen der säkularen bürokratischen Elite und der Regierung, die in aller Regel von konservativen Parteien gestellt wurde. Die Präsidenten wurden vom Parlament gewählt und durften bei Amtsantritt keiner politischen Partei mehr angehören. All dies verhinderte, dass sie sich – wie später Erdoğan – zum Volkstribun entwickeln konnten.

Im September 2007 gewann die AKP kurz nach der Krise angesetzte Neuwahlen mit 47 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Bürger honorierten ihren Widerstand gegen die Einmischung nicht legitimierter Kräfte wie der Militärführung und der hohen Gerichtsbarkeit in den politischen Prozess. Am 10. Oktober 2007 befürworteten in einem Referendum zur Verfassungsänderung 69 Prozent der Wähler, dass der Staatspräsident fortan vom Volk und nicht länger vom Parlament gewählt wird. Seitdem stand ein vom Volk direkt gewählter Präsident einer nur indirekt vom Parlament gewählten Regierung gegenüber. So ebnete der Wunsch der türkischen Gesellschaft nach mehr Demokratie den Weg zur heutigen Alleinherrschaft des Präsidenten.

DAS MILITÄR UND DIE VERFASSUNGEN VON 1961 UND 1982

In der Krise vom April 2007 zogen die CHP, die Militärführung und das Verfassungsgericht an einem Strang, denn in jenen Tagen teilten all diese Akteure die Ideologie des Kemalismus. Sie alle sahen „die religiösen reaktionären Kräfte“ als eine der beiden primären Bedrohungen²³ für den modernen, säkularen türkischen Staat an.

In den ersten Jahren der Republik waren europäisierte Offiziere prominent an der Gründung der CHP beteiligt, die das Land bis 1950 faktisch im Rahmen eines Einparteiensystems regierte und den Konservativen politische Rechte verweigerte. Doch nach dem Übergang zum Mehrparteiensystem 1948 setzte sich bei den Wahlen von 1950 mit großer Mehrheit die konservative Demokratische Partei (Demokrat Parti, DP) durch. Als die DP begann – ganz ähnlich wie heute Erdoğan –, die Nation ausschließlich konservativ zu denken und

21 Von 2013 auf 2022 fiel die Türkei im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International von Rang 53 auf Rang 101 von 180 Ländern. Vgl. Levent Gürses, Korruption, jedes Jahr brechen wir unseren Rekord aufs Neue [Türkisch], 22.5.2023, <https://ozgurdenizli.com/ekonomi-dunyasi-yolsuzluk-ta-her-yil-kendi-rekorumuzu-kiriyoruz-levent-gurses>.

22 Artikel 101 der Verfassung legt fest, dass eine Person nur für zwei Amtszeiten gewählt werden darf. Trotz dieser expliziten Vorschrift hat der Hohe Wahlrat die Kandidatur Erdoğan für eine dritte Periode als rechtmäßig erklärt, ohne auf eine gesetzliche Grundlage verweisen zu können. Vgl. Unterschriftenkampagne von 330 Rechtsanwälten [Türkisch], 29.3.2023, www.evrensel.net/haber/486137/330-avukattan-imza-kampayasi-erdogan-ucuncu-kez-cumhurbaskani-adayi-olamaz.

23 Als die zweite primäre Bedrohung gilt der kurdische Separatismus.

in ihrem Namen die politischen Freiheiten der Opposition einzuschränken, kam es am 27. Mai 1960 zu einem Putsch und das Militär übernahm zum ersten Mal die Macht.

Unter der Ägide der Generäle erhielt die Türkei 1961 eine neue, modernere Verfassung. Ihr Hauptanliegen war es, die Rückkehr einer Politik à la DP zu verhindern, in der Demokratie auf die Herrschaft einer kulturellen beziehungsweise religiösen oder ethnischen Mehrheit reduziert ist. Um dies zu erreichen, stärkte die Verfassung von 1961 die Grundrechte der Bürger und ihre individuellen und kollektiven politischen Rechte. Gleichzeitig etablierte die Verfassung neue Institutionen, die das Handeln der Regierung und ihrer Parlamentsmehrheit aus normativer Perspektive kontrollieren sollten. Ein erster Schritt in diese Richtung war die Einführung eines Verfassungsgerichts. Ein zweiter war, dem Nationalen Sicherheitsrat (NSR) Verfassungsrang zu verleihen. Das Gremium setzte sich zu gleichen Teilen aus den Spitzen des Militärs und der gewählten Regierung zusammen und institutionalisierte auf diese Weise die Mitsprache des Militärs bei politischen Entscheidungen. So diente die neue Verfassung von 1961 dazu, die konservativen Kräfte einzuhegen und den Primat der europäisierten bürokratischen Elite aufrechtzuerhalten.

Bereits zehn Jahre später, 1971, drängte das Militär erneut eine konservative Regierung zum Rücktritt und schränkte die 1961 gewährten Freiheiten wieder ein. Doch den größten Einschnitt markiert der Staatsstreich vom 12. September 1980 und die daraufhin erneut vom Militär bestimmte neue Verfassung von 1982. Sie machte die Generäle für die nächsten zwanzig Jahre – bis zum Amtsantritt der AKP 2003 – zu den letztendlich entscheidenden innen- und außenpolitischen Akteuren im Land.²⁴ Im NSR hatte fortan die Militärführung die Mehrheit. Der Rat bekam das Recht, „die Sicherheitspolitik“ des Staates „zu bestimmen und umzusetzen“, und es gab schlicht kein Thema, das nicht darunterfiel. So war der NSR zuständig für „den Schutz der Existenz und der Unabhängigkeit des Staates, für

die Einheit und Unteilbarkeit des Landes sowie für das Wohlergehen und die Sicherheit der Gesellschaft“. Sollte der NSR nach der Verfassung von 1961 dem Kabinett nur „Hilfestellung“ leisten und ihm seine Beschlüsse „mitteilen“, verpflichtete die Verfassung von 1982 das Kabinett darauf, die Beschlüsse des Rats „prioritär zu behandeln“.²⁵ Der NSR erhielt außerdem ein eigenes Generalsekretariat, das die „sicherheitspolitischen“ Aspekte der Arbeit aller Ministerien überwachte und gegebenenfalls intervenierte.

Die Rechte und Freiheiten der Bürger wurden massiv eingeschränkt. In der Präambel der Verfassung von 1982 – die den Rahmen für die Interpretation ihrer einzelnen Artikel bildet – hieß es, „dass keine Vorstellung und Überlegung Schutz genießt, die den nationalen türkischen Interessen, (...) der Unteilbarkeit des Staates und seines Landes, den historischen und moralischen Werten des Türkentums, dem Nationalismus Atatürks, seinen Prinzipien und Reformen und seinem Zivilisationsverständnis widerspricht“. Damit konnten alle politischen Rechte nur unter dem Vorbehalt ausgeübt werden, dass sie sich innerhalb dieser eng gesteckten und fast nach Belieben interpretierbaren ideologischen Vorgaben bewegten. Die Betonung des Türkentums und der unteilbaren Einheit des Staates sanktionierte jede Art von politischer Betätigung im Namen kurdischer Identität, und die Betonung der Atatürkschen Reformen und Prinzipien stellte Politik im Namen religiöser Überzeugungen unter Strafe.

Erdoğan, so scheint es, will ausschließlich dem muslimisch-konservativen Teil der Bevölkerung die Grund- und Bürgerrechte zugestehen und betrachtet die Rechte der restlichen Gesellschaft als Verhandlungsmasse. Ein ganz ähnliches Verständnis fand sich bei der alten säkularen Elite. Sie erklärte ihr Ideal einer aufgeklärten, europäisierten und rein ethnisch-türkischen Nation zur gesellschaftlichen Realität und stellte die Rechte all jener, die nicht diesem Ideal entsprachen, zur Disposition. Solange dieser Kulturkampf anhält, bleibt wenig Raum für Kompromiss und für Konsens, für Rechtssicherheit und für Gewaltenteilung.

²⁴ Vgl. Maurus Reinkowski, *Geschichte der Türkei*, München 2021, S. 250 ff.

²⁵ Vgl. dazu Artikel 111 der Verfassung von 1961 [Türkisch], www.anayasa.gov.tr/tr/mevzuat/oncelki-anayasalar/1961-anayasa/; und Artikel 118 der Verfassung von 1982 [Türkisch], www.mevzuat.gov.tr/MevzuatMetin/1.5.2709-19821018.pdf.

GÜNTER SEUFERT

war bis Juni 2023 Senior Fellow bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und Leiter des Centrums für angewandte Türkeistudien (CATS). guenter.a.seufert@web.de

ZUR GESCHICHTE DER TÜRKISCHEN FRAUENBEWEGUNG

Emine Uçak Erdoğan

Die Frauenbewegung in der Türkei ist gegenwärtig eine der einflussreichsten sozialen Bewegungen des Landes. In der Zivilgesellschaftsforschung wird sie als besonders erfolgreich angesehen, nicht nur wegen ihres Aktivismus und ihrer Organisationsfähigkeit, sondern auch wegen ihres Pluralismus, ihrer Inklusivität und ihrer Fähigkeit, schnell zu handeln. Im Folgenden werden die historischen Entwicklungen der Frauenbewegung in der Türkei sowie deren Grundlagen und Errungenschaften bis in die Gegenwart untersucht. Während die muslimische Frauenbewegung hierbei einen Schwerpunkt bildet, werden auch aktuelle Herausforderungen für die Frauenbewegung betrachtet, die sich aus der Familienpolitik der türkischen Regierung ergeben.

ANFÄNGE DER TÜRKISCHEN FRAUENBEWEGUNG

Frauen führten in der letzten Phase des Osmanischen Reiches sowohl im schriftlichen als auch im politischen Bereich einen Kampf um ihre individuellen und gesellschaftlichen Rechte, der dem feministischen Aktivismus im heutigen Sinne sehr nahe kommt.⁰¹ Unter anderem gaben sie Zeitschriften und Zeitungen heraus und gründeten Frauenvereine. Vor allem das Engagement von Fatma Aliye (1862–1936) und Emine Semiye (1864–1944), den Töchtern von Ahmet Cevdet Pascha, einem berühmten Staatsmann und Juristen jener Zeit, ist bedeutend für die Vielfalt des Frauenkampfes jener Jahre. Während Fatma Aliye die erste weibliche Romanautorin ihrer Zeit war, führte Emine Semiye den Kampf in der politischen Arena.⁰²

Im Türkischen Bereinigungskrieg von 1919 bis 1923 kämpften Frauen ebenfalls an der Front, engagierten sich aber auch weiterhin in der Gesellschaft: Im Zuge der neu entstehenden Republik wurde 1923 die Frauen-Volkspartei (Kadınlar Halk Fırkası) unter Nezihe Muhittin gegründet,

um angesichts der gesellschaftlichen Umwälzungen die politische Repräsentanz und Partizipation von Frauen zu gewährleisten. Muhittin gilt als Mitbegründerin der modernen Frauenbewegung in der Türkei. Da die Partei nicht zu Wahlen zugelassen wurde, wurde die politische Arbeit in dem neugegründeten Verein Türkische Frauenunion (Türk Kadınlar Birliği) fortgeführt.

Im Zuge der Abschaffung des osmanischen Rechts erhielten Frauen neben bürgerlichen Rechten wie dem Recht auf Monogamie, Erbschaft und Scheidung 1930 das Wahlrecht bei Kommunalwahlen und 1934 das allgemeine Wahlrecht. Trotz dieser Reformen wurden weitere Forderungen insbesondere nach politischer Gleichberechtigung in dieser Zeit jedoch kaum akzeptiert. Die feministische Autorin Yaprak Zihniöglü bezeichnet diese Zeit der Umwälzung, in der Frauen trotz aller Bemühungen keinen Platz in der politischen Arena einnehmen konnten, als „die Revolution ohne Frauen“.⁰³ Şirin Tekeli, eine der wichtigsten Persönlichkeiten der türkischen Frauenbewegung, interpretiert die Folgezeit, die häufig als „Zeit des Schweigens“ bezeichnet wird, wie folgt:

„Zwischen 1935 und 1975 kann man nicht mehr von einer Frauenbewegung sprechen. Frauen werden ermutigt, in Wohltätigkeitsvereinen zu arbeiten, und die offizielle These, dass ‚die türkischen Frauen dank Atatürk die westlichen Frauen überholt haben‘, verwandelt die Frauen schließlich in eine schweigende Mehrheit. Dennoch sind Frauen die überzeugtesten Befürworter des Säkularismus und des republikanischen Regimes in der Türkei. Während dieses langen Zeitraums bildet eine elitäre Minderheit von Frauen, die in den Genuss einer Universitätsausbildung und beruflicher Möglichkeiten kam, das ‚Schaufenster‘ der Türkei. Die große Masse der Frauen, die nicht solche Privilegien besitzt, arbeitet jedoch als unbezahlte Familienangestellte in der Landwirtschaft und wird ihrer Rechte auf Eigentum,

Bildung, Einkommen und ihrer Sozialversicherungsansprüche beraubt, da es nicht gelingt, die patriarchalischen Traditionen zu durchbrechen. Frauen sind der am stärksten unterdrückte Teil der Gesellschaft.“⁰⁴

In den 1960er Jahren begannen Frauen, Präsenz in linken und in islamischen Kreisen zu zeigen, die sich gegen die kemalistische Ideologie richteten. Der 1975 gegründete Fortschrittliche Frauenverein (İlerici Kadınlar Derneği) ist eine der wichtigsten Organisationen in diesem Prozess. Doch erst in den 1980er Jahren, nach dem Militärputsch, konnte die Frauenbewegung ihr Wissen erweitern und den politischen Raum zunehmend für sich gewinnen:

„Nach 1980 lernten die Frauen, allein zu überleben. Sie erkannten sich selbst als Individuen. Sie begannen, sexistische Strukturen zu kritisieren. Sie argumentierten, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Gewalt gegen Frauen und ihrer Klassenzugehörigkeit gibt. Zunächst verschafften sie sich durch ihre Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften Gehör. Später, im Jahr 1987, nachdem ein Gerichtsurteil die Gewalt gegen Frauen legitimiert hatte, veranstalteten Frauen Märsche und Kampagnen, um gegen die Gewalt an Frauen zu protestieren.“⁰⁵

Im Zuge dieser Entwicklungen wurde die Frauenbewegung in den 1980er Jahren zu einer starken Stimme mit klar artikulierten Forderungen. Etliche Frauenorganisationen wurden gegründet, darunter die Frauenhausstiftung Lila Dach (Mor Çatı Sığınma Vakfı), die Stiftung für Solidarität unter Frauen (Kadın Dayanışma Vakfı), die Bibliothek für Frauenwerke (Kadın Eserleri Kütüphanesi), die Hauptstadt-Frauenplattform (Başkent Kadın Platformu) und der Verein zur Förderung von Frauen in der Politik (Kadın Adayları Destekleme).

01 Vgl. Serpil Çakır, *Die Frauenbewegung im Osmanischen Reich* [Türkisch], Istanbul 2010; Yaprak Zihnioğlu, *Revolution ohne Frauen: Nezihe Muhiddin, Frauenpartei des Volkes, Frauenunion* [Türkisch], Istanbul 2003.

02 Einige der wichtigsten Frauen dieser Zeit waren Şükufe Nihal, Fatma Aliye, Emine Semiye, Nigâr Hanım, Hatice Nakiye Hanım und Makbule Leman Hanım.

03 Vgl. Zihnioğlu (Anm. 1).

04 Şirin Tekeli, *Ein Essay über eine vergleichende Studie der ersten und zweiten Welle der feministischen Bewegung. 75 Jahre Frauen und Männer* [Türkisch], Istanbul 1998.

05 Gülçin Şevenk, *Die Frauenbewegung in der Türkei in den 1990er Jahren* [Türkisch], 27.5.2022, <https://akademikarastirma.org/1990larda-turkiyede-kadin-hareketi>.

In den 1990er Jahren wurde die Frauenbewegung pluralistischer und inklusiver, indem sie diverse Aspekte des Frauseins einbezog. Die Solidarisierung von Frauen aus der kurdischen Frauenbewegung und der islamischen Bewegung mit der feministischen Bewegung sind wichtige Anzeichen dafür. Die Öffnung bedeutete zugleich eine Akzeptanz von Frauen innerhalb der Frauenbewegung, die nicht dem bei der Gründung der Republik konstruierten türkischen Frauenbild entsprechen. Nach der kemalistischen Auffassung galten Frauen als Schutzsymbole, die die Männer im Krieg unterstützen. Sie waren modern und säkular, aber dennoch mit der Aufgabe betraut, türkische und sunnitische Werte zu vermitteln.⁰⁶ Die 1990er Jahre waren eine Zeit, in der die kurdischen und islamischen Bewegungen dieses Narrativ entsprechend ihrer jeweiligen Vorstellungen dekonstruierten.

AUS MUSLIMISCHEN FRAUEN WERDEN MUSLIMISCHE FEMINISTINNEN

Die islamische Bewegung in der Türkei ist eine Bewegung, die als Reaktion auf den öffentlichen Umgang mit Religion in der türkischen Republik entstand. Frauen, die nicht der offiziellen republikanischen Doktrin und einem unverschleierten, westlichen Profil entsprachen, leisteten viel für die Bewegung, die im Laufe der Zeit an Popularität und Macht dazugewann. Zwar wurden die größten Erfolge durch parteipolitische Aktivitäten erzielt, doch trugen auch Frauenzeitschriften und die Werke von Romanautorinnen zum Fortschritt bei. Şule Yüksel Şenlers Roman „Straße des Friedens“ („Huzur Sokağı“) von 1970, der über die Jahre in über hundert Auflagen erschienen ist und auch verfilmt wurde, gilt als das wichtigste Werk dieser Zeit.

Die erste Gruppe, die explizit als muslimische Frauenbewegung bezeichnet werden kann, bestand aus muslimischen Studentinnen, die in den 1960er Jahren eine aktive Rolle in der islamisch orientierten Nationalen Heilspartei (Millî Selamet Partisi) spielten. Später waren sie beson-

06 Vgl. Yeşim Arat, *Modernisierungsvorhaben und Frauen in der Türkei* [Türkisch], Istanbul 1998; Deniz Kandiyoti, *Konkubinen, Schwestern, Bürgerinnen: Identitäten und soziale Transformationen* [Türkisch], Istanbul 1997; Serpil Sancar, *Das Geschlecht der türkischen Modernisierung* [Türkisch], Istanbul 2012.

ders geprägt vom Aufstieg der islamischen Bewegung in den 1990er Jahren, dem Kampf gegen den Putsch vom 28. Februar 1997 und gegen das anschließende Kopftuchverbot. Der Politikwissenschaftler Uygur Baltacı beschreibt den Prozess, der es der muslimischen Frauenbewegung ermöglichte, in die Öffentlichkeit zu treten, wie folgt:

„Die Schaffung der muslimischen Frau[enbewegung] erfolgt durch junge religiöse Frauen, die seit kurzem die Universität besuchen, die studieren, Fragen stellen, geschickt sind, einen Beruf ausüben können, aber gleichzeitig religiös sind und an ihren Bräuchen und Traditionen festhalten. Diese jungen Frauen läuten eine neue Generation ein, indem sie sich weigern, wie ihre Mütter zu sein, die sowohl zu Hause von ihren Ehemännern als auch im gesellschaftlichen Leben von der genormten republikanischen Frau unterdrückt werden. In der Folgezeit verzichteten diese jungen Frauen konsequent darauf, sich als Feministinnen zu definieren, und sagen: ‚Muslimische Frauen haben einen Namen.‘“⁰⁷

Die muslimische Frauenbewegung, die anfangs mit dem Kampf gegen das Kopftuchverbot beschäftigt war, wahrte zunächst eine gewisse Distanz zum Feminismus und zur feministischen Bewegung. Auch hier gibt es jedoch bemerkenswerte Einwände einiger bekannter Frauen. Die Soziologin Mualla Gülnaz etwa drückt ihre Gegenmeinung in einem Artikel in der Zeitschrift *Birikim* wie folgt aus:

„[M]uslimische Frauen sollten sich von der Angst befreien, als ‚feministisch‘ bezeichnet zu werden, und um die Dilemmata der modernen Welt und des Menschen verstehen und Lösungen finden zu können, sollten sie über die neuen westlichen feministischen Entwicklungen informiert sein, die sich ständig in einem Hinterfragungs- und Erneuerungsprozess befinden, und sie sollten von dem Wissen ihrer weiblichen Mitmenschen profitieren, die als Frauen mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind wie sie.“⁰⁸

Im Rahmen der muslimischen Frauenbewegung kam es zur Gründung autonomer zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich aus religiösen Frauen zusammensetzen, jedoch von

politischen Parteien und den Strukturen von Glaubensgemeinschaften unabhängig sind. Der Hazar-Verein (Hazar Derneği) und die Hauptstadt-Frauenplattform (Başkent Kadın Platformu) beispielsweise teilen die Motivation, sowohl einen Raum für die strukturelle Organisation religiöser Frauen zu schaffen und ihrem Kampf gegen Unterdrückung innerhalb des laizistischen Systems eine Stimme zu geben als auch Aktivitäten im feministischen Bereich zu verwirklichen.

Anfang der 2010er Jahre, insbesondere mit dem Ende des Kopftuchverbots, gründeten sich Initiativen wie *Muslimen gegen Gewalt an Frauen* (Kadına Şiddete Karşı Müslümanlar, 2013), der *Marmeladen-Blog* (Reçel Blog, 2014), *Frauen in Moscheen* (Kadınlar Camilerde, 2017) und schließlich der *Havle-Frauenverein* (Havle Kadın Derneği, 2018). Obwohl sich diese Organisationen in ihrem Selbstbild als Feministinnen voneinander unterscheiden, zeigen sie strukturelle Gemeinsamkeiten, indem sie zwar überwiegend religiöse Frauen ansprechen, sich gegenüber säkularen feministischen Strukturen und Gruppen aber keineswegs abschotten.⁰⁹

Die Gemeinsamkeiten rund um die Identität muslimischer Frauen lassen sich anhand der Geschichte des *Marmeladen-Blogs* nachvollziehen:

„In dem Artikel, der damit endet, dass muslimische Frauen nur sich selbst repräsentieren wollen, (...) offenbaren die *Marmeladen-Bloggerinnen*, anstatt sich von Anfang an von anderen Feministinnen abzugrenzen, ihre Wut (...) und sehen die Auseinandersetzung mit der ‚Tradition‘ als vorrangiges Thema. Anstatt sich also an Feministinnen zu wenden, die anders sind als sie, und zu sagen, ‚wir sind Feministinnen, aber wir sind auch religiös‘, wenden sie sich an religiöse Frauen und sagen: ‚Wir sind auch religiös, aber wir sind Feministinnen.‘ Der Unterschied zwischen diesen beiden Versionen eröffnet einen sehr produktiven Raum für den Feminismus, denn es geht nicht darum, Feminismus und Religiosität zu vermischen, sondern die Religiosität aus einer feministischen Perspektive zu kritisieren.“¹⁰

07 Uygur Baltacı, *Der Aufstieg der islamischen Frauenbewegung in der Türkei in den 1980er und 90er Jahren* [Türkisch], Ankara o.J.

08 Mualla Gülnaz, *Die das Wasser rückwärts fließen ließen* [Türkisch], in: *Birikim* 91/1996, S. 60–69, hier S. 68.

09 Vgl. Rümeysa Çamdereli, *Die „länger“ als 10-jährige Geschichte der muslimischen Feministinnen. Ein Jahrhundert der Frauenbewegung in der Türkei* [Türkisch], in: *Sozialgeschichte* [Türkisch] H. 351/2023, S. 46–49.

10 Funda Şenol-Cantek/Aksu Bora, *Einen Kanal zum Fließen finden: 5Harfliler.com und der Recel-blog.com* [Türkisch], in: Aksu Bora (Hrsg.), *Der Optimismus des Willens: Unter Frauen in der Türkei in den 2000er Jahren* [Türkisch], Ankara 2021, S. 173–196.

Mit dem Konzept des muslimischen Feminismus haben muslimische Frauen den Raum sichtbar gemacht, den sie innerhalb des Feminismus für sich eröffnet haben. Muslimische Feministinnen beziehungsweise der muslimische Feminismus machen als eine internationale Bewegung auf sich aufmerksam, die mittlerweile in vielen Teilen der Welt ihren Platz hat. In ihrem Buch „Islamische Feminismen“ von 2012 zeigt die Soziologin Zahra Ali die Vielfalt innerhalb dieser Strömung:

„Im Mittelpunkt der konkurrierenden Meinungsverschiedenheiten des islamischen Feminismus steht die Frage nach dem Status der islamischen Quellen (Koran und Sunna) und, allgemeiner, nach ihrem Verhältnis zu den heiligen Texten. Es gibt drei Ansichten, die von der traditionellsten bis zur liberalsten reichen. Die erste, die wir als ‚traditionell reformistisch‘ bezeichnen, ist in jenen Kontexten am weitesten verbreitet, die erst viel später muslimisch wurden, und wird vermehrt von den Religionsgelehrten vertreten, die sich am meisten für Gleichberechtigung einsetzen. (...) Die zweite Sichtweise, die wir als ‚radikal reformistisch‘ bezeichnen, sieht sich als Erbe des reformistischen Denkens, zielt aber auf eine grundlegende Reform ab, die die Sozialwissenschaften in den Prozess der Ausarbeitung der islamischen Rechtsprechung zu Geschlechterfragen einbezieht. Die dritte Sichtweise, die als ‚liberal reformistisch‘ bezeichnet werden kann, ist unter Feministinnen aus dem muslimischen Kulturkreis am weitesten verbreitet, das heißt unter muslimischen Feministinnen, die nicht unbedingt eine Praxis im Sinne des Traditionalismus fordern, sondern als Angehörige der muslimischen Kultur und/oder Religion betrachtet werden, die innerhalb eines islamischen religiösen Rahmens sozialisiert wurden.“¹¹

Die muslimischen Frauenorganisationen, die nach den 2000er Jahren in der Türkei gegründet wurden, fallen meist unter die von Ali zuletzt genannte „liberal reformistische“ Kategorie. Beispielsweise betrachtet sich der 2018 gegründete Havle-Frauenverein als „erste muslimisch-feministische Frauenvereinigung der Türkei“, mit dem Ziel, „die Schwierigkeiten und Hindernisse zu bekämpfen, mit denen Frauen, insbesondere muslimische Frauen, in allen Bereichen ihres Lebens konfrontiert sind.“¹²

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem islamischen Feminismus mangelt es dabei häufig an nuancierten Differenzierungen. Die Aktivistin Zehra Keleş meint, „[d]er größte Fehler, der in Diskussionen über den islamischen Feminismus in der Türkei gemacht wird, besteht darin, dass islamische Frauen, die nicht das patriarchalische Familienideal problematisieren, sich jedoch über die Grenzen der Familie hinaustretend um bestimmte Forderungen nach Rechten im öffentlichen Raum organisieren, als ‚de facto muslimische Feministinnen‘ betrachtet werden. Es darf nicht erwartet werden, dass diese Forderungen der muslimischen Frauen, die sich um den Kampf gegen das Kopftuchverbot herum mobilisieren, mit ihren Vorstellungen von Gleichberechtigung im privaten Bereich vereinbar sind. Ebenso besteht ein analytischer und politischer Unterschied zwischen denjenigen, die Ungleichheit als ein Verhältnis von Unterdrückendem/ Unterdrücktem zwischen den beiden Geschlechtern verstehen (...) und denjenigen, die sie als eine gemeinsame Sünde des Kapitalismus, der Moderne und einer Art falschen islamischen Bewusstseins betrachten (...). Darüber hinaus ist die Zahl der muslimischen Frauen, die auf feministische Methoden und Diskurse zurückgreifen, sich aber dennoch nicht als muslimische Feministinnen definieren, recht hoch.“¹³

In Diskussionen über Auffassung von und Umgang mit der Familie, der sexuellen Freiheit, der Heteronormativität, der Abtreibung und dem Kopftuch war weiterhin ein deutlicher Unterschied zwischen muslimischen Frauen und Feministinnen zu beobachten. Durch gemeinsame Aktivitäten verringerte sich die Distanz jedoch im Laufe der Zeit. Die 2008 gegründete Plattform „Wir setzen uns füreinander ein“ (Birbirimize Sâhip Çıkıyoruz) ist eines der ersten und nachhaltigsten Beispiele für die gegenseitige Annäherung. Die Plattform begann mit einer Erklärung säkularer Feministinnen zur Unterstützung von Frauen mit Kopftuch im Zusammenhang mit dem damals geltenden Kopftuchverbot. Die in jenen Jahren vom Verein Amargi geführte Debatte, die nach dem Subjekt des Feminismus fragte, schaffte ebenfalls eine Basis für die Sichtbarkeit muslimischer Frauen innerhalb der feministischen Bewegung.

¹¹ Zahra Ali, *Islamische Feminismen* [Türkisch], Istanbul 2014.

¹² Havle, *Wer wir sind* [Türkisch], www.havlekadin.com/biz-kimiz.

¹³ Şehide Zehra Keleş, *Islamischer Feminismus* [Türkisch], 15.3.2021, <https://feministbellek.org/islami-feminizm>.

Schließlich sei daran erinnert, dass die muslimische Frauenbewegung nicht auf muslimische Feministinnen beschränkt ist. Viele Vereine wie zum Beispiel die Aysit Stiftung, der Istanbul Frauenorganisationsverein (İstanbul Kadın Kuruluşları ve Kadın Derneği), der Hazar-Verein und der Verein der Juristinnen (Hukukçu Kadınlar Derneği) sind Organisationen, die von konservativen Frauen gegründet wurden, die ihre Arbeit im Bereich der Frauenrechte fortsetzen, sich aber nicht als „Feministinnen“ bezeichnen. Obwohl die Vertreterinnen einiger dieser Organisationen die Entscheidung kritisieren, aus der Istanbul-Konvention auszutreten – jenem 2014 inkraftgetretenen Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt –, stehen sie im Allgemeinen der Regierung nahe. Die stärkste regierungsnah Organisation der muslimischen Frauenbewegung ist die Stiftung für Frauen und Demokratie (KADEM), in deren Vorstand sich die Tochter von Präsident Recep Tayyip Erdoğan, Sümeyye Erdoğan, befindet.

Obwohl sich das Vorgehen muslimischer Feministinnen und regierungsnaher konservativer Institutionen völlig voneinander unterscheidet, bergen die gemeinsamen Ziele bemerkenswerte Potenziale. Gemeinsam ist beiden Gruppen, dass sie Zielscheiben von Gruppen mit einer patriarchalischen Sichtweise auf religiöse Fragen im Zusammenhang mit Frauen sind. Sowohl muslimische Feministinnen als auch konservative, regierungsnaher Frauenorganisationen wie KADEM sehen sich in den sozialen Medien ständig mit den negativen Reaktionen auf ihre Arbeit konfrontiert. Ihre Gegner behaupten, dass Äußerungen von Frauen zu sozialen Rollen, insbesondere zur Gleichberechtigung, zu einer Degeneration der Gesellschaft führen und junge Menschen dazu veranlassen, sich von religiösen Werten abzuwenden. Unter der Obhut der Regierung und regierungsnaher NGOs setzen sie ihre Lobbyarbeit gegen die Frauenbewegung fort.

KOLLEKTIVE ERRUNGENSCHAFTEN

Die Effekte der organisierten Frauenbewegung lassen sich an den Errungenschaften ablesen, die vor allem in der rechtlichen Dimension erzielt

wurden und zu weitreichenden Veränderungen führten. An erster Stelle ist hier die offizielle Legalisierung der Abtreibung 1983 zu nennen. Unmittelbar nach dem Staatsstreich von 1980 war diese Entscheidung eine der Vorboten des anstehenden Wandels.

Auch die „Frauenpetition“ stellt einen wichtigen Wendepunkt dar.¹⁴ Am 7. März 1986 zogen Frauen mit etwa 3000 Unterschriften vor das türkische Parlament und riefen die Regierung dazu auf, die Forderungen der UN-Frauenrechtskonvention bezüglich einer Verhinderung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu erfüllen. Der Marsch „Solidarität gegen häusliche Gewalt“ von 1987 sollte ebenfalls die Forderungen sichtbar machen und war die erste Massendemonstration nach dem Staatsstreich von 1980. Eine der bekanntesten Kampagnen der Frauenbewegung war die 1989 organisierte sogenannte Lila-Nadel-Kampagne. Darin wandten sich die Frauen gegen die Praxis der erzwungenen Jungfräulichkeitskontrolle, die in vielen Fällen zum Selbstmord führte. 1999 wurden ihre Bemühungen in Form eines Erlasses durch das Justizministerium belohnt, der der Praxis ein Ende setzte.¹⁵

Eine weitere Wegmarke dieser Entwicklung war die positive Reaktion der 2002 erstmals regierenden AKP auf die Bemühungen der Frauen um eine Änderung des Zivil- und Strafgesetzbuches. In dieser Zeit wurde die Gleichstellung von Frauen in der Ehe in das Zivilgesetzbuch aufgenommen und die Bestimmungen über willkürliche Strafmindierungen in Fällen von „Ehrenmorden“ wurden reformiert.¹⁶ Auch das Gesetz 6284, das Frauen seit 2012 rechtlichen Schutz vor häuslicher Gewalt einräumt und noch in der Gegenwart für erhebliche Debatten sorgt, ist ein Erfolg der organisierten Frauenbewegung. Die 2014 inkraftgetretene Istanbul-Konvention war ebenfalls eine wichtige Errungenschaft für eines der zentralen Anliegen der Frauenbewegung. Die erkämpften Erfolge sind jedoch immer wieder bedroht: So stieg die Türkei 2021 als bisher erstes Land aus der Istanbul-Konvention aus.

¹⁴ Vgl. Tekeli (Anm. 4).

¹⁵ Vgl. Emine Özcan, Lila-Nadel-Kampagne 19 Jahre alt [Türkisch], 1. 11. 2008, <https://bianet.org/biamag/kadin/110595>.

¹⁶ Vgl. Nil Mutluer, The Intersectionality of Gender, Sexuality, and Religion: Novelities and Continuities in Turkey During the AKP Era, in: *Journal of Southeast European and Black Sea Studies* 1/2019, S. 99–118.

FRAUENFEINDLICHE LOBBYS UND FAMILIENDISKURS

Die AKP, die in ihrer Anfangszeit nicht nur in Bezug auf Frauen, sondern auch auf Probleme der Demokratisierung in der Türkei eine eher reformistische und partizipatorische Haltung vertrat, entwickelte in dem Maße, wie sie an Macht gewann, ein immer autoritäreres Auftreten. Auch die Frauenbewegung veränderte sich unter diesem Druck. Die Hauptachse des Wandels in der Frauenpolitik hat sich entlang des Begriffs der „Familie“ erstreckt. Als nach 2011 an der Regierungsbasis Diskussionen über eine Degeneration der Familienstruktur zunahm, nahmen auch die Erklärungen und Maßnahmen der Regierungsspitze diese Kritik zunehmend auf. Infolgedessen wurden Strategien und Thesen entwickelt, die die natürliche Mutterrolle von Frauen betonten. Der Vorschlag, „mindestens drei Kinder“ zu zeugen, wurde beinahe zur offiziellen Staatstheese und ging auch auf die Basis über.

Der diskursive Wandel führte im Laufe der Zeit auch zu einer Umgestaltung der öffentlichen Einrichtungen. 2011 wurde der offizielle Name des „Ministeriums für Frauen und Familie“ in „Ministerium für Familien- und Sozialpolitik“ geändert, was als das offensichtlichste Symbol für den politischen Wandel angesehen werden kann. Dieses „neue“ Ministerium, dessen Zielsetzung es nun war, eine Politik zum Schutz der familiären Werte umzusetzen, hat unter anderem Protokolle mit dem Präsidium für Religionsangelegenheiten unterzeichnet, um Maßnahmen zur Umsetzung dieses Ziels durchzuführen. Im Laufe der Zeit führte dieser Wandel zu einer Reihe von Praktiken, mit denen die Öffentlichkeit ihr Frauenbild auf die Familie hin ausrichtete und Frauen nur innerhalb der Familie als anerkanntes Subjekt betrachtete.¹⁷ Während die Rolle der Frau in der Gesellschaft und in der Familie durch die Politik festgelegt wurde, begannen in dieser Zeit auch die offenkundigen negativen Reaktionen gegen diejenigen, die sich diesen Rollen widersetzen, insbesondere gegen feministische Gruppen. Die Frauenbewegung und die Feministinnen wurden von Vertretern der Regierung sowie regierungsnahen Medien als Personen dif-

famiert, deren Werte ihrer eigenen Gesellschaft fremd seien. Während die Regierung, deren Autoritarismus mit dem Übergang zum Präsidialsystem 2018 weiter zugenommen hat, Verbote für friedliche Demonstrationen verhängte, begann sie auch damit, verschiedene Restriktionen zu erlassen, um dem Aktivismus der Frauenbewegung entgegenzuwirken.

Obwohl damit der Aktionsraum der Aktivistinnen eingeengt wurde, führte es zu einer Stärkung und Massenmobilisierung der Bewegung. Massenproteste von Hunderten von Frauenorganisationen und -institutionen sowie die zahlreichen Kampagnen und Aktionen von Einzelpersonen und Institutionen hemmten diese negativen Entwicklungen und wurden zu einer Kraft, die die Gesellschaft immer stärker sensibilisierte. Der Nachtmarsch, der seit dem 8. März 2013 jährlich am Weltfrauentag stattfindet, ist trotz aller Verbote und Verhinderungsmaßnahmen immer noch einer der größten Proteste im Land. Die Repressionsversuche der Regierung haben auch dazu geführt, dass die Zahl der Plattformen gestiegen ist, auf denen Frauen sich zusammenschließen. Die 2017 gegründete Initiative „Frauen Gemeinsam Stark“ (Kadınlar Birlikte Güçlü), der 2019 mit breiter Beteiligung organisierte Frauenkongress oder die 2020 durch die Teilnahme von Vertreterinnen von Verbänden aus verschiedenen Provinzen der Türkei gegründete „Grenzwert-Plattform“ (Eşik Platformu) sind nur einige davon.

Einer der schärfsten Eingriffe der Regierung gegen die Frauenbewegung war sicher die Entscheidung, aus der 2011 von ihr selbst unterzeichneten Istanbul-Konvention auszutreten. Mittels eines Dekrets wurde das Übereinkommen in der Nacht zum 20. März 2021 von Präsident Erdoğan gekündigt. Auch wenn die Regierung sich dabei auf die hinreichende Existenz innerstaatlicher Gesetze über die Rechte der Frauen und den Schutz vor Gewalt berief, betrachtet die Frauenbewegung dies als großen Rückschritt. Ähnliches gilt für die jüngsten Debatten über das Gesetz 6284 zum Schutz der Familie und zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen. Nach dem Austritt aus der Istanbul-Konvention forderten die für ihre radikal-religiösen Ansätze bekannten Parteien Neue Wohlfahrtspartei (Yeniden Refah Partisi) und die Partei der Freien Sache (Hür Dava Partisi) im Vorfeld der Parlamentswahlen 2023, das Gesetz abzuschaffen, was noch mehr Unsicherheiten für Frauen bedeuten würde.

¹⁷ Vgl. dies., *Diyanet's Role in Building the ‚Yeni (New) Millî‘ in the AKP Era*, in: *European Journal of Turkish Studies* 27/2018, S. 1–24.

ANSTELLE EINER SCHLUSSFOLGERUNG

Sowohl die historische Entwicklung als auch die darin errungenen Erfolge, aber auch die ungebrochene Fortsetzung des Kampfes trotz aller Hindernisse demonstrieren, dass die Frauenbewegung in der Türkei die Struktur und die Widerstandsfähigkeit aufweist, um auch in Zukunft fortzubestehen.

Das islamisch-konservative Parteienbündnis Volksallianz (Cumhur İttifakı), das seine Macht mit dem Präsidialsystem und Erdoğan als Präsidenten zentralisiert hat, versucht auf der einen Seite, die Frauenbewegung an den Rand der Gesellschaft zu drängen. Auf der anderen Seite gingen aus jenen Kreisen auch einige Frauengruppen hervor, die die feministische Politik mit Schweigen oder Loyalität unterstützen, ähnlich wie während der „Zeit des Schweigens“. Hinter dieser Loyalität steht der erfolgreiche Kampf gegen das Kopftuchverbot, das konservativ-religiöse Frauen jahrelang von vielen Grundrechten, insbesondere von der Bildung, und vom öffentlichen Leben ausgeschlossen hat.

Die Nähe dieser Frauengruppen zur Regierung mag unter anderem dadurch begründet sein, dass diese von Zeit zu Zeit Frauen für (Spitzen-)Positionen ernennt, deren weibliche Besetzung bislang als kritisch galt, beispielsweise die erste Gouverneurin mit Kopftuch, die Präsidentin der Zentralbank oder die erste Admiralin.

Indem die Regierung diese Frauengruppen an sich bindet und so von der Frauenbewegung fernhält, hat sie für sich eine Komfortzone geschaffen. Jedoch unterlässt sie es nicht, mit entsprechenden Agenden auf die Forderungen der antifeministischen Lobby zu reagieren, die die Revision von Gesetzen zu Frauenrechten unter dem Vorwand des Schutzes der Familie und des Schutzes moralischer Werte vorantreibt. Die jüngsten Äußerungen der Ministerin für Familie und Soziales, Mahinur Özdemir Göktaş, zur Befristung bislang unbefristeter Unterhaltszahlungen und gegen eine Überarbeitung des Gesetzes 6284 sowie die Aussage von Bildungsminister Yusuf Tekin über die Eröffnung von Mädchenschulen für Familien, die ihre Töchter nicht auf eine koedukative Schule schicken wollen,¹⁸ können als Zeichen dafür ge-

wertet werden, dass die Thesen frauenfeindlicher patriarchalischer Gruppen auf höchster Staatsebene auf Akzeptanz und Resonanz stoßen.

Trotz dieser Herausforderungen wird die türkische Gesellschaft allmählich sensibler für Frauenrechte. Die Gleichstellung der Geschlechter, die Prävention von Gewalt gegen Frauen und die Forderung nach mehr Teilhabe gehören bereits zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Themen in der Türkei. Auch wenn sie sich nicht zwingend als Feministinnen bezeichnen, unterstützen Frauen aus völlig unterschiedlichen ideologisch-kulturellen Hintergründen und sozioökonomischen Schichten die Bemühungen um eine gleichberechtigte Teilhabe und Repräsentanz von Frauen und engagieren sich auf verschiedenen Plattformen und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu diesem Thema. Der Begriff der „Schwesternschaft“, der dabei häufig verwendet wird, bringt auch eine emotionale Verbundenheit zum Ausdruck.

Die türkische Frauenbewegung betont bei jeder Gelegenheit, dass sie ihre Stärke aus einer inklusiven und pluralistischen Struktur bezieht. Wir reden hier von einer Bewegung, die den engen Raum verlässt, in den die Regierung sie gezwängt hat, und dabei das Potenzial besitzt, in dem Maße an Stärke zu gewinnen, wie sie Frauen mit unterschiedlichen Ansichten und Lebensstilen sowie institutionalisierte und nicht-institutionalisierte Strukturen einschließt. Der Slogan „Frauen sind gemeinsam stark“ soll daran erinnern, dass das Potenzial und die Stärke der Frauenbewegung in ihrer Vielfalt und Solidarität begründet liegen.

Aus dem Türkischen von Dilşad Budak Sarıoğlu, Istanbul.

EMINE UÇAK ERDOĞAN

arbeitet als Journalistin in Istanbul. Daneben ist sie für verschiedene Plattformen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen tätig, insbesondere im Bereich Menschenrechte und Demokratisierung. Zu ihren Themen zählen Migration, Ungleichheit, Diskriminierung, Nachhaltigkeit und Gender. ucakeminee@gmail.com

¹⁸ Vgl. Gökçen Tuncer, Ministerin für Familie und soziale Dienste Göktaş: Unbefristeter Unterhalt ist nicht akzeptabel [Türkisch], 26.7.2023, www.indyturk.com/node/650366.

ESSAY

SCHWIERIGER GEBURTSTAG

Hundert Jahre nach ihrer Gründung ist die Türkei ein gespaltenes Land

Susanne Güsten

Nach Feiern ist Ismet nicht zumute. „Ich war so sicher, dass die abgewählt werden“, sagt der Istanbulener Finanzfachmann über die Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Ismet (Name geändert) ist 55, setzte bei der Präsidentschafts- und Parlamentswahl in der Türkei im Mai auf einen Sieg der Opposition und wurde wie fast jeder zweite Türke enttäuscht: Erdoğan siegte erneut und steht mindestens für fünf weitere Jahre an der Spitze des Staates. Für Wähler wie Ismet ist der anstehende hundertste Jahrestag der Republikgründung am 23. Oktober 2023 deshalb kein Freudentag – Erdoğan-Gegner wie er fühlen sich um ihr Land und ihre Identität betrogen.

SPALTUNG ALS ERFOLGSREZEPT

Seit 20 Jahren bestimmt der heute 69-jährige Erdoğan die Geschicke der Türkei, seit 2003 als Ministerpräsident und seit 2014 als Staatsoberhaupt. Er hat das Land stärker verändert als alle türkischen Politiker vor ihm, mit Ausnahme von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk, der von 1923 bis zu seinem Tod 1938 Präsident war. In Erdoğans ersten Amtsjahren erlebte das Land einen vorher noch nie gesehenen Wirtschaftsaufschwung, der einer neuen Mittelschicht aus konservativ-muslimischen Türken zum Aufstieg verhalf. Unter seiner Regierung wurde die Türkei zur EU-Beitrittskandidatin und zum Mitglied der G20, der Gruppe der 20 größten Volkswirtschaften der Welt.

Eines schaffte Erdoğan jedoch nicht – und wahrscheinlich wollte er es auch nicht schaffen: Er hat die Risse in der türkischen Gesellschaft in seinen zwei Jahrzehnten an der Macht nicht gekittet, sondern weiter vertieft. Heute stehen sich Fromme und Laizisten, türkische und kurdische

Nationalisten, Anhänger des Westens und Befürworter einer Ausrichtung nach Nahost und Zentralasien so unversöhnlich gegenüber wie nie zuvor. „Das ist nicht mehr die Türkei, die ich kenne“, sagt ein Musiker, der mit seiner Familie auswandern will.

In jedem Wahlkampf seit dem Regierungsantritt seiner Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) 2002 nutzte Erdoğan diese Konflikte für sich. Auch bei den Wahlen im Mai 2023 hatte er mit der Spalter-Methode Erfolg. In seinen Wahlkampfreden verdammt er die Oppositionsparteien als Landesverräter, die mit kurdischen Separatisten zusammenarbeiten und von Homosexuellen und Transsexuellen gelenkt würden. Er und die AKP seien dagegen die Garanten der Einheit und der traditionellen Werte der türkischen Familie.

ERDBEBEN-VERSAGEN UND SCHLECHTE WIRTSCHAFT

Erdoğan's jüngster Wahlsieg – er erhielt in der Stichwahl für das Präsidentenamt 52,2 Prozent der Stimmen und damit deutlich mehr als sein Gegenkandidat Kemal Kılıçdaroğlu von der kemalistisch-sozialdemokratischen CHP mit 47,8 Prozent – war ein Paradebeispiel dafür, dass wirtschaftliche Rückschläge einem regierenden Politiker nicht automatisch zum Verhängnis werden müssen. Obwohl die Türkei, nicht zuletzt wegen Erdoğan's Niedrigzinspolitik, unter hoher Inflation und einem rapiden Wertverlust der Türkischen Lira litt, konnte die Opposition ihn – in einem freilich insgesamt nicht fairen Wahlprozess – nicht besiegen.

Umfragen zeigten, dass sich AKP-Wähler von den schweren Wirtschaftsproblemen vor der Wahl im Mai nicht in ihrem Glauben an ih-

ren Anführer erschüttern ließen. Özer Sencar, der Leiter des Meinungsforschungsinstituts Metropoll, schrieb auf Twitter, rund 90 Prozent der AKP-Wähler seien sicher, dass die Regierung die wirtschaftliche Krise überwinden werde.⁰¹ Obwohl 60 Prozent der Gesamtwählerschaft der Wirtschaftspolitik der Regierung nicht vertrauten, reichte Erdoğan die Treue seiner Basis zum Sieg, vor allem, weil die Opposition die Wähler nicht von ihren Ansätzen überzeugen konnte. Metropoll ermittelte, dass 53 Prozent aller Wähler der Opposition die Lösung der Wirtschaftsprobleme ebenfalls nicht zutrauten.⁰²

Auch das anfängliche Versagen der Regierung bei der Hilfe nach dem Erdbeben vom 6. Februar 2023, das in der Türkei mehr als 50 000 Menschen tötete und elf Provinzen in Südanatolien verwüstete, kostete Erdoğan nur relativ wenige Stimmen.

Erdoğan's Charisma war für den Wahlerfolg nicht unwichtig. Der Staatspräsident wird von seinen Anhängern vergöttert. Sie nennen ihn „reis“ – „Chef“ – und verehren ihn, weil er die Türkei in den 2000er Jahren aus einer tiefen Wirtschaftskrise führte, das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst abschaffte und den politischen Einfluss der Militärs beendete. Auch versteht es Erdoğan selbst nach mehr als 20 Jahren an der Macht, sich als Mann aus dem Volk zu präsentieren.

MEISTER DER POLARISIERUNG

Erdoğan ist in der AKP unumstritten und kultiviert sein Image als strenger Landesvater, der die Probleme der einfachen Leute kennt. Er wuchs im Istanbuler Arbeiterviertel Kasımpaşa als Sohn kleiner Leute auf und erlebte, wie fromme Muslime unter der damaligen Herrschaft der Laizisten benachteiligt wurden. Diese Erfahrung prägt ihn bis in die Gegenwart und formt seine Überzeugung, dass sich die Türken unter seiner Führung immer wieder gegen mächtige Gegenspieler im In- und Ausland durchsetzen müssen.

Dabei hat sich Erdoğan eine pragmatische Beweglichkeit erhalten, die es ihm erlaubt, je nach Lage mit Kurden, Rechtsnationalisten, Islamis-

ten, Militärs, der EU, arabischen Staaten oder Russland zusammenzuarbeiten. Derzeit bemüht er sich um ein Treffen mit dem syrischen Staatsoberhaupt Baschar al-Assad, den er in den ersten Jahren des syrischen Bürgerkrieges mithilfe von Rebellengruppen stürzen wollte. Erdoğan setzt seine Frömmigkeit als Brücke zu seiner Anhängerschaft ein, ordnet seine religiösen Überzeugungen aber anderen Prioritäten unter, wenn es sein muss: „Ich würde selbst eine Moschee abreißen, um eine Straße zu bauen“, sagte er einmal.⁰³

Dieses Rezept verhalf Erdoğan zu spektakulären Erfolgen. Er gründete 2001 die AKP, die ein Jahr später die Regierung in Ankara übernahm und bis heute führt. Wirtschaftliche und politische Reformen ließen die Türkei international aufsteigen und bescherten den Bürgern einen bis dahin nicht gekannten Wohlstand. Seine zunehmende Intoleranz – seit seinem Amtsantritt als Staatsoberhaupt im Jahr 2014 hat die Justiz fast 200 000 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Präsidentenbeleidigung eingeleitet – verschärfte jedoch das innenpolitische Klima. Nach dem Bruch seines Bündnisses mit der Bewegung des islamischen Predigers Fethullah Gülen entging Erdoğan 2016 nur knapp einem Staatsstreich, in dessen Folge er den Druck auf Andersdenkende noch weiter verstärkte. Seit 2018 regiert er als Chef eines Präsidialsystems, das ihm weitreichende Machtbefugnisse ohne wirksame Kontrolle durch andere Institutionen sichert.

HILFREICHES PRÄSIDIALSYSTEM

Erdoğan profitierte bei der Wahl zudem von strukturellen Vorteilen. So hat die AKP nach offiziellen Angaben rund elf Millionen Mitglieder und ist mit Abstand die stärkste politische Kraft in der Türkei. Das heißt, dass fast jeder Sechste der 64 Millionen Wähler des Landes Mitglied der Partei ist. Rechnet man die Familien der AKP-Mitglieder hinzu, verbreitert sich die Basis für die Regierungspartei noch weiter. Erdoğan verfügt damit über eine Stammwählerschaft, die für andere Parteien unerreichbar ist. Die zweitstärkste Kraft, die oppositionelle Republikanische Volkspartei CHP, hat knapp 1,4 Millionen Mitglieder. Alle anderen Parteien liegen unter der Millionengrenze.

01 Vgl. Özer Sencar, Tweet vom 6. 5. 2023, <https://twitter.com/ozersencar1/status/1522606465713852422?s=20>.

02 Vgl. ders., Tweet vom 6. 5. 2023, <https://twitter.com/ozersencar1/status/1522607906981658624?s=20>.

03 Erdoğan: „Wenn nötig, werden wir die Moschee für die Straße zerstören ...“ [Türkisch], 22. 10. 2013, www.bbc.com/turkce/haberler/2013/10/131021_cami_erdogan.

Das türkische Präsidialsystem, das ganz auf Erdoğan zugeschnitten ist, machte es der Opposition zusätzlich schwer. Erdoğan hat die AKP zu einer Staatspartei gemacht. Ihre Gefolgsleute sitzen in Bürokratie, Justiz und Medien, was sich im Wahlkampf bemerkbar machte: Provinz- und Stadtverwaltungen stellten öffentliche Ressourcen wie Busse für AKP-Veranstaltungen zur Verfügung oder verpflichteten ihre Beamten und Angestellten, an AKP-Kundgebungen teilzunehmen.

Zudem profitiert Erdoğan von einem Großteil der türkischen Medien, weil viele Zeitungen und Fernsehsender im Besitz regierungsnaher Konzerne sind. Die öffentlichen Medien sind ohnehin auf Regierungslinie. Der auf dem Papier unabhängige staatliche Fernsehsender TRT widmete Erdoğan im April 2023 fast 33 Stunden Sendezeit – sein Herausforderer Kılıçdaroğlu kam auf 32 Minuten. Hohe Posten im Staatsapparat sind für Bewerber ohne Mitgliedschaft in der AKP oder enge Beziehungen zur Regierung kaum zu erreichen. Regierungsnahe Konzerne verdienen an öffentlichen Ausschreibungen.

MUTLOSE UND ZERSTRITTENE OPPOSITION

Trotz dieser Benachteiligungen waren viele Oppositionspolitiker und -wähler überzeugt, die Ära Erdoğan bei den Mai-Wahlen beenden zu können. Umso schwerer war der Schock für sie, als Erdoğan wieder siegte. Einen Neuanfang in den Reihen der Erdoğan-Gegner gab es jedoch nicht. Präsidentschaftskandidat Kılıçdaroğlu weigerte sich trotz seiner Niederlage, als Vorsitzender der CHP zurückzutreten. Auch die Vorsitzenden der anderen fünf Oppositionsparteien, die zusammen mit der CHP im Wahlkampf eine Allianz gebildet hatten, blieben auf ihren Posten. Führende Politiker aus diesem Sechs-Parteien-Bündnis deuteten an, dass der Block bei künftigen Wahlen nicht mehr gemeinsam antreten werde.

Innerparteiliche Gegner von Kılıçdaroğlu fordern einen Generationenwechsel in der CHP, die einst von Atatürk gegründet wurde und das Land in den ersten drei Jahrzehnten nach Gründung der Republik dominierte, aber seit 1979 nicht mehr an einer Regierung beteiligt war. Kılıçdaroğlus Kritiker werfen ihm vor, alle Wahlen in den vergangenen Jahren verloren und bei

seiner Präsidentschaftskandidatur seinen persönlichen Ehrgeiz über politische Klugheit gestellt zu haben. Ekrem İmamoğlu, der CHP-Bürgermeister von Istanbul, mit seinen 52 Jahren mehr als 20 Jahre jünger als der 74-jährige Kılıçdaroğlu, wurde zum Anführer der Partei-Rebellen.

Erdoğan sieht İmamoğlu als potenziell gefährlichen Gegenspieler und setzte deshalb die regierungstreue Justiz auf ihn an, die drei Strafverfahren gegen den Bürgermeister eröffnete. Bei einer Verurteilung könnte İmamoğlu mit einem Politikverbot belegt und damit aus dem Verkehr gezogen werden.

Das Interesse der Regierung an juristischen Schritten gegen İmamoğlu erklärt sich aus dem türkischen Wahlkalender: Im März 2024 werden die 64 Millionen Wähler ihre Kommunalparlamente und Bürgermeister neu bestimmen. Nur wenige Stunden nach seinem Wahlerfolg im Mai 2023 richtete Erdoğan den Blick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen. Er rief die AKP auf, alles zu tun, um im März die Metropole Istanbul und die Hauptstadt Ankara zurückzuerobern. Beide Städte waren bei den Kommunalwahlen von 2019 an die Opposition gegangen – eine der schwersten Wahlniederlagen für Erdoğan in seiner Karriere. Nun will der Präsident diese Scharte wieder ausweiten. Die Mutlosigkeit und das Chaos bei den Oppositionsparteien verbessern seine Chancen.

„JAHRHUNDERT DER TÜRKEI“

Mit dem neuen Wahlsieg im Rücken konzentriert sich Erdoğan seit Mai darauf, die türkische Wirtschaft wieder flott zu bekommen. Er verabschiedete sich von seiner Niedrigzinspolitik, mit der er die Zentralbank in den vergangenen Jahren zu drastischen Zinssenkungen gezwungen hatte, um das Wachstum anzukurbeln. Die Auswirkungen der steigenden Inflation für die Normalverbraucher wollte er mit immer neuen Anhebungen des Mindestlohns ausgleichen. Nach der Wahl holte Erdoğan seinen ehemaligen Berater Mehmet Şimşek als Finanzminister wieder ins Kabinett; dieser ging sogleich daran, die Zinspolitik zu ändern. Erdoğan bemühte sich um Investitionen arabischer Staaten in die türkische Wirtschaft. Während einer Reise durch die reichen Golfstaaten erhielt er im Juli 2023 allein von den Vereinigten Arabischen Emiraten finanzielle Zusagen von mehr als 50 Milliarden Dollar.

Gleichzeitig trieb der Präsident seinen Plan voran, das 21. Jahrhundert zum „Jahrhundert der Türkei“ zu machen. Seine Vision von einer starken Türkei, die mit Weltmächten wie China, Russland oder den USA auf Augenhöhe ist, hatte bereits den außenpolitischen Kern seines Wahlkampfes im Mai gebildet. Er präsentierte Drohnen, Kriegsschiffe und Elektroautos aus türkischer Produktion sowie neu entdeckte Erdgas- und Ölvorkommen als Grundlagen für das „Jahrhundert der Türkei“ – und sich selbst als den Mann, der das Land in diese goldene Zukunft führen kann. Die Taktik funktionierte erstaunlich gut, wie der Politikwissenschaftler und Türkei-Experte Selim Kuru bilanzierte. Erdogans Wähler wähten sich in „der epischen Schlacht zwischen Gut und Böse“ auf der richtigen Seite. „Das ist eine Dosis purer Nationalismus direkt in die Vene.“⁰⁴

NATIONALISMUS MACHT NICHT SATT

Allerdings macht Nationalismus nicht satt. Nach der Wahl im Mai beschleunigte sich die Talfahrt der Lira, weil die Zentralbank den Versuch aufgab, den Kurs der Währung mit Milliarden aus dem Staatshaushalt zu stützen, um Erdoğan politisch zu helfen. Die Devisenreserven des Landes schrumpften wegen dieser Ausgaben beträchtlich. Von Januar bis Juli 2023 verlor die türkische Währung fast 34 Prozent ihres Wertes gegenüber dem Euro; allein zwischen der Stichwahl um das Präsidentenamt am 28. Mai und Juli betrug der Verlust 29 Prozent.

Finanzminister Şimşek hob mit Billigung Erdogans die indirekten Steuern für eine ganze Reihe von Waren – von Benzin bis zu Handys – drastisch an, um wieder mehr Geld in die Staatskasse zu lenken. Şimşek brachte zudem die ehemalige Wall-Street-Bankerin Hafize Gaye Erkan an die Spitze der Zentralbank, um in- und ausländischen Investoren eine Rückkehr zu einer berechenbareren Finanzpolitik zu signalisieren. Unter Erkans Leitung änderte die Zentralbank ihren Kurs und hob die Leitzinsen zum ersten Mal seit zwei Jahren wieder an. Die Inflation ging zwar von ihrem Höchststand von über 80 Prozent im

04 Selim Kuru, Election Analysis #3. Rallies, Runoff Dynamics, Erdoğan's Resilience, 8. 5. 2023, <https://kulturkampftr.substack.com/p/election-analysis-3>.

Herbst 2022 zurück, stieg bis Ende August aber wieder auf fast 60 Prozent an.⁰⁵

Viele junge Menschen sehen ihre Aussichten auf ein gutes Leben und einen guten Job schwinden, was in einem Land mit einem Altersdurchschnitt von rund 31 Jahren weitreichende Folgen haben kann. Eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung unter 18- bis 25-jährigen Türken in 16 Provinzen der Türkei kam schon vor der Mai-Wahl zu dem Ergebnis, dass 81 Prozent der Menschen in dieser Altersgruppe die Wirtschaftspolitik der Regierung als erfolglos betrachten und sich gegen einen Abbau demokratischer Standards wenden. 63 Prozent der Befragten sagten, sie würden die Türkei verlassen, wenn sie könnten. Bei den Zielländern lag Deutschland mit 14,5 Prozent an der Spitze, gefolgt von den USA mit 13,8 Prozent und Großbritannien mit 9,8 Prozent.⁰⁶

SCHWÄCHEN DES SYSTEMS

Die Hoffnungslosigkeit der jungen Generation weist auf eine Schwäche von Erdogans Präsidialsystem hin. Der Staatspräsident richtet seine Politik an kurzfristigen Zielen wie der nächsten Wahl aus und vernachlässigt langfristige Perspektiven, Reformen und eine Stärkung unabhängiger Institutionen. Deshalb hat die Türkei viele ausländische Investoren verloren. Vor zehn Jahren besaßen Anleger außerhalb der Türkei rund ein Drittel der türkischen Staatsanleihen – 2020 waren es nur noch fünf Prozent.⁰⁷

Nach der Mai-Wahl versuchte Erdoğan die Quadratur des Kreises: Positive Signale an die Investoren sollten Anleger in die Türkei zurückholen, ohne die Grundlagen seines Regierungssystems zu ändern. Von einer „Zwickmühle“ sprach der Sozialwissenschaftler Yaşar Aydın. Die türkische Bauwirtschaft, die Exportbranche und die Verbraucher hätten vor der Wahl von niedrigen Zinsen und billigen Krediten profitiert, schreibt

05 Vgl. Türkische Zentralbank, Verbraucherpreise [Türkisch], www.tcmb.gov.tr/wps/wcm/connect/TR/TCMB+TR/Main+Menu/Istatistikler/Enflasyon+Verileri/Tuketici+Fiyatlari.

06 Vgl. Walter Glos/Bruno Hamm-Pütt, Türkische Jugendstudie 2023, Konrad-Adenauer-Stiftung, Ankara 2023, www.kas.de/de/web/tuerkei/publikationen/einzeltitel/-/content/tuerkische-jugendstudie-2023.

07 Vgl. Caitlin Ostroff, Foreign Investors Flee Turkey's Bond Market, 24. 7. 2020, www.wsj.com/articles/foreign-investors-flee-turkeys-bond-market-11595583002.

er. Das stelle Erdoğan's Regierung nach der Wahl vor ein Dilemma: „Setzt sie weiterhin auf starkes Wachstum, drohen Inflationsspirale, Währungs-krise oder gar Staatspleite. Kehrt sie zurück zu hohen Zinsen, strikter Haushaltsdisziplin und rigoröser Inflationbekämpfung – unter Inkaufnahme von Wachstumseinbußen –, muss Erdoğan damit rechnen, dass sich nicht nur seine Wählerschaft von ihm abwendet, sondern auch sein Klientelnetzwerk.“⁰⁸

Auch außenpolitisch warf Erdoğan's Kurs nach der Wahl Fragen nach der Berechenbarkeit der Türkei auf. Im Streit um die Aufnahme von Finnland und Schweden in die Nato hatte der Präsident im Frühjahr seinen westlichen Partnern sein Entgegenkommen signalisiert, indem er den Beitritt Finnlands vom türkischen Parlament ratifizieren ließ. Beim Nato-Gipfel in Vilnius im Juli 2023 gab er dann nach Angaben von Generalsekretär Jens Stoltenberg nach monatelangem Zögern auch grünes Licht für Schweden, relativierte diese Zusage aber, indem er die Zustimmung der Türkei zum schwedischen Beitritt von Fortschritten des türkischen EU-Beitrittsprozesses abhängig machte, bei dem seit Jahren Stillstand herrscht.

Diese überraschenden Kehrtwenden dienten Erdoğan vor allem dazu, sich vor dem heimischen Publikum als Politiker zu präsentieren, der die Interessen der Türkei auf außenpolitischer Bühne energisch vertritt. Weil seine Regierung die großen Medien der Türkei auf ihrer Seite hat, braucht er keine Kritik an seinem Schlingerkurs zu befürchten.

Im Ausland sieht es allerdings anders aus. EU-Politiker wiesen Erdoğan's Junktim zwischen dem Nato-Beitritt Schwedens und einem türkischen EU-Beitritt empört zurück. Selbst Türkei-Experten wie Martin Erdmann, ein früherer deutscher Botschafter in Ankara, sind von Erdoğan's Außenpolitik verwirrt. „Sie ist verstörend für Bündnispartner, und sie ist in Teilen erratisch“, sagte Erdmann. „Es ist eine Ad-hoc-Politik, oftmals nach Tagesverfassung oder Tagessituationen ausgerichtet.“⁰⁹ Hinter Erdmann's Kritik steht die

Einschätzung westlicher Beobachter, Erdoğan treffe seine Entscheidungen entweder allein oder in einem Kreis enger Berater ohne das Fachwissen von Ministerien oder anderer Institutionen, weshalb die türkische Politik seit der Einführung des Präsidialsystems 2018 immer unberechenbar werde.

KAUM CHANCEN FÜR NEUANFANG IN DER KURDENPOLITIK

Erdoğan's politische Beweglichkeit erlaubte es ihm in den vergangenen Jahren, sich immer neue Bündnispartner zu suchen. In den ersten zehn Jahren seiner Regierungszeit arbeitete er mit der Bewegung um Fethullah Gülen zusammen, bis er sich 2013 mit dem Prediger überwarf. Anschließend suchte er die Nähe zu den politischen Vertretern der Kurden und ließ die AKP mit der kurdischen Demokratischen Partei der Völker (HDP) und indirekt mit der Terrororganisation Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) über eine friedliche Beilegung des Kurdenkonflikts verhandeln. Im Februar 2015 verkündeten Politiker von AKP und HDP eine Vereinbarung, die eine Zusage der PKK einschloss, ihren 1984 begonnenen Kampf gegen Ankara aufzugeben.¹⁰

Als die HDP bei den Parlamentswahlen wenige Monate später ein Rekordergebnis von 13 Prozent einfuhr, während die AKP mit 40,1 Prozent ihre Mehrheit in der Volksvertretung verlor, änderte Erdoğan seinen Kurs schlagartig. Angesichts einer Serie von Anschlägen und neuen Gefechten zwischen der PKK und den türkischen Sicherheitskräften präsentierte sich die AKP als Garant der Stabilität und erreichte bei einer vorgezogenen Neuwahl im November 2015 mit 49,5 Prozent wieder die absolute Mehrheit im Parlament; die HDP sackte auf 10,8 Prozent ab. Ein Jahr später wurde der HDP-Vorsitzende Selahattin Demirtaş verhaftet. Im Februar 2018 zementierte Erdoğan seinen neuen nationalistischen Kurs, indem er ein Bündnis zwischen der AKP und der rechtsradikalen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) gründete. Bei dieser Allianz ist Erdoğan bis heute geblieben.

Erdoğan's Rechtsruck macht eine Rückkehr zu einem Versöhnungskurs in der Kurdenfra-

08 Yaşar Aydın, Ankaras Wirtschaftspolitik in der Zwickmühle, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 48/2023, www.swp-berlin.org/publikation/ankaras-wirtschaftspolitik-inder-zwickmuehle.

09 „Verstörend und erratisch“, Interview mit Martin Erdmann, 11.7.2023, www.tagesschau.de/ausland/europa/tuerkei-erdmann-100.html.

10 Vgl. Dolmabahçe-Abkommen [Türkisch], 1.3.2015, www.cumhuriyet.com.tr/haber/dolmabahce-anlasmasi-224047.

ge sehr unwahrscheinlich. Der Präsident besteht auf Demirtaş Inhaftierung, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte seine Freilassung angeordnet hat. Zudem läuft vor dem Verfassungsgericht ein Verbotsverfahren gegen die HDP, das mit einem Politikverbot für fast 700 Politiker der Kurdenpartei enden könnte.¹¹ Kurz vor den Wahlen im Mai wurden in der vorwiegend kurdischen Provinz Diyarbakır, einer Hochburg der HDP, fast 150 Rechtsanwälte, Politiker und Künstler unter dem Vorwurf festgenommen, die PKK unterstützt zu haben.¹²

DISKUSSION ÜBER ERDOĞANS NACHFOLGE

In der ersten Kabinettsitzung nach der Mai-Wahl sagte Erdoğan, er wolle eine neue Verfassung einführen und den Entwurf dafür ins Parlament einbringen lassen.¹³ Nach der derzeitigen Verfassung darf Erdoğan bei der nächsten Präsidentschaftswahl 2028 nicht mehr antreten; eine neue Verfassung könnte dieses Hindernis für ihn aus dem Weg räumen, wenn mit ihrem Inkrafttreten seine bisherigen Amtszeiten nicht gezählt werden. Allerdings verfügen AKP und MHP nicht über die nötige Mehrheit im Parlament, um die Verfassungsreform zu beschließen. Erdoğan braucht dafür die Unterstützung von Teilen der Opposition.

Obwohl der Präsident mit den Vorbereitungen für eine Verfassung versucht, die Grundlagen für seinen Verbleib an der Spitze des Staates über 2028 hinaus zu schaffen, hat in der Türkei die Diskussion über einen Nachfolger für Erdoğan begonnen, die durch gesundheitliche Probleme des 69-jährigen angefacht wird. Im Wahlkampf im April erlitt Erdoğan während eines Live-Interviews im Fernsehen einen Schwächeanfall und musste in den Tagen darauf mehrere Termine absagen.

Um Erdoğan's Gesundheitszustand ranken sich seit Jahren Spekulationen, häufig befeuert

vom Wunschdenken seiner Gegner. 2011 unterzog sich Erdoğan einer Darmoperation, dementierte aber Berichte über eine Krebserkrankung. Sechs Jahre später wurde ihm während des Gebets in einer Moschee schlecht, was er mit vorübergehenden Blutzuckerproblemen erklärte. 2021 schlief Erdoğan während einer Videobotschaft an seine Anhänger mitten im Satz ein. Kurz vorher musste er sich auf seine Frau Emine und einen Leibwächter stützen, als er eine Treppe hinunterging.

Wegen Erdoğan's Alter und Gesundheitszustand sei es unwahrscheinlich, dass der Präsident über 2028 hinaus im Amt bleiben werde, meint Selim Kuru.¹⁴ Die Frage ist, was geschieht, wenn Erdoğan abtritt. In der AKP und in der Regierung ist alles auf ihn zugeschnitten, sodass sich bei einem Wechsel an der Partei- und Staatsspitze auch das Regierungssystem ändern könnte. In der AKP gibt es außer Erdoğan niemanden, der die verschiedenen Machtinteressen innerhalb der Partei ausbalancieren kann. In der Regierung trifft er als „reis“ alle wichtigen Entscheidungen.

Kuru weist allerdings darauf hin, dass das Präsidialsystem auch ohne Erdoğan weiter funktionieren könnte. „Wenn jemand anders *reis* wird, genießt sein Amt den Schutz der weitreichenden staatlichen Machtbefugnisse“, schreibt er. „Der Sicherheitsapparat, das Wohlfahrtsystem und das Medien-Monopol könnten sogar aus einem mittelmäßigen Politiker einen *reis* machen.“¹⁵ Der Personenkult um Erdoğan würde in diesem Fall auf den neuen Mann an der Spitze übertragen.

Einer der Namen, die in Spekulationen über die Erdoğan-Nachfolge genannt werden, ist Selçuk Bayraktar. Er ist ein Schwiegersohn des Präsidenten und Chef des Kampfdrohnen-Herstellers Baykar, der wegen der militärischen Erfolge mit türkischen Drohnen in Libyen, im Kaukasus und in der Ukraine zu einem der wichtigsten Exporteure der türkischen Rüstungsindustrie geworden ist. Regierungsnahe Medien in der Türkei berichten auffällig häufig und in großer Aufmachung über Bayraktar. Die prominente Türkei-Expertin Amberin Zaman bestätigt, dass

¹¹ Vgl. Einstellung des Verfahrens gegen die HDP, politisches Verbot für 687 Personen gefordert [Kurdisch], 17.3.2021, <https://m.bianet.org/kurdi/diger/240953>.

¹² Vgl. Unter ihnen sind auch Journalisten und Künstler... Einsatz in Diyarbakır: Mehr als 150 Festnahmen [Türkisch], 25.4.2023, www.cumhuriyet.com.tr/2074697.

¹³ Vgl. Präsident Erdoğan: Wir werden unseren Vorschlag zur Verfassungsänderung dem Parlament vorlegen [Türkisch], 6.6.2023, www.indyrturk.com/node/637691.

¹⁴ Vgl. Selim Kuru, The Question of Erdoğan's Succession, 5.6.2023, www.fpri.org/article/2023/06/the-question-of-erdogans-succession.

¹⁵ Ebd.

er als möglicher Erdoğan-Nachfolger gehandelt wird.¹⁶ Bayraktar selbst schließt eine politische Karriere nicht aus.¹⁷ Allerdings hat Bayraktar weder eine Hausmacht in der AKP noch Erfahrung als Politiker. Seine Chancen beruhen allein auf seiner verwandtschaftlichen Verbindung zu Erdoğan und auf seiner persönlichen Popularität.

UNGEWISSE ZUKUNFT

So fehlt es der Türkei im hundertsten Jahr ihres Bestehens trotz der langen Ära Erdoğan und des erneuten Wahlsieges des Präsidenten weiter an Stabilität. Die Nachfolgediskussion dürfte in den

16 Vgl. Amberin Zaman, Tweet vom 25.5.2023, <https://twitter.com/amberinzaman/status/1529455656775868416?lang=en>.

17 Vgl. Die Antwort von Selçuk Bayraktar auf die Politik: Wir werden alles tun, was der Kampf erfordert [Türkisch], 2.9.2023 www.gazeteduvar.com.tr/selcuk-bayraktardan-siyaset-yaniti-mucadele-neyi-gerektiriyorsa-onu-yapacagiz-haber-1635733.

kommenden Jahren weiter in den Mittelpunkt rücken, besonders wenn Erdoğan neue Gesundheitsprobleme bekommen sollte. Die Schwächung der Institutionen unter Erdoğan bedeutet, dass es kein staatliches Gerüst gibt, das dem Land Halt geben kann, wenn das Ende seiner Zeit an der Macht absehbar wird. Die Opposition steckt nach ihrer jüngsten Niederlage ebenfalls in einer tiefen Krise. Für Deutschland und Europa ergibt sich daraus, dass die von Martin Erdmann beschriebene „Ad-hoc-Politik“ in den Beziehungen zum Westen auch in den kommenden Jahren weitergehen dürfte – mit oder ohne Erdoğan.

SUSANNE GÜSTEN

ist freie Korrespondentin in der Türkei, unter anderem für den „Tagesspiegel“ und den „Deutschlandfunk“.

Der APuZ-Podcast

Ein Thema, 30 Minuten,
jeden 1. Mittwoch im Monat



Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. September 2023

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Jacob Hirsch (Volontär)
Sascha Kneip (verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Martin Schiller
Hannah Stadler (Praktikantin)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
42/2023, 14. Oktober 2023

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz